

Politische Berichte



15. September 1989
Jg. 10 Nr. 19

G 7756 D

Preis:
2,50 DM

Stuttgart

**Kundgebung:
Freilassung
von Günter
Sonnenberg!**

Seite 7



USA

**Solidarität mit den
streikenden
Bergarbeitern**

Seite 14



Kommunalwahlen BaWü

**ALL Heilbronn
kandidiert
zäh, aber
sicher**

Seite 29

NRW

**Widerstand
gegen
Faschisten-
Kandidaturen**

Seite 30

12000 Menschen beteiligten sich am 9. September in Köln an der Demonstration zum 9. Jahrestag des Militärputsches in der Türkei.

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben von der Bundesdelegiertenkonferenz des BWK, 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Telefon: 0221/216442
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Telefon: 0221/211658

Inhalt	19/89
Aktuelles aus Politik und Wirtschaft	
Aktuell in Bonn.....	4
Haushaltsdebatte: Rechtsverschiebung der Parteien, Koalition räkelt sich in Konjunktur.....	5
Kundgebung Stuttgart: Freilassung von G. Sonnenberg!.....	7
Europakonferenz: „Deutsche“ Gewerkschaftsziele?.....	7
Kurdenverfolgung: Interview mit Selman Arslan.....	8
Antikriegstag 1989: Die Flucht- und Kriegsschuldfrage ist in der öffentlichen Debatte.....	10
Politikerreden, Aktionen der politischen Opposition.....	11
Auslandsberichterstattung	
Kolumbien: Hintergründe des Drogenkriegs.....	12
US-Drogenpolitik als Militärintervention.....	13
Frankreich: Sonntagsarbeit soll ausgedehnt werden.....	13
USA: Solidarität mit den streikenden Bergarbeitern.....	14
Kanada: Gerichte urteilen über Abbrüche.....	14
Kurdistan: Türkisches Militär hat große Probleme.....	15
Namibia: Die Hetze gegen den Befreiungskampf ist aus der BRD gesteuert.....	15
Internationale Meldungen.....	16
Aus Verbänden und Parteien	
Veröffentlichungen:	
Strategie-Debatte im konservativen Lager.....	18
Totalitarismustheorie von Kapitalisten.....	18
BRD-Imperialismus ökonomisch stärker denn je.....	19
Krankheiten des Rückens, der Muskeln: Die IG Metall kritisiert krankmachende Arbeiten.....	19
Reportagen und Berichte regional	
Regionale Nachrichten.....	21
Hafenstraße: „Perlenkette Hafenrand“ — Umstrukturierungspläne des Senats.....	22
Bielefeld: Solidarität mit den kurdischen Gefangenen.....	22
Kommunalfinanzen: Bayern verschärft Aufsicht.....	23
AKW Brokdorf: Auflagen, Gutachten, Defekte.....	23
Jungheinrich: EDV-Regelungsgrundsätze gegen Rationalisierung	24
Continental AG: Beschäftigte lehnen Aufteilung ab.....	25
Kommunalwahlen: Gegen Zulassung der „Republikaner“.....	25
SKF-Konzern: Neuer Angriff: Channel-Fertigung in sechs mal 24 Stunden.....	26
„85%-ige Auslastung, das heißt 8670 Stunden im Jahr“.....	27
Nachrichten aus der Arbeiterbewegung.....	28
Heilbronn: ALL kandidiert zäh, aber sicher.....	29
Aus Kultur und Wissenschaft — Diskussionsbeiträge	
NRW: Widerstand gegen Faschisten-Kandidaturen.....	30
Taschenbücher: Französische Revolution in der Literatur.....	32
Frauen und klerikale Reaktion.....	32
Georg Büchner: Dantons Tod.....	32
Peter Weiss: Marat/Sade.....	32
Stefan Zweig über Joseph Fouché.....	32
Dickens: Geschichte aus zwei Städten.....	32
Revolution ist gerechtfertigt.....	33
Leseheft II zu „Mann — Frau ...“: „Sie ist schön, nimmt ein, und das ist genug ...“.....	33
CDU-Asyldiskussion: Abschreckung mit oder ohne Arbeit?	34
Spezialberichte	
200 Jahre französische Revolution: Die unvollendete Revolution und ihre Aktualität.....	36

Ergebnis der Urabstimmung zum GNN-Verlag

Die Urabstimmung über die Neuregelung der Vermögensverhältnisse der GNN (siehe auch die Ausschreibung in PB 15/89, Seite 3) wurde am 7. September unter Aufsicht eines Rechtsanwaltes ausgezählt. Die Auszählung ergab: Von den 346 Stimmberchtigten haben 295 abgestimmt. Alle abgegebenen Stimmzettel waren gültig. Das ist eine Wahlbeteiligung von 85,3 Prozent. 271 der abgegebenen Stimmen lauten auf Ja, 14 auf Nein, 9 auf Enthaltung. Damit haben 91,9 Prozent mit Ja gestimmt. Bei allen Landesverbänden liegt die Zahl der Ja-Stimmen über dem erforderlichen Anteil von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen. Bis zum 29. September kann jedes Mitglied die Abstimmung anfechten. Die Anfechtung muß den Grund der Anfechtung nennen, der nur in der Verletzung statutarischer Bestimmungen bei der Durchführung der Wahl liegen kann. Über solche Anfechtungen entscheidet die Schiedskommission der Bundesdelegiertenkonferenz des BWK.

— (BWK-Bundesvorstand)

OLG Düsseldorf: Anklage gegen Kurden

Das Oberlandesgericht Düsseldorf hat die Anklagen der Bundesanwaltschaft gegen die 20 Kurdinnen und Kurden

wegen angeblichem Verstoß gegen § 129a weitgehend zugelassen. So sind alle Anklagen Rebmans wegen angeblicher Straftaten im Libanon nun zur Verhandlung zugelassen. Erstmals maßt sich damit ein westdeutsches Gericht das Recht an, über angebliche Straftaten von Ausländern in anderen Staaten hier aburteilen zu dürfen.

Bei Hüseyin Celebi, Mustafa Erbil, Ibrahim Kadah und Ali Sazik lautet die Anklage nun nicht mehr auf „Mitgliedschaft“ in einer angeblichen terroristischen Vereinigung innerhalb der PKK, sondern auf „Unterstützung“. Die Anklage gegen Selman Arslan ist fallengelassen (siehe auch das Interview mit S. Arslan auf S. 8/9).

Als erster Verhandlungstag vor dem Düsseldorfer OLG ist der 24. Oktober anberaumt. Bis Ende März sollen dann in jeder Woche zwei Verhandlungstermine stattfinden. Das Verfahren soll nach Angaben des Gerichts mindestens zwei Jahre dauern. Jeweils im ersten Monat eines Quartals soll über die Verhandlungstermine des nächsten Quartals entschieden werden. Das bedeutet, daß im Januar die nächsten Verhandlungstermine für die Monate April bis Juni festgelegt werden.

Um diesem Schauprozess gegen den kurdischen Befreiungskampf entgegenzutreten und die Freilassung der noch inhaftierten 19 Kurdinnen



Demonstration in Köln am 9. September

und Kurden zu erreichen, werden erhebliche Anstrengungen, vor allem in der Aufklärung über die Ziele der BRD-Staatsorgane mit diesem Prozeß, nötig sein. Das Ziel der Bundesanwaltschaft ist klar: Die Unterstützung, die der kurdische Befreiungskampf aus den Reihen der 400000 Kurden in der BRD erfährt, soll kriminalisiert, ihre Organisationen in der BRD illegalisiert und als „terroristisch“ verleumdet werden, der Befreiungskampf verleumdet und die Beteiligung der BRD an der militärischen Bekämpfung des kurdischen Befreiungskampfes durch das türkische Regime in einem Schauprozeß öffentlich gerechtfertigt werden.

Für den Widerstand gegen diese Pläne bedeutete die Demonstration in Köln am 9. September anlässlich des 9. Jahrestages des Militärputsches in der Türkei eine deutliche Ermutigung. Etwa 12000 Leute beteiligten sich an der Demonstration, zu der erstmals seit mehreren Jahren wieder eine Aktionseinheit mehrerer türkischer und kurdischer Organisationen aufge-

rufen hatte. Von westdeutscher Seite nahmen Antiimperialisten, Autonome, Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KP, BWK, Freunde des kurdischen Volkes und Kurdistan-Solidaritätsgruppen aus mehreren Städten, KPD, KPD/ML, MLPD, SAG, Volksfront und VSP mit zusammen etwa 500 Leuten an der Demonstration teil.

Die Kölner Polizeiführung versucht nun, sich an den Veranstaltern zu rächen. Sie hat Anzeige eingereicht gegen die Demonstrationsleitung. Begründung: Die Auflage, Marschblöcke zu bilden und zwischen den Blöcken den Verkehr durchzulassen, sei nicht eingehalten worden.

— (rül)

Dienstleistungsabend für Behörden?

Die niedersächsische Landesregierung hat beschlossen, daß ab 1.1.1990 die Dienststellen des Landes Niedersachsen bei Bedarf donnerstags bis 20.30 Uhr geöffnet bleiben sollen. Den Gemeinden empfiehlt die Regierung, ebenso zu verfahren.

Die Landesregierung hält einen Bedarf für gegeben, wenn zu erwarten ist, daß während des Dienstleistungsabends ein nennenswerter Besucherverkehr stattfinden wird (z.B. Landessozialamt, Finanzamt). Für welche Dienststellen ein solcher Bedarf vorliege, soll das für die Dienstaufsicht zuständige Ministerium entscheiden.

Der Beschuß der Landesregierung ist jetzt u.a. den Gewerkschaften zur Stellungnahme zugeleitet worden. Der DGB-Landesvorsitzende Karl Neumann wertete die „Beteiligung“ nach Bekanntgabe des Beschlusses als reine Farce. Erfolgversprechende Maßnahmen zur Verhinderung der Umsetzung des Beschlusses hat der DGB allerdings auch noch nicht angekündigt.

Nach dem Niedersächsischen Personalvertretungsgesetz sind Lage, Beginn und Ende der Arbeitszeit mitbestimmungspflichtig. Das Mitbestimmungsrecht der Personalräte kann aber in letzter Instanz die Einführung des Dienstleistungsabends nicht verhindern, es kann aber ge-

nutzt werden, um die Auseinandersetzung um den Dienstleistungsabend in den niedersächsischen Landtagswahlkampf hineinzuziehen. — (kar)

IHK Karlsruhe betreibt Dienstleistungsabend

Die Organisierung des Abendverkaufs bis 20.30 Uhr hat jetzt die Industrie- und Handelskammer in Karlsruhe übernommen. Auf IHK-Veranstaltungen berieten die Einzelhandelsunternehmen eine mögliche Ladenöffnung. In Bruchsal beschlossen die Einzelhändler, ab 5. Oktober donnerstags bis 20.30 Uhr zu öffnen. Kaufhaus Schneider, das größte Unternehmen in Bruchsal, und der Handelshof sind nicht dabei. Hier verweigerten die Betriebsräte ihre Zustimmung. In Karlsruhe erklärten 14 kleinere Unternehmen, sie hätten kein Interesse, drei wollten abwarten, 16 wollen öffnen. Keines der großen Kaufhäuser wie Herre, Karstadt, Schneider, P&C oder Kleiber ist dabei, auch nicht die SB-Märkte Wertkauf und Mann-Mobilia oder die Pfannkuch-Filialen. Die Filialen von Tengelmann/Kaiser's und REWE-Leibbrand (z.B. Plus, HL) können ebenfalls nicht öffnen. Sie würden schon, bisher steht hier das Veto der Betriebsräte dagegen. Die IHK stellte sofort gegenüber der Stadt die Forderung, daß der öffentliche Nahverkehr künftig bis 20.30 Uhr im 10-Minuten-Takt fahren müsse. Bürgermeister Kolb will die Ämter mit Publikumsverkehr länger offen halten, wenn „Kaufhäuser und Geschäfte den Spätdienst am Kunden machen“. Die Karlsruher Betriebsräte des Einzelhandels haben kürzlich einstimmig ihre Ablehnung erklärt. Die örtliche ÖTV bekundete ebenfalls ihre Ablehnung. Aber sie sollte sich nicht auf längere Schalterstunden, zum Beispiel bis 18.30 Uhr einlassen, was sie für verhandlungsfähig gehalten hatte. Eine entschlossene Haltung gegen Ausdehnung der Nahverkehrszeiten unter solchen Bedingungen wäre angebracht. — (uld, rub/AGD)



Die hessische Landesregierung will Haymo Hoch, Mitglied der Republikaner und Leiter der Ausländerbehörde im Landkreis Offenbach, im Amt halten. Regierungsdirektor Haymo Hoch ist vor drei Monaten von der CDU zu den „Republikanern“ übergewechselt und hat seinen Wechsel ausdrücklich auch mit der Ausländerpolitik der CDU begründet. Der am 6. Juli gewählte SPD-Landrat des Kreises hatte lediglich die Umsetzung, nicht die Entlassung von Hoch an eine andere, nicht mit Ausländern befaßte Stelle beim Regierungspräsidenten in Darmstadt und beim hessischen Innenministerium beantragt. Beide Stellen lehnten die Umsetzung ab. — (uld)

Aktuell in Bonn

DDR-Flüchtlinge

Mehr als 6000 der aus Ungarn via Österreich in die BRD geflüchteten DDR-Staatsbürger haben bereits in Ungarn von westdeutschen Botschaftsvertretern BRD-Pässe erhalten. Daß die ungarische Regierung solche Aktionen der diplomatischen Vertreter der BRD auf ihrem Territorium zuläßt, ist ein starkes Stück und brachte ihr ein ausdrückliches Lob von Genscher und Kohl ein. Dennoch hat die Bundesregierung ihr Ziel, die ungarische Regierung zur Anerkennung der großdeutschen BRD-Staatsbürgerschaft zu zwingen, nicht ganz erreicht. Die ungarische Regierung setzte stattdessen ein Rechtshilfeabkommen mit der DDR teilweise außer Kraft und erlaubte die Ausreise auch mit DDR-Staatspässen. An der BRD-Grenze wurden dann alle Flüchtlinge mit „Begrüßungsgeld“ und Benzingutscheinen als erster Fluchtpremie empfangen.

Ramstein: Selber schuld?

Der Ramstein-Untersuchungsausschuß des Bundestags hat sein Ergebnis vorgelegt. CDU/CSU und FDP-Mehrheit im Ausschuß kommen darin zu dem zynischen Ergebnis, die durch Befehle der Veranstalter und ihrer Vorgesetzten geleiteten Piloten seien an dem Unglück selber schuld. Sowohl für den US-Gesamtleiter der Show wie für den Befehlshaber der italienischen Staffel wie für deutsche Stellen sei unvorhersehbar gewesen, daß der Unglücksflieger versuchen würde, einen Rückstand in der Flugfigur durch ein riskantes Flugmanöver aufzu-

holen. Die SPD hat einen eigenen Ergebnisbericht angekündigt.

Neue Rüstungen

Am 9. September stellte die Bundeswehr einen sogenannten „Flüsterflieger“ vor. Das Flugzeug soll in extremer Höhe fliegen und für gegnerisches Radar kaum zu orten sein. Seine Aufgabe: weit in die Staaten des RGW hinein militärische Bewegungen und Einrichtungen zu erfassen. Am gleichen Tag bekräftigte MBB-Chef Vogels seine Forderung, noch in diesem Jahr solle die Bundesregierung das Projekt eines „europäischen Aufklärungssatelliten“ verabschieden. Das wäre für Daimler-MBB der offizielle Einstieg in die Weltraumrüstung.

Fusion komplett

Der Erwerb der MBB durch den Daimler-Benz-Konzern ist komplett. Am 8. September genehmigte Wirtschaftsminister Haussmann die Fusion mit geringfügigen Auflagen. U.a. soll Daimler die Bereiche Marinerrüstung, Drohnen und seine Beteiligung am Panzerhersteller Krauss-Maffei verkaufen. Für diese Unternehmen gebe es auch schon „Interessenten“, ließ das Ministerium verlauten. Der Daimler-Vorstand hat den Auflagen sofort zugestimmt.

EG-Währungsunion

Die Finanzminister der EG haben sich auf einem Treffen im französischen Millionärs-Badeort Antibes über die nächsten Schritte zur EG-Währungsunion verständigt. Die EG-Kommission erhielt den Auftrag, dem 1964 gebildeten Ausschuß der Notenbankpräsidenten der EG-Staaten ein neues Mandat zu geben. Aus diesem Ausschuß soll später ein EG-

Notenbanksystem hervorgehen, ein Entwurf des dazu nötigen Mandats liegt von den Notenbankpräsidenten bereits vor. Außerdem soll ein Ratsabkommen von 1974 über die Abstimmung der Wirtschaftspolitik neu formuliert werden. Man habe sich auf „hohe Stabilitätsansprüche“ geeinigt, teilte Waigel nachher zufrieden mit. Mit anderen Worten: Der Druck auf die Lohnabhängigen zu angeblich „stabilitätsgerechten“, sprich: niedrigen Löhnen soll gemeinsam verstärkt werden.

Siemens: Plessey geschluckt

Der Siemens-Konzern hat die gemeinsam mit dem britischen Elektro-Konzern GEC angestrebte Übernahme der Plessey Co. (Elektro- und Rüstungselektronik) erreicht. 6,3 Mrd. DM soll die Übernahme gekostet haben, der größere Teil davon wurde von Siemens gezahlt. Für den Siemens-Konzern ist die Übernahme der größte Zukauf in der Konzerngeschichte, für die BRD-Konzerne die zweitgrößte Auslandserwerbung seit dem zweiten Weltkrieg. Siemens gewinnt damit eine starke Stellung u.a. auf dem britischen Markt für Telefonvermittlungen, Mikroelektronik und Rüstung.

3,3 Mio. Sozialhilfeempfänger

1988 haben 3,3 Millionen Menschen in der BRD Sozialhilfe bezogen. Das teilte das Statistische Bundesamt mit. Seit 1970 hat sich damit die Zahl der Sozialhilfeempfänger, also von Menschen, die am Rande des Hungers in großer Armut leben, mehr als verdoppelt. Allein 1988 nahm die Zahl der Sozialhilfeempfänger um weitere 202 000 bzw. 6,4% zu. Um den Druck auf diese Sozialhilfeempfänger weiter zu steigern, planen Finanz- und Sozialminister eine Abschaffung des geltenden „Warenkorbs“ für die Berechnung der Sozialhilfe und damit jedes fixierten Anspruchs von Sozialhilfeempfängern auf irgendeine Sache.

Was kommt demnächst?

Am 14.9. berät der Bundestag u.a. über das „Beschäftigungsförderungsgesetz 1990“ der Bundesregierung, das eine Verlängerung und Ausweitung des auslaufenden Beschäftigungsförderungsgesetzes von Blüm vorsieht. Auf der Tagesordnung steht außerdem ein Gesetz zur Änderung der Beamtenversorgung. Am 15.9. trifft der handelspolitische Beauftragte der US-Regierung zu Handelsgesprächen in Bonn ein. U.a. geht es dabei um die Airbus-Subventionen. Am 17.9. trifft der indische Premier Gandhi zu einem Staatsbesuch in Bonn ein. Am 22.9. ist dann die ersten Sitzung des Bundesrats. Auf der Tagesordnung steht u.a. die Verabschiedung des Sozialversicherungsausweisgesetzes und des Gesetzes zur Errichtung des Bundesamtes für Strahlenschutz. Außerdem berät der Bundesrat über das Gentechnik- und Embryonenschutzgesetz der Bundesregierung.



„Walesa unter Kollegen“ spottete die „Bild-Zeitung“ über den Besuch des Solidarnosc-Vorsitzenden in der Bundesrepublik und ließ dabei offen, wer als „Kollege“ gemeint war — Bischofs Hengsbach, die Konzernchefs oder DGB-Vorsitzender Breit (Bild). Am Ende des Besuchs kündigte der DIHT Interesse an mehr „Kooperation“ mit polnischen Unternehmen an, die Bundesregierung ihr Interesse an Landwirtschaftsprojekten. CDU-Wirtschaftssprecher Wissmann befürwortete „großzügige“ Hermes-Bürgschaften für die neue Regierung.

Haushaltsdebatte im Bundestag

Rechtsverschiebung der Parteien, Koalition räkelt sich in Konjunktur

Die Haushaltsdebatte im Bundestag diente weitgehend dem Ziel, Koalitionsmöglichkeiten abzuklären. Die Grünen versuchen, die SPD für eine Koalition zu gewinnen, die SPD versucht, CDU und FDP für eine Koalition zu gewinnen, die FDP, die CSU und die CDU versuchen, ihre Koalition zu erhalten durch Rückgewinn von rechtsaußen.

Dabei geben es die Grünen fast ganz auf, den Imperialismus der BRD-Politik zu kritisieren, in bezug auf die Volksdemokratien ermutigen sie wirtschaftliche Penetrationskonzepte nicht nur, sondern fordern sie sogar. Die SPD hält sich mit der Kritik der Ausländerpolitik der Regierung zurück und läßt von Forderungen wie nach dem kommunalen Wahlrecht für Ausländer ab. Die Regierungskoalition gibt ökologische Defizite zu und entwickelt das Konzept der ordnungspolitischen Ökologie. Es ist eine gewaltige Rechtsverschiebung der großen Parteien im Gange, die Grünen eingeschlossen.

Wie die Reaktion ökologische Kritik absorbiert

Die Koalitionshoffnungen der Grünen klammern sich an das Konzept der Öko-Steuer. Danach soll die Belastung der Umwelt proportional besteuert werden. Die KfZ-Steuer soll z.B. durch eine erhöhte Mineralölsteuer ersetzt werden, so daß ein Anreiz entsteht, weniger zu fahren. Stattdessen soll der Nahverkehr ausgebaut werden. Für dieses Konzept treten sowohl die Grünen ein als auch die SPD. Die Regierungskoalition kann es leicht abweisen. Weil überhaupt nicht bedacht wird, zu welchen Zwecken und wieso das Auto benutzt wird, würde eine solche Maßnahme mit Sicherheit sehr viele Härtefälle bewirken. Im großen und ganzen wäre die Beweglichkeit, die der Arbeitsmarkt fordert, gerade für diejenigen am meisten verteuert, von denen sie der Markt am meisten verlangt.

Der großräumige Arbeitsmarkt, der in der BRD besteht, beruht auf dem Auto. Weil der Verkauf der Arbeitskraft existenznotwendig ist, wird eine Verteuerung des Fahrens hauptsächlich Geld aus Arbeitnehmerhaushalten abziehen. Dazu kommen Erfahrungen mit dem Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel. Der Nutzen fällt vor allem an den Haus- und Grundbesitz. In Gegenden, in denen wegen besserer öffentlicher Verkehrsmittel weder für die Fahrt zur Arbeit, noch für den Einkauf, noch für den Weg zu Versorgungseinrichtungen wie Schule, Kindergarten usw. ein Auto nötig ist, steigt

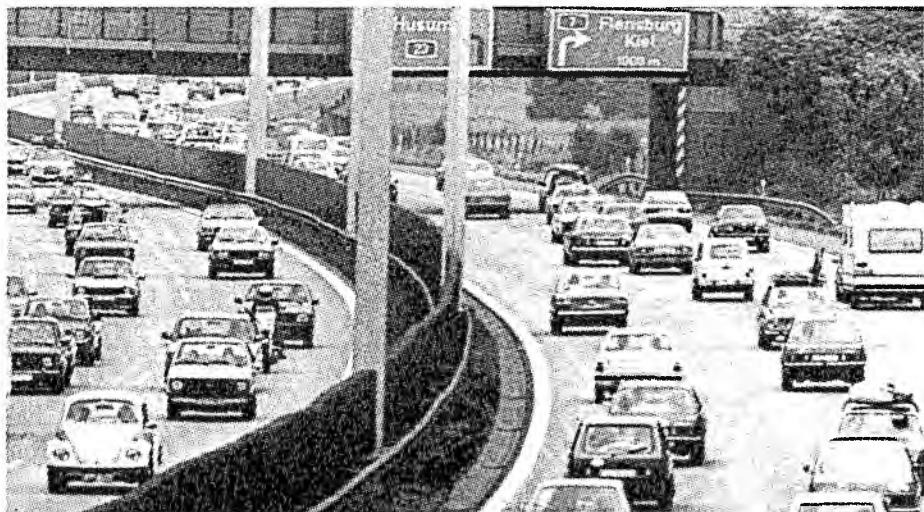
die Miete und frißt den Lohnanteil, der sonst fürs Auto gerechnet wird, weitgehend auf.

Das sind Tatbestände, die es der Regierungskoalition leicht machen, gegen die Öko-Steuer zu polemisieren. Ihr Gegenkonzept lautet, daß der ökologischen Krise mit ordnungspolitischen Maßregeln beizukommen sei. Das heißt, diese oder jene Weise des Produzierens bzw. Konsumierens wird direkt verboten. Die ökologische Beaufsichtigung wird Staatsaufgabe, wird Polizeisache. Die Regierungskoalition zeichnet der früheren Bürgerinitiative den Weg zur künftigen Umwelthilfspolizei.

Kindergartenplatz treibt die Staatsquote hoch und ist bürokratisch. Das Kindermädchen dient ganz offensichtlich der Freiheit.

Zweiteilung der Bevölkerung

Die Rückführung der Staatsquote ist populär, weil sie den Handlungsspielraum der Personen vergrößert. In Wirklichkeit ist dies ein extrem reaktionärer Prozeß. Für die lohnabhängigen Massen besteht vor allem durch die politische Demokratie Möglichkeit, an der Gestaltung der Gesellschaft teilzunehmen. Wenn z.B. Kindergärten eine öffentliche Aufgabe sind, kann politisch Einfluß genommen



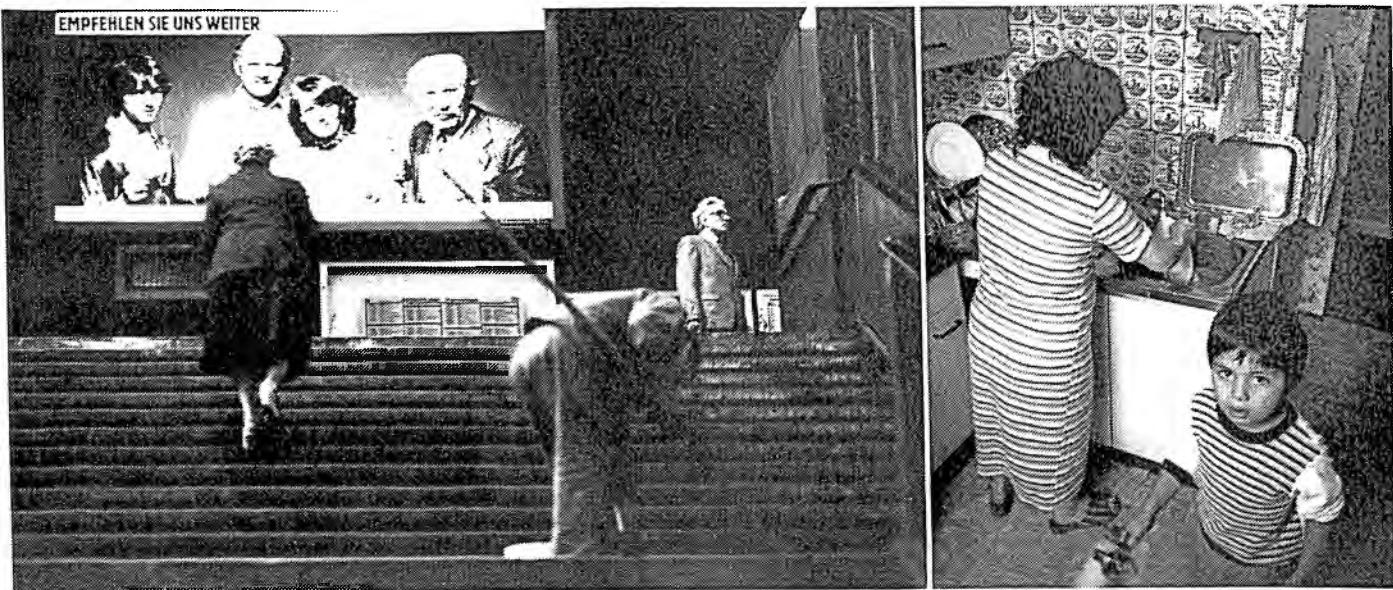
Die von SPD und Grünen propagierte Öko-Steuer würde für viele Lohnabhängige, die aus Arbeitsmarktgründen viel PKW fahren müssen, die Fahrtkosten stark steigern. Deshalb fällt der Regierung die Ablehnung dieser Forderung leicht.

Freiheit und Staatsquote

Die Regierung röhmt sich der Senkung der Staatsquote. Damit sei das Ausmaß gesunken, in dem der Staat ins wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben eingreife. Die gesunkene Staatsquote sei ein Ausweis der Freiheit. Auf den ersten Schein trifft dieses Argument zu. Denn wenn schon in der Produktion Befehl und Gehorsam herrscht, so immerhin nicht beim Konsum. Nur was nicht durch den Staat konsumiert wird, kann von Menschen konsumiert werden, wie sie scheinbar Lust haben. Da die Staatsquote erheblich gesunken ist, um ca. vier Prozent des Bruttonsozialprodukts, ergibt sich, daß die Freiheit um eben diese vier Prozent zugenommen hat. Anstatt daß zum Beispiel ein privater Haushalt durch scharfe Steuerprogression gezwungen wird, für einen Kindergarten zu blechen, kann nach der Progressionssenkung und der zusätzlichen Begünstigung ein Kindermädchen eingestellt werden. Der

werden, wird die Sache ein Thema, bildet sich eine öffentliche Meinung. Hinter der Rückführung der Staatsquote steht das Konzept, immer größere Bereiche des Lebens zu entpolitisieren, und das heißt, sie zu einem Reservat der Reichen zu machen.

Scheinbar kann sich die Reaktion dabei auf den gut verdienenden Mittelstand stützen. Aber dieser Schein trügt. In Wahrheit verstreuen sich Geld und Einfluß ja nicht aus dem Staatshaushalt breit in die Bevölkerung. Der Segen fällt an die gesellschaftlichen Großorganisationen, an das produzierende Gewerbe, die Banken, die Versicherungswirtschaft und zu einem nicht zu unterschätzenden und wachsendem Teil an die Kirche. Die Zahl der Personen, die an der zweifellos wachsenden Freiheit teilhaben, nimmt ab. Freiheit und politische Demokratie geraten in Gegensatz. Logisch folgt: Wer nicht an der Freiheit teilnimmt, muß auch von der Demokratie ausge-



Eine „Annäherung in der Ausländerpolitik“ zwischen SPD und Regierung stellt die „FAZ“ nach der Haushaltsdebatte fest. Tatsächlich rückt die SPD vom Kommunalwahlrecht für Ausländer ab.

schlossen werden. Diese Einsicht liegt der gesetzlichen Ausländerdiskrimierung zugrunde. Aus Großbritannien werden Pläne bekannt, das Wahlrecht gleich an die Steuerleistung zu binden. So wären Freiheit und Demokratie versöhnt.

Der Reiz der Freiheit

Die Tendenz zur politischen Entreitung aller vermögenslosen Personen erklärt nicht, warum, wie Bayerns Ministerpräsident erst dieser Tage formulierte, die Freiheit strahlt und leuchtet, eine Metapher, die ans Gold erinnert. In der Tat strömen die Neuankömmlinge aus den Volksdemokratien in einer Art Goldrausch nach Westen. Sie suchen die Freiheit. Sie suchen das Glück. Sie suchen ein Vermögen zu gewinnen.

Die meisten werden es nicht schaffen. Ob sie sich mit dem hl. Paulus trösten werden, der schon vor bald zweitausend Jahren darauf hinwies, daß zwar viele laufen, aber nur einer den Preis gewinnt? Gläubig sollen sie ja zumeist sein ...

Für die Regierungspolitik und die Wirtschaft der BRD ist es existenziell wichtig, die Jagd nach dem Glück am laufen zu halten. Also sind Preise auszusetzen. Es ist durchaus nicht nötig, daß eine Mehrheit etwas davon hat. Solange eine Wählermehrheit an die Chance glaubt, kann es reichen.

Sie räkeln sich in der Konjunktur

Kaum jemand hat mit der Zunahme der Wirtschaftstätigkeit gerechnet, die in den letzten Jahren eingetreten ist. Inzwischen geht alle Welt von einer Fortdauer der Konjunktur aus, ja man rechnet sogar mit einem deutlichen weiteren Schub, wenn der EG-Binnenmarkt kommt.

Mag sein, daß die Regierungsparteien bis zu einem gewissen Grade ihren eigenen Optimismus glauben. Jedoch zeigen

sich im Geschehen der Weltwirtschaft bedrohliche Krisenmomente. Die Durchdringung fast aller Volkswirtschaften durch den Weltmarkt hat regionale Geigenbewegungen ausgelöst. Niemand glaubt daran oder behauptet auch nur, daß der einheitliche Binnenmarkt zu einer Befriedung etwa in Nordirland oder im Baskenland führen wird. Die mit der EG vielfältig verwobene Türkei führt einen Kolonialkrieg gegen die Kurden. Im näheren Einflußbereich des US-Binnenmarktes sieht es nicht anders aus.

Eine geschickte Wirtschafts- und Herrschaftstechnik hat es vermocht, die Krisenerscheinungen auf bestimmte geografische Gebiete und soziale Gruppen einzuschränken. Das Geheimnis dieser Konjunktur bestand wohl in dem Kniff, ganze Länder bzw. Bevölkerungsgruppen wesentlich mehr für die schiere Existenz arbeiten zu lassen. Diese Entwicklung wurde stark begünstigt durch die ökonomische Kehrseite der ökologischen Krise; der Verlust von natürlichen, d.h. ökonomisch kostenlosen Lebensqualitäten treibt verschiedensten Bedarf hervor. Wohnung, Gesundheit, Urlaub, Arbeitsplätze, nichts kann bleiben, wie es war.

Die weltweite Konjunktur hat zu einer weltweiten Ausprägung der Arbeitsteilung geführt. Im internationalen Verhältnis nehmen ganze Volkswirtschaften die Rolle des Lohnarbeiters für die Metropolenwirtschaft ein. Entsprechend ist der Einfluß der politischen Institutionen auf das Wirtschaftsleben in ganzen Regionen, Ländern, kontinentalen Wirtschaftsräumen dahingeschwunden. Noch ist die Weltkonjunktur so organisiert, daß die Krisenerscheinungen auf gewisse Länder und in anderen Ländern auf gewisse Sozialbereiche eingegrenzt bleiben. Die extreme Ideologisierung der Wirtschaftsdiskussion zeigt jedoch, daß die Kräfte des Eigentums sich ordnen und auf politische Konflikte vorbereiten. Dabei läßt sich als Grundlinie erkennen,

daß der Verbrauch der natürlichen Ressourcen, der im ersten Zug die Massen weltweit zwang, für den Erhalt des Lebens immer mehr zu arbeiten, im zweiten Zug den Reaktionären die Möglichkeit bietet, ordnungspolitisch zu handeln und eine Art Öko-Polizei zu begründen.

Sie fühlen sich sicher

Die Vertreter des Eigentums zeigen sich, und das ist ein deutlicher Unterschied zu früheren Jahren, in bezug auf die Arbeiterbewegung unbesorgt. Sie haben mit ihren verschiedenen Reformen, besonders der Steuerreform und der Gesundheitsreform, eine ungeheure Geldsumme zum Ziel der Entsolidarisierung ausgeworfen. Auch ist es dem Kapital gelungen, die gewerkschaftlich geförderten Unternehmungen zu vernichten, so daß jetzt das Monopol für das Wirtschaften wieder voll und ganz bei Privaten liegt. Aus beidem läßt sich eine nachhaltige Schwächung der Gewerkschaften ausrechnen. Die Folgen einer solchen Schwächung würden in einer immer weiter fortschreitenden doppelseitigen politischen Entmündigung der Massen bestehen, persönlich in der Ausgrenzung von Personenkreisen, sachlich in der Ausgrenzung von Themenkreisen. Der Rückschlag der Konjunktur trifft heute schon eine weltweit wachsende Zahl von Menschen.

Die heutige Arbeiterbewegung muß sich dem Problem der Selektion stellen und darf nicht mit ansehen, wie sie in Interessengruppen zerlegt, nach und nach aufgerieben wird. Der Großwirtschaftsraum EG und die Großraumpolitik bringen es mit sich, daß aus dem Wirtschaftsleben unmittelbar politisch Folgen erstehen, daß Widerstand ausgelöst wird, zu dem sich die Arbeiterbewegung verhalten muß, weil sie sonst nicht einig sein kann.

Quellenhinweis: Bundestagsprotokoll vom 4. bis 6.9.1989 — (maf, rül)

Kundgebung in Stuttgart

Freilassung von Günter Sonnenberg!

Am 8.9. um 11 Uhr hat in Stuttgart vor dem Justizministerium die erste einer ganzen Reihe von Kundgebungen der Angehörigen der politischen Gefangenen in der BRD und in Westberlin für die sofortige Freilassung von Günter Sonnenberg und der anderen haftunfähigen Gefangenen stattgefunden.

Es ist bekannt, daß Günter bei seiner Festnahme 1977 durch eine Schußverletzung in den Kopf lebensgefährlich verletzt worden war und bis heute an den Folgen seiner Verletzung leidet. So hat er am 28.12.1988 erneut einen epileptischen Anfall erlitten. Nach allem fachärztlichen Wissen steht fest, daß er nicht haftfähig ist. Nur die harte Haltung der zuständigen Verantwortlichen, Justizminister Eyrich und Ministerpräsident Späth, hat seine Freilassung bisher verhindert. Daß diese grundsätzlich möglich ist, zeigt die Freilassung von Angelika Goder in Westberlin, die am 21.6. 1989 wegen eines schweren Hüftleidens in einer Klinik draußen operiert worden ist und fort dauernde Haftverschonung hat.

Zu der Kundgebung kamen etwa 200 Leute. Es gab verschiedene Beiträge zur Situation von Günter Sonnenberg, zu den Bedingungen für die politischen Gefangenen in Stammheim, die der Staat nach Abbruch des Hungerstreiks weiter verschärft hat: So darf z.B. die Gefangene aus der RAF Eva Haule durch Be-

schluß des OLG Stuttgart ab jetzt wöchentlich nur noch fünf Briefe à zwei DIN-A4-Seiten schreiben. Oder wenn die Gefangenen in Stammheim Durchschläge ihrer Briefe an mehrere politische Gefangene schicken, werden diese angehalten. Die gemeinsame Diskussion soll verhindert werden.

Die Angehörigen haben ihren offenen Brief an Eyrich vorgelesen. Außerdem gab es einen Bericht zur Besetzung der Kathedrale in San Salvador durch kriegsversehrte Guerillas. Sie fordern Ausreise für eine medizinische Behandlung im Ausland. Sie berufen sich dabei auf das Abkommen von Panama, das zwischen der (vormaligen) Duarte-Regierung, der katholischen Kirche und der FMLN vereinbart worden war. Die Kundgebungsteilnehmer haben eine Grußadresse an die Besetzerinnen und Besetzer und ein Protestschreiben an die Regierung Cristiani verabschiedet. Die Teilnehmer der internationalen Demonstration am 7.9. in Den Haag gegen das Europa der Bonzen und Militärs und das El-Salvador-Komitee Stuttgart richteten Grußadresen an die Kundgebung. — (x.z.)

Europakonferenz

„Deutsche“ Gewerkschaftsziele?

Am 30. August lud Kohl zur „zweiten Nationalen Europakonferenz“ im Bundeskanzleramt ein. Obwohl der DGB seit der ersten Veranstaltung dieser Art nichts erreichte, sondern im Gegenteil sich für seine Forderungen nach einem EG-weit geltenden Arbeits- und Sozialrecht eine völlige Pleite abzeichnet, kam der DGB erneut. Der Tenor der Berichterstattung in der bürgerlichen Presse: „.... Während Bundeskanzler Helmut Kohl zusammen mit den Gewerkschaften für konkrete, rechtlich verbindliche soziale Grundstandards plädierte, setzte sich Tyll Necker, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) für einen ‚Wettbewerb staatlicher und sozialer Rahmenbedingungen‘ ein.“ (1)

Noch im Februar hat der Wirtschafts- und Sozialausschuß der EG, in dem auch der DGB-Vorstand mitarbeitet, ein Programm sozialer Grundrechte formuliert, das darauf abzielt, eine ganze Reihe wichtiger Abkommen der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) zu verbindlichem Arbeitsrecht in der EG zu machen. Die EG-Kommission hat diese Vorlage durch einen eigenen „Vorentwurf“ gekappt. Der DGB monierte im Juli, daß die Fassung der Kommission nicht einmal das Verbot der Zwangsarbeit enthielt oder das gewerkschaftliche Recht zu grenzüberschreitenden Kollek-

tivverträgen. Diese entschärfe Fassung ließen die Regierungschefs dann auf dem EG-Gipfel in Madrid ohne Beschuß stranden. Die IAO-Normen waren damit aus der Diskussion über die „soziale Dimension“ entfernt. Auf der IAO-Konferenz waren die Beauftragten der EG-Regierungen maßgeblich beteiligt an dem Versuch, wichtige internationale IAO-Abkommen ganz zu kippen (z.B. das Nachtarbeitsverbot für Arbeiterinnen). Das focht den DGB jedoch nicht an, zur Vorbereitung der Nationalen Europakonferenz auch noch gemeinsame Erklärungen mit BDA und BDI über soziale Mindeststandards im Binnenmarkt abzufassen, die die Wirtschaftspresse augenzwinkernd verkaufte: „DGB und Arbeitgeber für soziale Mindeststandards“ (2).

Die Kapitalisten wurden auf der Europakonferenz schon nochmal deutlich. Eine Harmonisierung sozialer Rahmenbedingungen auf niedrigem Niveau sei nicht „zwingend“: „Solange die deutsche Wirtschaft durch Leistung überzeugt, solange werde auch ihr Lohnniveau nicht in Frage stehen. Dieses werde auch künftig durch Qualifikation und Motivation verteidigt und verbessert, nicht aber durch EG-weite Harmonisierung der Löhne.“ (3) Der Kanzler — nach einigen wohlwollenden Worten zu nicht näher spezifizierten „sozialen Grundrechten“, zur „Mitbestimmung“ und zum „Arbeitsschutz“, wobei er die erst kürzlich verabschiedete bodenlose Maschinenrichtlinie als Muster hinstellte, — griff den Ball auf und verlegte sich auf die „Bildungspolitik“: „.... Wir müssen unsere Anstrengungen intensivieren, lernbeeinträchtigten und benachteiligten jungen Menschen zu einem Ausbildungserfolg zu verhelfen. Aber ebenso wichtig ist es, den lernstarken und besonders leistungswilligen Jugendlichen angemessene Chancen einzuräumen.“ (4) Wohl wissend, daß die Gewerkschaften auch über Qualifikationstarifverträge einen Lohnausgleich suchen, bietet Kohl hier ein spalterisches und elitäres Konzept an.

Die Kapitalistenverbände und die Regierung suhlen sich in der politischen Spaltung, die die europäische Gewerkschaftsbewegung lähmt. Erfreulicherweise ist jetzt, z.B. im Antragsmaterial zum Gewerkschaftstag der IG Metall, ein wirklich starkes Bedürfnis der Basis zu verzeichnen, die Blockadepolitik der Gewerkschaftsvorstände zu überwinden und sie zu ernsthaften Schritten der Kooperation mit allen europäischen Gewerkschaften zu verpflichten. Ob der Kanzler diese Tendenz mit seinen chauvinistischen Europakonferenzen auf Dauer torpedieren kann, ist fraglich.

Quellenhinweis: (1) Handelsblatt 31.8.89; (2) HB 27.7.89; (3) Südd. Zeitg. 31.8.; (4) Pressemitteilung der Bundesregierung 399/89 — (poj)



Günter Sonnenberg

Kurdenverfolgung in der BRD

Interview mit Selman Arslan

Ende August hat das OLG Düsseldorf überraschend Selman Arslan, einen der 20 zu diesem Zeitpunkt wegen angeblicher Mitgliedschaft in einer „terroristischen Vereinigung in der PKK“ inhaftierten Kurdinnen und Kurden, freigelassen. Kurze Zeit später gab das Gericht den Beginn des Prozesses gegen die übrigen 19 Angeklagten bekannt: Am 24. Oktober soll der monströse Schauprozeß, der nach Ankündigungen des Gerichts mindestens zwei Jahre dauern wird, vor dem Staatsschutzsenat des zu einer Festung ausgebauten OLG Düsseldorf beginnen. Die Redaktion Politische Berichte sprach mit Arslan über seine Erfahrungen nach der Verhaftung, die 18-monatige Isolationshaft und über das Zusammenspiel von westdeutschen und türkischen Staatsschutzorganen bei diesem Schauprozeß gegen den kurdischen Befreiungskampf. — (rül)

Frage: Wann wurdest du verhaftet?

In den Räumen des Kurdistan-Komitees in Köln am 15. Februar 1988, abends um ca. 21.30 Uhr. Ich las gerade in der Bibliothek ein Buch, als ich starke Schläge gegen die Eingangstür hörte. Als die Tür aufging, stand vor mir ein Beamter des SEK in kugelsicherer Weste, mit Helm. Er zielte mit seiner Maschinenpistole auf mich und sagte: „Keine Bewegung, Kriminalpolizei, hinlegen!“ Bevor ich fragen konnte, warum, wurde ich zu Boden geworfen, meine Hände am Rücken gefesselt und mein Personalausweis kontrolliert. Als ich aufstehen wollte, hielt mir einer der SEK-Beamten die Maschinenpistole an den Kopf und befahl: „Keine Bewegung, du sollst liegenbleiben, solange wir nicht sagen, daß du aufstehen darfst!“ Dabei konnte ich beobachten, wie andere Personen im Komitee, obwohl sie keinen Widerstand leisteten, von den Beamten geschlagen wurden. Dann wurden wir einzeln zum Polizeipräsidium transportiert und in Zellen gesperrt. Ca. um 3.00 Uhr morgens wurden wir aus den Zellen geholt und mußten uns im Erdgeschoß aufstellen. Dann wurden wir fotografiert. Am Ende des Flurs war eine Tür mit Spiegelglas. Wir haben sofort bemerkt, daß wir offenbar von jemandem, der unentdeckt bleiben sollte, beobachtet wurden. Dann wurden wir wieder in unsere Zellen gesperrt. Am nächsten Tag, dem 16.2., wurden wir um ca. 11 Uhr mit einem VW-Bus gemeinsam zum Köln-Bonner Flughafen gefahren: Hüseyin Celebi, Hasan Engizek, Ibrahim Kadah, Elif Engizek, Yasemin Gedik und ich. Von dort wurden wir mit einem Hubschrauber nach Karlsruhe geflogen. Dort wurden wir im Keller des BGH wieder in Einzelzellen gesperrt. Nach ein paar Stunden wurde ich dort dem Ermittlungsrichter des BGH vorgeführt. Der fragte mich, ob ich wisse, warum ich festgenommen sei. Ich antwortete: Nein. Darauf teilte er mir mit, mir werde von der Bundesanwaltschaft vorgeworfen, Mitglied der PKK und einer terroristischen Vereinigung in der PKK zu sein und an der „Entführung“ und versuchten Ermordung von H.D. (einem „Kronzeugen“ der BAW) durch ein Volksgericht der PKK in Köln beteiligt gewesen zu sein. Darauf antwortete ich ihm, diese Beschuldigung sei lächerlich. Der Richter fragte darauf den anwesenden Oberstaatsanwalt der Bundesanwaltschaft, was mir konkret vorgeworfen werde. Der behauptete, ich sei Mitglied der Abteilung „Parteisicherheit, Kontrolle und Nachrichtendienst“ der PKK und außerdem an einem Mord in Rüsselsheim beteiligt gewesen. Der Richter fragte mich nun, ob ich bereit sei, ihm Fragen zu beantworten. Darauf antwortete ich, ich wolle erst mit meinem Anwalt sprechen. Antwort: Das sei jetzt nicht möglich, er (der Richter) müsse jetzt entscheiden, ob ich freigelassen werde oder in Haft bleibe. Darauf antwortete ich ihm, ich wolle jetzt nicht antworten. Darauf wurde ich wieder in meine Zelle gebracht. Um ca. 19.30 Uhr abends wurde mir dann vom Ermittlungsrichter der Haftbefehl vorgelesen. Von einer Beteiligung an dem Mord in Rüsselsheim war darin nicht mehr die Rede. Noch am selben Tag wurde ich wieder in die JVA Köln-Ossendorf zurücktransportiert.

Frage: Wann hat dir die Bundesanwaltschaft zum ersten Mal die angeblichen „Beweise“ für ihre Beschuldigungen vorgelegt?

Im August, sechs Monate nach der Verhaftung. Vier Monate vorher hatte mein Anwalt erstmals Haftprüfung und meine Freilassung beantragt. Am Tag dieser Haftprüfung, d.h. am 5. Mai 1988, erhielt ich plötzlich einen zweiten Haftbefehl. Darin war nun wieder von meiner angeblichen Beteiligung an dem Mord in Rüsselsheim die Rede. Außerdem wurde ich nun der Urkundenfälschung beschuldigt, weil 1984 in einer Essener Wohnung ein Paß mit meinem Foto gefunden worden sei, der auf einen anderen Namen lautete. Der Vorwurf des versuchten Mordes an H.D. tauchte dafür nicht mehr auf. Beweis der BAW für meine angebliche Beteiligung an dem Mord in Rüsselsheim: Ein Zeuge habe behauptet, ich sei ein paar Wochen vorher in Rüsselsheim gewesen. Der „Beweis“ für meine angebliche Beteiligung am „Volksgericht“ über H.D. war dessen Aussage vor der Polizei, er habe mich im Kurdistan-Komitee gesehen und ich hätte mit anderen in fünf Minuten das Urteil des „Volksgerichts“ gegen ihn überprüft und seiner Hinrichtung zugestimmt.

Die weitere Geschichte dieses H.D. geht dann übrigens so: Er sei nach dieser Verurteilung für die Exekution in die Wohnung Hasan Engizeks gebracht worden. Dort unterhielt er sich mit seinen angeblichen „PKK-Volksrichtern“, der Familie Engizeks und dessen Gästen, trank Kaffee, guckte Fernsehen usw. Am nächsten Tag blieb der angeblich zum Tode Verurteilte mit nur einem „Bewacher“ allein. Während der angebliche „Bewacher“ unter der Dusche stand, flüchtete H.D. aus der Wohnung und begab sich zur Kölner Polizei.

Frage: Der Ermittlungsrichter beim BGH hat ein Haftstatut für die kurdischen politischen Gefangenen erlassen. Wann war das und wie sah dieses Haftstatut aus? Welche Folgen hatte dieses Haftstatut für deine Verteidigungs- und Informationsmöglichkeiten?

Das erste Haftstatut wurde gleich nach unserer Verhaftung verhängt: Einzelhaft, Einzelhofgang, keine Teilnahme an Gemeinschaftsveranstaltungen, Fliegennetze vor den Zellenfenstern, Verbot des Kontakts mit allen Gefangenen, die Kurden sind. Alles weitere, also z.B. Zeitungen, Fernseher, Radio usw. müsse beim Ermittlungsrichter beantragt werden, der werde dann entscheiden.

Fernseher, Radio und der Bezug von Zeitschriften wurden mir dann erst nach drei Monaten bewilligt. Bei der Gelegenheit verhängte der BGH-Richter gleich ein neues Haftstatut. Die Anordnung von Einzelhofgang und Einzelduschen wurde aufgehoben. Die Einzelhaft blieb in Kraft. Gleichzeitig wurde ich in den Sicherheitstrakt der Anstalt verlegt, so daß die angeblichen „Erleichterungen“ wie die Aufhebung des „Kontakverbots“ mit Kurden auf dem Papier blieben. Dort wurde ich Tag und Nacht durch eine Kamera bewacht. Ziel war, mich von jedem Kontakt mit anderen Menschen zu isolieren. So bekam ich erst nach fünf Monaten Haft meinen ersten Besuch. Gleichzeitig wurde mir jetzt zum ersten Mal erklärt, warum ich die Zeitung „Berxwedan“ nicht beziehen dürfe: Diese diene der Publikation der offiziellen Verlautbarungen der PKK und verfolge unter anderem das Ziel, deren Mitglieder ideologisch zu festigen und in ihrem Kampfeswillen zu stärken. Deshalb würde der Bezug dieser Zeitung den Zweck der Untersuchungshaft gefährden. Damit war der Zweck der Untersuchungshaft klar ausgesprochen! Gleichzeitig wurde die gemeinsame Haftierung mit anderen Gefangenen verboten, um, wie der Richter meinte, der unkontrollierten und besonders intensiven Einwirkung auf Mitgefange vorzubeugen. Welche Straftat damit gemeint ist, ist mir bis heute unklar.

Während der gesamten Haftzeit wurde mir keine einzige Veröffentlichung der PKK ausgehändigt, obwohl ich doch der Mitgliedschaft in der PKK beschuldigt wurde und solche Veröffentlichungen also zu meiner Verteidigung benötigte.

Frage: Mehrere kurdische Organisationen, u.a. der Verband kurdischer Ärzte, haben sich für euch eingesetzt, gegen die Haftbedingungen protestiert, erkrankte kurdische Gefangene, die schon in türkischen Gefängnissen gefoltert wurden, untersuchen wollen. Was ist daraus geworden?

Mir ist von diesen Forderungen nie etwas mitgeteilt worden. So weit ich weiß, ist eine solche Untersuchung bei Yasemin Gedik in Bielefeld (die seit ihrer jahrelangen Haft in türkischen Gefängnissen erkrankt ist) abgelehnt worden. Stattdessen ist das Büro des Vereins kurdischer Ärzte in Bonn von BKA-Beamten auf Antrag der Bundesanwaltschaft auch noch durchsucht worden. Soweit ich

weiß, ermittelte damals die Bundesanwaltschaft gegen diesen Verein sogar wegen angeblicher „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung“. Was aus diesen Ermittlungen geworden ist, weiß ich nicht.

Frage: Die Beschuldigungen der Bundesanwaltschaft stützen sich auf Verleumdungen gegen die PKK, die vor allem von Seiten des türkischen Geheimdienstes verbreitet werden, und — soweit uns bekannt ist — auf die Aussagen dreier dubioser „Kronzeugen“.

Kannst du uns berichten, welche Hinweise du über die Mitarbeit der türkischen Justiz, türkischer Polizisten und Geheimdienstleute in diesem Verfahren hast?

Meine Eltern sind schon sechs Wochen nach den Durchsuchungen von Vereinsräumen und Wohnungen von Kurden in der BRD im Sommer 1987 von türkischer Polizei in Nordwest-Kurdistan zu Hause aufgesucht worden, mein Vater wurde auf der Polizeiwache verhört. Später habe ich in den Ermittlungsakten einen Hinweis gefunden, daß bei den Durchsuchungen in der BRD ein Zettel mit den Namen „Selman“ gefunden worden sei. Der Name ist dann wohl weitergegeben worden.

Von den Anfragen der Bundesanwaltschaft bei türkischen Justizbehörden haben ja schon die Rechtsanwälte berichtet.

Ich habe gehört, daß Ali Haydar Kaytan vor wenigen Wochen von Beamten des BKA gemeinsam mit türkischen Beamten, die mit ziemlicher Sicherheit vom Geheimdienst MIT waren, besucht worden ist, die ihn zum Verrat überreden wollten. Er hat sie rausgeworfen. Während des Hungerstreiks, im April dieses Jahres, wurde Kaytan auch von Leuten vom türkischen Konsulat in Karlsruhe im Gefängniskrankenhaus besucht, die mit ihm „reden“ wollten.

Frage: Welche Ziele verfolgt die BRD mit diesem Prozeß gegenüber der PKK und dem kurdischen Befreiungskampf und wie schlägt sich das in dem Verfahren nieder?

Das allgemeine Ziel der BRD in diesem Prozeß ist allgemein bekannt. Deshalb werde ich hier nur Stichworte nennen wie: Dem nationalen Befreiungskampf in Kurdistan und seiner führenden Kraft, der PKK, soll der Stempel „Terrorismus“ aufgedrückt werden. Die Unterstützung des Kampfes durch die kurdischen Werkstattigen in Europa soll durch Kriminalisierung und Verfolgung unterbunden werden. Natürlich schlägt sich das in den Verfahren nieder. Abgesehen davon, daß wir sowohl durch die Haftbedingungen als auch durch die Presseerklärungen des Generalbundesanwalts als „gefährliche Unmenschen“ dargestellt werden und dementsprechend behandelt wurden, versuchte man auch, viele von uns durch irgendwelche Versprechungen dahingehend auszunutzen, daß sie als sogenannte „Kronzeuge“ in dem Verfahren auftreten. Es ist bekannt, daß die Anklage sich auf drei dubiose „Kronzeuge“ stützt. Diese sollten so gestärkt werden.

Mir hat zum Beispiel die Bundesanwaltschaft Anfang Januar dieses Jahres indirekt ein „Geschäft“ angeboten. Ich hatte vor zwei Jahren einen Unfall gehabt und mir ein Bein gebrochen. Da ich damals noch keine amtliche Aufenthaltserlaubnis hatte, war ich unter einem anderen Namen im Krankenhaus behandelt worden. Über diesen Fall wollte nun die BAW von mir Aussagen haben für ihre Theorie, ich sei damals in „Parteihalt“ der PKK gewesen und dabei verwundet worden. Hätte ich eine solche Aussage gemacht und dem BKA-Beamten auch noch ein paar Namen genannt, wäre ich vermutlich sofort freigelassen worden. Gegenüber meinem Anwalt jedenfalls hat die BAW angedeutet, bei einer solchen Aussage von mir würden die Anklagen wegen § 129a, der sogenannten „Freiheitsberaubung“ usw. sofort fallengelassen werden und ich würde freigelassen.

Frage: Mehrere der kurdischen politischen Gefangenen sprechen kaum deutsch, sind also durch das Verbot, kurdische Publikationen zu beziehen, speziell isoliert. Wie haben die Hafrichter dies gerechtfertigt?

Es gibt Gefangene wie z.B. Ali Haydar Kaytan, bei denen wird kein einziges Schriftstück in türkischer Sprache durchgelassen. Kaytan spricht kein deutsch. Der Kontrollrichter weigert sich trotzdem, selbst die Briefe von Kaytan an seinen eigenen Verteidiger und die vom Verteidiger ins türkische übersetzten Aussagen der „Kronzeuge“ durchzulassen. Faktisch hat er damit jede Verbindung Kaytans mit seinem Verteidiger unterbrochen. Der Verteidiger hat dagegen Beschwerde eingelegt, die Beschwerde wurde

abgelehnt. Ähnliches gilt für Meral Kidir, die in Bühl-Baden eingesperrt ist. Sie bekommt zwar Schriftstücke vom Verteidiger in türkischer Sprache durchgelassen, kann ihm auch in türkisch schreiben, alle Anträge auf türkische Bücher, Zeitungen oder Zeitschriften, die sie für ihre Verteidigung braucht, sind aber abgelehnt worden.

Auch die Anträge der Verteidiger, z.B. die Belastungsaussagen der „Kronzeuge“ zu übersetzen, wurden von den Hafrichtern abgelehnt. Die übersetzte Anklageschrift wäre ausreichend, hieß es. Daraufhin haben ein paar von den Angeklagten, die deutsch sprechen, selbst diese Aussagen ins türkische übersetzt und versucht, diese Übersetzungen den Angeklagten, die kein deutsch sprechen, über deren Verteidiger zuzuschicken. Auch das wurde durch den Kontrollrichter wie bei Kaytan verhindert.

Frage: Du bist wahrscheinlich von deiner Entlassung genauso überrascht worden wie wir auch. Hat der Richter damit zu erkennen gegeben, daß er die Aussagen der „Kronzeuge“ der Bundesanwaltschaft nicht für glaubwürdig hält? Was ist aus der Anklage gegen dich geworden?

Die Anklage gegen mich ist in fast allen Punkten fallengelassen worden. Die Bundesanwaltschaft hatte mir sogar angeboten, sämtliche Anklagen fallenzulassen, wenn ich für sechs Monate Haft auf die Haftentschädigung verzichten würde. Das habe ich abgelehnt. Jetzt läuft nur noch die Anklage wegen der angeblichen „Urkundenfälschung“ (der Paß mit meinem Foto) beim Amtsgericht Köln.

Offensichtlich glaubt der 5. Senat des OLG Düsseldorf die Geschichte des Kronzeuge, ich sei der „PKK-Berufsrichter“ in seinem „PKK-Volksgericht-Verfahren“ im Kurdistan-Komitee gewesen, nicht mehr. Jedenfalls gibt es im Einstellungsbeschuß des OLG die interessante Feststellung, die bloße Mitgliedschaft in der PKK und die bloße Anwesenheit in den Räumen des Kurdistan-Komitees in Köln sei noch nicht strafbar. Um dies festzustellen, brauchten die Richter 18 Monate!

Frage: Zum Schluß: Kannst du uns etwas über die gegenwärtigen Haftbedingungen der noch inhaftierten kurdischen politischen Gefangenen sagen?

Wie ihr wißt, hat das OLG Düsseldorf nach der Übergabe des Verfahrens dorthin die Haftbedingungen aller Gefangenen noch einmal extrem verschärft. Nach dem Beschuß dieses Gerichts vom 15.11.88 waren uns z.B. auch UKW-Radios untersagt, Fliegennetze wurden wieder eingeführt, die Besuchszeiten verkürzt, alle Zeitungen durften nur noch über die Anstalt bezogen werden usw. Der Bezug von Zeitungen wie den „Politischen Berichten“ oder dem „Kurdistan-Rundbrief“, „Al Karamah“ u.a. wurde pauschal abgelehnt, weil solche Veröffentlichungen angeblich nicht im allgemeinen Handel erhältlich seien, ebenso der Bezug von Kopien, Zeitungsausschnitten, Paketen usw. Das BGH hatte uns teilweise erlaubt, in geringem Umfang am Fernsehen teilzunehmen usw. All das wurde jetzt wieder untersagt. Sogar Ausgaben des „Spiegel“, UNO-Beschlüsse und alle fremdsprachigen Bücher und Poster von Özalan wurden angehalten.

Dagegen haben wir uns mit unserem Hungerstreik gewehrt. Jetzt sind uns Radios mit UKW-Teil wieder zugelassen, der Bezug von Zeitungen ist erleichtert. Inzwischen machen die Gerichte dabei aber wieder Schwierigkeiten. In Köln beispielsweise bekam ich vor meiner Freilassung nur solche Zeitungen, die auch in Köln erhältlich seien, nicht direkt vom Verlag. Die Fliegengitter blieben, der Ausschuß von Gemeinschaftsveranstaltungen ist nur teilweise aufgehoben. Die Einzelhaft bleibt für alle Gefangenen bestehen, ebenso das Verbot des Bezugs aller Publikationen, die irgendwie der PKK nahestehen. Fast alle „Erleichterungen“ sind aber nicht schriftlich zugestanden, sondern nur in der Praxis und können damit jederzeit wieder aufgehoben werden. Vor unserem letzten Hungerstreik lehnte beispielsweise der Hafrichter bei Yasemin Gedik jede Untersuchung durch einen Arzt, der nicht aus der Anstalt kommt, ab. Hasan Hayri Güler war 1988 am Arm operiert worden und hatte dabei ein Metallstück eingesetzt bekommen. Dieses Metallstück sollte nach einiger Zeit herausgenommen werden. Das hat das Gericht erst nach 30 Tagen Hungerstreik genehmigt. Auch Yasemin Gedik wurde erst nach dem Hungerstreik untersucht. Andere Haftbedingungen bleiben weiter in Kraft. So enthält das Haftstatut immer noch die Festlegung, daß wir bei jedem Transport an Händen und Füßen gefesselt werden sollen.

Antikriegstag 1989

Die Flucht- und Kriegsschuldfrage ist in der öffentlichen Debatte

Von der politischen Opposition war in Ausrichtung der vergangenen Jahrestage der faschistischen Regierungsübernahme, revanchistischer Jahrestage und der Jahrestage besonderer Greuelaten des Faschismus eine Gegenöffentlichkeit geschaffen worden. In Gedenken des 50. Jahrestags der Reichspogromnacht war die Reaktion in der Betrachtung und Wertung in Streit geraten. Der Bundestagspräsident mußte seinen Posten abgeben. Ein ähnlicher Streit oder die Bestimmung der öffentlichen Debatte durch den 50. Jahrestag des Überfalls auf Polen durch die politische Opposition mußte von der Reaktion vermieden werden. Der Zusammenhang der Kriegsziele des deutschen Imperialismus im ersten

aggressiven revanchistischen Ziele des deutschen Imperialismus enthüllen.

Mit der Debatte um den sowjetisch-deutschen Nichtangriffsvertrag vom 23./24.8.39 (sog. Hitler-Stalin-Pakt) und die „Flucht“ von DDR-Bürgern wurde die bürgerliche Opposition vereinnahmt.

Der Vertrag umfaßte 7 Artikel. Im ersten verpflichten sich beide Seiten, keine aggressiven Handlungen gegeneinander zu unternehmen und einander nicht anzugreifen. Sollte eine der beiden Seiten von einer dritten Macht angegriffen werden, so werde die andere Seite — entsprechend der Artikel 2 und 4 — den Angreifer nicht unterstützen. Die Seiten verpflichten sich ferner in Artikel 3, einander in Fragen, die ihre gemeinsamen

dieser sog. Notregierung Verbindungen. Kohl sprach Gorbatschow bei seinem Besuch in der BRD, im Juni 1989, auf den Vertrag an und sagte ihm Kopien von den Originalen zu. Die Volksdeputierten der UdSSR beschlossen, einen Sonderausschuß zu diesen evtl. Verträgen einzurichten. Die Originale wurden von der Bundesregierung nicht geliefert. In sowjetischen oder polnischen Archiven konnten weder Kopien noch Originale gefunden werden. Eine auffällige Eigentümlichkeit, daß Molotow die Verträge in lateinischer und nicht in kyrillischer Schrift unterzeichnete, wurde nicht aufgeklärt, sondern als offen stehen gelassen. Die Medienberichterstattung „Vor fünfzig Jahren“ eine Woche vor dem 01.09. arbeitete an scheinbar eindeutigen Dokumenten die Kriegsschuldfrage auf. Ergebnis: Hätte Stalin keinen Nichtangriffsvertrag geschlossen, hätte es den zweiten Weltkrieg nicht gegeben. Vom Münchener Abkommen 1938 und dessen Unrechtmäßigkeit keine Rede.

Mit der Herausbildung von Autonomiebewegungen in den baltischen und moldauischen Sowjetrepubliken, der Regierungsumbildung in Polen und den folgenden Lieferungen von Agrarprodukten durch die EG sowie die Beseitigung der Grenzbefestigungen von Ungarn zu Österreich und den folgenden illegalen Grenzübertritten von DDR-Flüchtlingen wurde eine Stimmung geschaffen, daß die Menschen in diesen Staaten die Verlierer des zweiten Weltkrieges sind. Durch die „Abstimmung mit den Füßen“ wäre klar, wohin sie wollten. Das Bundesinnenministerium stellte an das Bundesverteidigungsministerium ein Amtshilfesuchen, für die Zeit um den 01.09. für 20000 Menschen Unterkünfte zu stellen. Es war am 01.09. eine Situation geschaffen, daß jeder glaubte, eine nicht geringe Anzahl von Menschen aus der DDR würde aus eigenem Antrieb bzw. aus Widersprüchen zur DDR in die BRD wollen. Ungarn wurde zu weitreichenden Unterstützungsdienssten genötigt. Die revanchistische und in Verbindung zu Faschisten stehende „Pan-Europa-Union“ konnte ungehindert auf ungarischem Territorium agieren. Besonders diese Anhäufung von DDR-Flüchtenden zum 50. Jahrestag des zweiten Weltkriegs machte selbst konservative Berichterstatter über den „seltsamen Zufall“ stutzig.

Vor diesem Hintergrund müssen die Reden der Politiker und die Aktionen zum Antikriegstag betrachtet werden.



Auf Gerichtsbeschuß durfte das „Denkmal des unbekannten Deserteurs“ in Bonn nur wenige Stunden gezeigt werden.

und zweiten Weltkrieg mit der Politik des deutschen Imperialismus „Schaffung des gemeinsamen Hauses Europa“ unter deutscher Führung mit der Herausbildung des sog. „gemeinsamen europäischen Marktes“ drängt sich auf. Die Regierungskoalition stellte seit der Regierungsübernahme die Wiederherstellung eines geeinten Europa mit der Wiedervereinigung Deutschlands in einen engen Zusammenhang. Das eine wäre ohne das andere nicht möglich. Verankerung der Forderungen nach Akzeptierung der bestehenden polnischen und sowjetischen Grenzen und besonders die Forderung nach Anerkennung der DDR als souveränen Staat würden diesen „Einigungsbestrebungen“ entgegenstehen und die

Interessen berühren, zu konsultieren. Artikel 5 bestimmte, daß etwaige Streitigkeiten auf friedlichem Wege beigelegt werden sollten. Laut Artikel 6 und 7 wurde der Vertrag für zehn Jahre geschlossen und trat sofort nach seiner Unterzeichnung in Kraft. Mit dem faschistischen Überfall auf die Sowjetunion trat der Vertrag außer Kraft.

Im „Anzeiger der Notverwaltung des Deutschen Ostens — Mitteilungsblatt der Gemeinschaft Ost- und Sudetendeutscher Grundeigentümer und Geschädigter (GOG)“ wurden in der Ausgabe 1/1989 die dann später zur Debatte stehenden Verträge ausführlich behandelt. Mitglieder der „Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung in der CDU“ unterhalten zu

Quellenhinweis: GoG Zirkelbrief 53. Deutscher Ostdienst Nr. 35/31. Jahrgang, Information für die Truppe 8/89. Sowjetunion Heute 8/89. Schleswiger Nachrichten vom 26.08. bis 03.09.89. Frankfurter Allgemeine 01./02.09.89. Von der Initiative zur Ehrung der Waldkircher Deserteure „Dokumentation und Redebeiträge zur Diskussion“, Dokumentenmappe vom Bonner Friedensplenum zum Denkmal für den unbekannten Deserter. BT-Plenarprotokolle 11/154. — (ale)

Politikerreden, Aktionen der politischen Opposition

Zu Europastrategie / völkischer Nationalismus:

W. Brandt: „Die europäische Einigung bildete ein Kernstück in den Vorstellungen des deutschen Widerstandes, so auch der Kreisauer Kreis; die deutschen Sozialdemokraten hatten die Vereinigten Staaten von Europa schon 1925 in ihr Programm aufgenommen ... Ein faszinierender Prozeß der Neugestaltung führt uns nun dem größeren Europa näher ... Ich denke mir, Staaten auf Rädern wird die künftige europäische Hausordnung nicht vorsehen. Und keine Vertreibung. Und keine Trennmauer, schon gar nicht zwischen Angehörigen ein und derselben Nation. Auch nicht Regierungen, die von ein paar Dutzend Divisionen abhängiger sind als von der Verständigung mit dem eigenen Volk. Wer das ganze Europa in den Blick faßt, kommt jedenfalls um Deutschland nicht herum ... Was jetzt — im Zusammenhang mit dem demokratischen Aufbruch im anderen Teil Europas — auf die Tagessordnung gerät, wird mit neuen Risiken verbunden sein — schon deshalb, weil es ein historisch zu belegendes und höchst vielfältig gefächertes, keineswegs erst durch den Hitler-Krieg belebtes Interesse der europäischen Nachbarn — auch der halbeuropäischen Mächte — daran gibt, was aus Deutschland wird.“

H. Kohl: „Im Zweiten Weltkrieg nahm eine Entwicklung ihren Anfang, die sich nach dessen Ende gewaltsam vollzog. Unser Vaterland wurde geteilt. Für die Deutschen in der DDR und für viele Völker in Mittel-, Ost- und Südeuropa wurde das Kriegsende zum Ausgangspunkt für die Ablösung der einen Diktatur durch die andere. Die Spaltung Deutschlands und Europas läßt sich durch den Zweiten Weltkrieg zum Teil erklären, jedoch in keiner Weise rechtfertigen ... Der gegenwärtige politische und gesellschaftliche Wandel in den Staaten des Warschauer Pakts eröffnet die historische Chance zur Verwirklichung der Menschenrechte für alle Europäer, denen sie in den vergangenen Jahrzehnten verweigert wurden — und damit auch für alle Deutschen ... Wir müssen bereit sein, diesen Aufbruch maßgeblich mitzugehen. Ganz Europa steht ein umfassender Wandel bevor, eine tiefgreifende Veränderung in Wirtschaft und Gesellschaft ... Das Zerbröckeln jahrzehntelanger Verkrustungen in Europa schafft neue Hoffnung auch für die Einheit unseres Vaterlandes.“

R. v. Weizäcker: „Wir Deutschen sind uns der außerordentlichen Bedeutung der Entwicklung wohl bewußt, die sich heute in Polen vollzieht, wie auch der Notwendigkeit, daß politische Reformen und wirtschaftliche Stabilisierung Hand in Hand gehen müssen. Wir wünschen uns ein auch wirtschaftlich kräftiges Polen, das an der guten Entwicklung Europas teilhat und zu ihr beiträgt. Deshalb suchen wir eine intensive Zusammenarbeit mit Polen auf einem breiten Aufgabenfeld der Politik, der Wirtschaft und der Kultur. Sie soll den Menschen zugute kommen. Daß ich dabei auch an die in Polen lebenden Deutschen denke, werden Sie zu würdigen wissen.“

BdV-Präsident H. Czaja zur Botschaft v. Weizäckers: „Da es kein völkerrechtlich wirksames Dokument zur Grenzziehung und Gebietsübertragung sowie Übertragung der territorialen Souveränität gibt, stellte und stellt im Rahmen und Wortlaut des Warschauer Vertrages die Bundesrepublik in Mitverantwortung für das noch nicht wieder handlungsfähige, aber rechtlich mit Gebietstand von 1937 fortbestehende Deutschland darüber hinaus keine Gebietsansprüche. Darüber hinaus

erhebt aber Polen Gebietsansprüche gegen das rechtlich fortbestehende Deutschland und will die Bundesrepublik im Widerspruch zu seiner im Warschauer Vertrag verankerten Absage zur Anerkennung neuer Ansprüche veranlassen ... Der Bundespräsident fordert dankenswerterweise auch die Rechte für die Deutschen in der Heimat. Die Volksrepublik Polen will viel Geld. Sie muß den Deutschen ihre Rechte geben und sie vertraglich verbürgen.“

Antikriegstagsaktionen

Der Aufruf des DGB reihte sich nicht in die Sichtweise der SPD und regierungsoffiziellen Äußerungen ein, stellte aber auch nichts dagegen bzw. enthielt sich jeglicher Kritik. Sozusagen „wertfrei“ betrachtet, als gäbe es diesen deutschen Imperialismus mit seiner Vergangenheit und seinen revanchistischen Vorhaben nicht. Der Aufruf des DGB zum Antikriegstag erinnerte eher an kirchliche Sichtweisen und Hoffnungen.

Erfreulich dagegen sind einige Äußerungen von Gewerkschaftsrednern auf den Kundgebungen, die sich für die Einhaltung des §139 GG aussprachen. In Kundgebungen und Flugblättern vor bzw. zu ehemaligen Vernichtungslagern wurden teilweise die Kapitalisten auch als der direkte Nutznießer der Zwangsarbeit benannt. Voraussetzungen für eine weitere Befassung auch auf kommunaler Ebene mit diesen Vernichtungsanstalten wurden geschaffen. Einzelgewerkschaften gingen in ihren Zeitungen teilweise wesentlich weiter. So wurde z.B. von der Gewerkschaft Gartenbau Landwirtschaft und Forsten das Münchener Abkommen als direkter Wegbereiter zu weiteren Überfällen dargestellt.

Nur in sehr wenigen Flugblättern und Redebeiträgen wurde die Anerkennung der bestehenden Grenzen und die Anerkennung der DDR durch die Bundesregierung gefordert.

Im folgenden wollen wir auf drei örtliche Aktionen hinweisen.

In Bonn wurde ein Denkmal für den unbekannten Deserter vorgestellt. In dem Aufrufflugblatt heißt es: „In den beiden Weltkriegen sind viele deutsche Soldaten von der Fahne gegangen. Sie hatten die Illegitimität der Kriege erkannt und wollten sich nicht länger mißbrauchen lassen. Teils haben sie sich vorsätzlich gefangen nehmen lassen, teils haben sie sich selbst verstümmelt. Sie hatten die Schnauze voll und wollten nicht mehr töten oder getötet werden.“

Ihnen allen soll in der Bundeshauptstadt ein Denkmal gesetzt werden. Dies soll bewußt am traditionellen Antikriegstag, 50 Jahre nach Beginn des 2. Weltkriegs und 75 Jahre nach Beginn des 1. Weltkrieges geschehen: es soll ein bundesweiter Impuls gegeben werden, die bekannten und unbekannten Deserteure nicht zu vergessen und zu verschweigen. Ihre Verurteilung bis zum heutigen Tage ist unerträglich und muß durchbrochen werden.“

In Waldkirch bei Freiburg fand auf Initiative des Arbeitskreises Antifaschismus eine öffentliche Kundgebung zur Ehrung Waldkircher Deserteure statt. Bis zu hundert Leute nahmen an der Kundgebung teil. Die Initiativgruppe zur Ehrung Waldkircher Deserteure hat zum Antikriegstag ein Plakat und eine Broschüre mit Dokumentation und Diskussionsbeiträgen zum Thema herausgebracht.

In Schleswig veröffentlichten Ärztinnen und Ärzte der IPPNW-Regionalgruppe eine Stellungnahme gegen das Katastrophenschutz-Ergänzungsgesetz. Dort heißt es: „Als sogenanntes Zivilschutzgesetz ist dieser Gesetzentwurf bereits vor Jahren unter anderem am Widerstand der öffentlichen Meinung gescheitert. Diesem Zivilschutzgesetz soll jetzt unter dem unverfänglichen Namen ‚Katastrophenschutzergänzungsgesetz‘ Geltung verschaffen werden. Es handelt sich hierbei um einen Etikettenschwindel: es geht nicht um die Frage des Katastrophenschutzes in Friedenszeiten, sondern um Fragen der zivilen Verteidigung im Kriegsfall.“

Kolumbien

Hintergründe des Drogenkriegs

Folgt man der imperialistischen Presse, so steht die kolumbianische Regierung heute im offenen Krieg mit ein paar immer mächtiger werdenden und international agierenden Drogenkartellen, insbesondere dem in der Umgebung der Stadt Medellin in der kolumbianischen Provinz Antioquia ansässigen Drogenkartell. Für Sprecher der US-Regierung ist Kolumbien heute gar in Gefahr, zum „Libanon Lateinamerikas“ zu werden — eine ziemlich unverhüllte Interventionsdrohung gegenüber Kolumbien ausgezahlt von der Macht, die das Land im letzten Jahrhundert schon einmal zwecks Abtrennung der Panama-Kanal-Zone überfiel und die heute ihre Truppenpräsenz in eben dieser Panama-Kanal-Zone

der USA und Westeuropas — und hier insbesondere der BRD — gelieferten Chemikalien für die Weiterverarbeitung der Coca-Blätter gäbe es selbst mit Coca-Blättern noch kein Kokain. Das sogenannte „Kokain-Kartell“ ist eher eine — etwas im Halbdunkel arbeitende — Abteilung der Chemischen und pharmazeutischen Industrie der imperialistischen Staaten und ohne die ständige Zulieferung von Hilfsstoffen dieser Branche nicht überlebensfähig. Selbstverständlich hütet sich die US-Regierung ebenso wie etwa die Regierung der BRD, diesem Zweig des „Kokain-Kartells“ auch nur ansatzweise zu Leibe zu rücken. Ihr Angriff richtet sich stattdessen gegen die entweder durch direkte Gewalt oder äu-

den spanischen Eroberern des Inka-Staates. „Es gilt heute als gesichert, daß der Gebrauch der Coca-Blätter im Incareich keineswegs zu religiösen und rituellen Zwecken allein auf den Adel und die Priesterkaste beschränkt war. Sie wurde beispielsweise den Langstrecken-Staffelläufern, die die Basis des umfangreichen Informationssystems im Incastaat bildeten, zur Steigerung ihrer Leistungs- und Durchhaltefähigkeit verabreicht.“ (1)

Diese Wirkung der Droge machten sich die spanischen Kolonialherren bald zunutze. „Sehr bald hatten die Spanier erkannt, daß das Kauen der Coca-Blätter die Belastbarkeit und Ausdauer der Indians erhöhte. Sie instrumentalisierten die Droge, erweiterten die Anbaugebiete in den Ostabhängen den Anden ... und verteilten sie sowohl an die Heerscharen der versklavten Minenarbeiter als auch an die Campesinos auf ihren Haziendas, in der Regel statt Lohn und Nahrung ... Man kann davon ausgehen, daß der Gebrauch der Coca-Blätter als regelmäßige tägliche Dosis erst durch die Kolonialherrschaft verbreitet wurde“ (2).

An diesen Grundlagen des Coca-Anbaus hat sich bis heute nichts grundsätzliches geändert. Noch immer sind die überwiegend indianischen Staaten Lateinamerikas die Hauptanbaugebiete für Coca — Bolivien, Peru, Kolumbien. Bei einer Befragung indianischer Kleinbauern und Minenarbeiter in Bolivien beispielsweise gaben 79% der Befragten an, regelmäßig Coca zu kauen. Drei Situationen wurden als Hauptgrund genannt, warum man anfang Coca zu kauen: „Als ich Waise wurde“, „Nach der Heirat“ und „Als ich in der Mine zu arbeiten begann“. Auch der Grund für den Coca-Konsum war offensichtlich: „um zu arbeiten“, „als Medizin“, „um die Kälte zu bekämpfen“ und „um den Hunger zu töten“. (3)

Noch immer ist die terroristische Unterdrückung der indianischen Landbevölkerung, der indianischen Bauern und der in die Städte und Bergwerke getriebenen Arbeiter in diesen Staaten durch weiße Großgrundbesitzer und Kapitalisten und deren bewaffnete Banden die entscheidende Grundlage der sogenannten „Coca-Ökonomie“.

Auf der Vertuschung bzw. absichtlichen Verdrehung dieser Tatbestände beruhen auch die Legenden beispielsweise über die angeblichen Verbindungen des „Sendero Luminoso“ in Peru mit dortigen Drogenhändlern. Was in Wirklichkeit bewaffnete Erhebung der indianischen Bauern gegen ein terroristisches Regime weißer Kolonialisten, Siedler und Großgrundbesitzer ist, die die indianischen Bauern erst zum Coca-Anbau zwingen, wird in der Berichterstattung der westlichen Presse so verdreht, als bezwecke dieser Aufstand nicht etwa die Befreiung von der Herrschaft der Drogen-Mafia bzw. -Großgrundbesitzer, sondern deren Verewigung und die Fortsetzung des Drogengeschäfts in eigener



Ein wichtiges Ziel der US-Anti-Drogen-Kampagne ist die Rechtfertigung militärischer und paramilitärischer Interventionen in lateinamerikanischen Staaten, vor allem gegen revolutionäre Kräfte in Staaten wie Peru, Bolivien, Kolumbien. Bild: Demonstration gegen paramilitärische regierungsnahen Banden in Kolumbien.

wieder rasch ausbaut — angeblich, um den laut US-Beschuldigungen ebenfalls in Drogengeschäfte verwickelten Militäroberbefehlshaber Panamas, General Noriega, abzusetzen und vor einem US-Gericht zu verurteilen.

Aber der Versuch des US-Imperialismus, unter dem Vorwand der „Drogenbekämpfung“ seine militärische Vormachtstellung in Mittel- und Südamerika notfalls über direkte Militärinterventionen aufrechtzuerhalten oder wieder aufzurichten, ist nur ein Teil der Hintergründe des „Drogenkriegs“. Ohne brutalste Unterdrückung der zumeist indianischen Bauern in den Coca-Anbaugebieten Boliviens, Perus und Kolumbiens gäbe es dort keinen Coca-Anbau und damit auch keine „Kokain-Mafia“. Und ohne die von den chemischen Industrien

Berste Not zum Coca-Anbau gezwungenen indianischen Bauern, gegen die, wenn sie sich gegen ihre imperialistischen und inländischen Blutsauger erheben, die sogenannten „Anti-Drogen“ wie die „Anti-Terror-Einheiten“ gleichzeitig in Marsch gesetzt werden. Zur Illustration dieser Hintergründe haben wir im folgenden ein paar Angaben zusammengestellt. Sie entstammen weitgehend der Septemberausgabe der Zeitschrift „ila“, herausgegeben von der Informationsstelle Lateinamerika in Bonn.

Coca-Anbau und indianische Bauern

Coca ist eine indianische Kulturpflanze und Droge. Die ersten abendländischen Dokumente über die Verwendung der Coca-Pflanze stammen vermutlich von

Regie. Wer die Geschichte beispielsweise der chinesischen Revolution in diesem Jahrhundert studiert, wird ähnliche Beispiele finden, wie Imperialisten und Kuomintang die chinesischen Kommunisten mit dem Opium- und Heroin-Geschäft in Verbindung zu bringen suchten. Erst der Sieg der chinesischen Revolution und die darauffolgende Vernichtung des Heroin- und Opiumgeschäfts in China entzog solchen Verleumdungen sichtbar jeden Halt in der Wirklichkeit.

Kokain und Chemie — eine profitable Verbindung

Über den Umfang des Coca-Anbaus und des damit verbundenen Kokain-Geschäfts gibt es verschiedene Schätzungen. Sie alle stimmen darin überein, daß wohl allein in Kolumbien auf mehr als 10000 Hektar Land Coca angebaut wird — zumeist durch kleine Bauern, die in den Siebziger Jahren durch den Preisverfall für andere Produkte oder durch direkte Terrorisierung durch weiße Großgrundbesitzer hoffnungslos ruiniert wurden und die dann von reichen Weißen

zum Coca-Anbau veranlaßt wurden — die Kokain-Bosse in Medellin sollen vor Aufnahme des Kokain-Geschäfts im Smaragd-Geschäft reich geworden sein, bevor sie die Coca-Samen tonnenweise an ruinierte Bauern verteilt und so die Grundlage ihres jetzigen Coca-Geschäfts legten. Ohne die ständige Zulieferung chemischer Rohstoffe aber wäre dieses Kokain-Geschäft nicht möglich. Hierzu ein paar Angaben.

Etwa 450 Kilogramm Coca-Blätter sind nötig zur Fabrikation von ca. 3 kg sogenannter „Pasta basica“. Aus diesen wiederum werden im Endeffekt ca. 1 kg Kokain-„Base“ („Basuco“), die dann ihrerseits zu mehr oder weniger reinem Kokain verarbeitet wird. Um nun beispielsweise 100 Tonnen „Pasta basica“ herzustellen, sind — neben anderen Chemikalien — 890000 Liter Kerosin, 500000 Liter Schwefelsäure, 100000 Liter Azeton, 125000 Liter Leim nötig. Allein der US-Verbrauch an Kokain wird inzwischen auf fast 100 Tonnen reines Kokain geschätzt. Die dreifache Menge dieser Chemikalien wäre also al-

lein für die Herstellung der dafür benötigten „Pasta basica“ vonnöten. Die meisten dieser Chemikalien werden importiert.

Dieses leicht transportierbare Zwischenprodukt wird dann in speziellen Laboratorien zu Kokain verschiedener Reinheit verarbeitet. In diesem chemischen Prozeß werden verschiedene Chemikalien verwandt, zumeist Importstoffe, vor allem Äther, Azeton und Chloroform. Hauptlieferanten dieser Rohstoffe ist die chemische Industrie der USA und der BRD — also genau der Länder, die später auch Hauptabnehmer des fertigen Kokains sind! Die chemische Industrie der BRD beispielsweise liefert 50% des Äthers für das kolumbianische Kokain.

Quellenhinweis: Alle Zitate aus „ila“, herausgegeben von der Informationsstelle Lateinamerika, Bonn, Ausgabe September 1989. In derselben Zeitschrift finden sich auch regelmäßig Hinweise über die bundesdeutsche Waffenhilfe für das kolumbianische Regime und über die Zusammenarbeit der sogenannten „Kokain-Mafia“ mit der kolumbianischen Regierung gegen revolutionäre Organisationen der Bauern, gegen Gewerkschaften und andere oppositionelle Kräfte in Kolumbien. — (rül)

US-Drogenpolitik als Militärintervention

130 Mio. Dollar Militärhilfe, darunter Kampfhubschrauber, kleine Militärflugzeuge und Funkanlagen hat die US-Regierung der kolumbianischen Regierung als „Hilfe gegen die Drogenmafia“ zugesagt. Ohne von der kolumbianischen Regierung darum gebeten zu sein, haben US-Justizminister Thornburgh sowie der Stabschef des Weißen Hauses, John Sununu, angekündigt, die USA seien zur Entsendung von Truppen nach Kolumbien bereit. Ende August ergänzte das Pentagon, 50 bis 100 Militärberater würden nach Kolumbien entsandt. Am 9. September verkündete Präsident Bush die Entsendung von 50 bis 100 „Anti-Drogen-Beratern“ nach Peru — vermutlich zwecks Einsatz gegen die Guerillabewegung des „Leuchtenden Pfad“.

Die Zeitschrift „ila“ weist in ihrer September-Ausgabe darauf hin, „daß die Anti-Drogenaktivitäten der USA eine immer engere Verbindung zur Aufstandsbekämpfung aufweisen“. Schon 1982 sei „dem Pentagon ... durch eine Gesetzesänderung erlaubt (worden), Drogen-Operationen zu unterstützen, und 1986 genehmigte Präsident Reagan den Einsatz von militärischem Material wie Personal in Aktivitäten zur Drogenbekämpfung.“

Seitdem kommt der US-Army eine wichtige Unterstützungsfunction zu: Die Marine stellte der Küstenwache 1987 2500 Seetage zur Verfügung; Luftwaffe und Marine leisteten mehr als 16000 Flugstunden im Rahmen von „Verbotsbemühungen“. Die entsprechenden Stellen nahmen für militäris-

sche Ausrüstung Anleihen von über 300 Millionen US-Dollar auf. Das Pentagon nahm teil an Anti-Drogen-Operationen auf den Bahamas, im Südwesten der USA und im bisher größten Umfang an der Operation „Hochofen“ 1986 in Bolivien.“

„Das State-Department (US-Außenministerium, d. Red.) hat sich für Anti-Drogenmaßnahmen in Lateinamerika eine eigene Mini-Luftwaffe geschaffen, bekannt als Air Wing, zu der 13 Sprühflugzeuge gehören, die in Vernichtungsprogrammen für Rauschgiftpflanzen eingesetzt werden, 6 Bell-212-Hubschrauber und eine C-123-Transportmaschine ... Das Gesetz über Drogenmißbrauch von 1988, im Oktober vom Kongreß gebilligt, verzichtet vorläufig auf ein Verbot der Bewaffnung von Spezialeinheiten der Anti-Drogenpolizei, die in vielen Ländern auf Drängen von US-Offiziellen geschaffen wurden. Die Beiträge hierfür belaufen sich auf 2 Millionen US-Dollar für das Training ausländischer Anti-Drogeneinheiten und weitere 3,5 Mio. an „Militär“-Hilfe, im Wortlaut der Aufstellung, für südamerikanische Polizeieinheiten, die an der Drogenbekämpfung beteiligt sind.“

In Peru wie auch sonstwie haben solche Einheiten wenig Ähnlichkeit mit dem, was wir als Polizei kennen ... Stattdessen werden sie trainiert und ausgerüstet für den Dschungelkrieg.“

Auch die chemischen Mittel dieser „Anti-Drogen-Einheiten“ sind berüchtigt. So wiesen 1982 bolivianische Wissenschaftler darauf hin, daß in Bolivien das aus dem Vietnam-Krieg bekannte „Agent-Orange“ als „Anti-Drogen-Mittel“ eingesetzt werde.

Frankreich

Sonntagsarbeit soll ausgedehnt werden

Der Frankreichurlauber gewinnt gemeinhin den Eindruck, daß in Frankreich von den Öffnungszeiten im Einzelhandel her alles möglich sei. Tatsächlich aber führen die Beschäftigten im Einzelhandel auch in Frankreich schon seit langem eine Auseinandersetzung um die Öffnungszeiten, vor allem an Sonntagen. So konnten die Beschäftigten der großen Pariser Kaufhäuser erst vor einiger Zeit die Sonntagsarbeit abwehren.

Die bisherige Rechtspraxis nach den Gesetzen von 1906 beinhaltet eine allgemeine Sonntagsruhe, von der es aber Ausnahmen gibt: z.B. bei Apotheken, öffentlichen Diensten; Einzelhändler, die keine Lohnabhängigen beschäftigen, dürfen sonntags bis 13 Uhr öffnen. Ansonsten kann der Bürgermeister Ausnahmen gewähren, mehr als drei Sonntage pro Jahr dürfen aber nicht überschritten werden. Für weitergehende Ausnahmeregelungen ist bisher der Präfekt zuständig. So sind in Touristikgebieten tägliche Öffnungszeiten der großen Supermärkte möglich.

Die schwedische Möbelkette Ikea unternahm den Versuch, die Sonntagsöffnung für den gesamten Einzelhandel durchzusetzen. Nachdem sie aber an 13 Sonntagen gesetzeswidrig geöffnet hatte, konnte die Gewerkschaft CGT per Gerichtsbeschuß die Zahlung von 3,9 Mio. FF von Ikea an die CGT durchsetzen. In Folge davon schließt Ikea diese Filiale und entläßt 50 Beschäftigte. Die Regie-

nung setzt nun nach und legte einen Bericht zu einer Gesetzesinitiative vor, der gerade für die Beschäftigten der großen Supermärkte Verschlechterungen beinhaltet. Die Befugnisse der Präfekten bezüglich der Öffnungszeiten sollen aufgehoben werden; die Geschäfte, die keine Lohnabhängigen beschäftigen, sollen ihren Ruhetag selbst bestimmen; Sonntagsöffnungen bis 13 Uhr soll allen Lebensmittelgeschäften erlaubt sein, deren Fläche nicht größer als 400 qm ist, bzw. nicht größer als 1000 qm, wenn hier noch ein Abkommen zwischen Gewerkschaften und Kapitalisten für das Département vorliegt. In der Pariser Region sollen Möbelgeschäfte und Immobilienbüros sonntags öffnen dürfen mit dem Argument, Möbel- und Wohnungskauf sei Familiensache und bei den weiten Entfernungen in Paris nur am Wochenende zu erledigen. Für die Touristikgebiete sollen weiterhin Sonderregelungen gelten.

Die Gewerkschaften, die bisher einstimmig die Gesetzesinitiative ablehnten, reagierten auf den Bericht unterschiedlich. Die CFDT bewertet ihn als positiv, da er die Sonntagsruhe grundsätzlich anerkenne und vorsieht, daß alle geplanten Regelungen noch mit den „Sozialpartnern“ abgestimmt werden müßten. Die Unternehmerseite hat sich noch nicht geäußert. Ikea plant schon die Eröffnung einer neuen Filiale in Bordeaux — mit Sonntagsöffnung.

Quellenhinweis: *Le Monde* v. 20./21.08.1989, 23.08.1989; *Libération* v. 09.08.1989 — (sur)

USA-Bergarbeiterstreik

Solidarität mit den Streikenden

Trotz einstweiligen Verfügungen und gewaltigen Strafen gegen Streikposten haben die Mitglieder der Bergarbeitergewerkschaft UMWA (United Mine Workers of America) ihre Widerstandsbewegungen in den Kohlegebieten wieder aufgenommen. Die Gewerkschaft hat den Kampf gegen die Pittston Coal Company auf nationale Ebene ausgedehnt.

Bei dem nun seit fünf Monaten andauernden Streik der 1900 Pittston Bergarbeiter geht es um mehr als „nur“ die Forderung der Kapitalisten nach Lohnsenkung, Senkung der Pensions- und Krankenversicherungszahlungen und „flexibleren“ Arbeitszeiten, d.h. an Sonn- und Feiertagen. Pittston hat seit 1986 seine Anlagen und Geschäfte auf eine Tochtergesellschaft übertragen, die keine Gewerkschaft im Haus hat und nicht dem Kohlekapitalistenverband BCOA (Bituminous Coal Operator Association) angehört. 1988 mit Auslaufen des Tarifvertrags ist Pittston dann selbst aus der BCOA ausgetreten und hat sofort die Zahlungen an einen seit 1950 bestehenden Krankenkostenfond eingestellt,

der gemeinsam von der UMWA und der BCOA verwaltet wird. Damit haben 1500 pensionierte oder invalide Bergarbeiter oder Witwen und deren Angehörige keine Krankenversicherung mehr.

Wenn Pittston damit durchkommt und sich so einen großen Konkurrenzvorteil gegenüber seinen Konkurrenten verschafft, werden die anderen Kapitalisten von der Gewerkschaft die Beendigung des Krankenfonds verlangen. Das gleiche geschieht in anderen Branchen: seit neun Monaten z.B. streiken in Los Angeles die Arbeiter einer Filiale eines großen Lebensmittelkonzerns unter anderem, weil der Konzern nicht mehr die tarifvertraglich vereinbarte Krankenversicherung für die pensionierten Arbeiter bezahlen will. Und eine große Zahl von Kapitalisten, bei denen es keine Gewerkschaften gibt, streichen Krankenversicherungszahlungen für ihre Rentner. Es scheint sich um eine konzertierte Aktion zu handeln mit dem Ziel, den Staat zur Einrichtung einer gesetzlichen Krankenversicherung zu zwingen. Dabei hoffen sie, zumindest einen Teil der Kosten auf die Lohnabhängigen abzuwälzen.

Das schamlose Vorgehen der Pittston-Kapitalisten, ihre Weigerung über andere als ihre Bedingungen zu verhandeln und das brutale Eingreifen der Regierung und der Gerichte auf Seiten der Pittston-Kapitalisten hat eine breite Welle von Solidarität weit über die Gewerkschaftsbewegung hinaus gebracht. Ende Juli rief UMWA-Präsident Trumka „Menschen mit einem Gewissen“ auf, ins Kohlerevier zu kommen, und mit eigenen Augen zu sehen, „wie die Leute von einem System, das keinen Platz für Arbeiter hat, mißhandelt werden“. Seitdem gibt es einen beständigen und wachsenden Strom von Delegationen von Gewerkschaftsgruppen und fortschrittlichen Organisationen, Bürgeraktionen usw. aus allen Teilen der USA in das von der Gewerkschaft eingerichtete „Camp Solidarity“.

Diese Delegationen beteiligen sich an Streikposten oder nehmen an Sit-Ins vor Gerichten teil, wenn gegen einen der Streikenden verhandelt wird. Es gibt regelmäßig Verhaftungen wegen Blockierens von Eingängen oder Zufahrten. Verbindungen zum Streik gegen Eastern Airlines und gegen die Bell-Telefongesellschaften werden hergestellt. Die meisten Delegationen kommen mit Autokaravans und beginnen mit Kundgebungen und Geld- und Lebensmittelsammlungen am Heimatort. Letzten Samstag z.B. kamen 1000 Autoarbeiter aus Detroit und es gab einen großen Demonstrationszug von Kirchengruppen. Ende August kam der Präsident des Gewerkschaftsdachverbands AFL-CIO und zwölf Präsidenten der größten Gewerkschaften ins Camp (die UMWA gehört nicht dem AFL-CIO an). Neben einer Kundgebung nahmen sie an einem Sit-In vor dem Gerichtsgebäude teil und wurden prompt verhaftet. — (ger, her)

Kanada

Gerichte urteilen über Abbrüche

Die rechtliche Situation betreffend Schwangerschaftsabbruch ist derzeit in Kanada offen und äußerst angespannt. Seit der Oberste Gerichtshof im Januar letzten Jahres feststellte, daß die zwanzig Jahre alte Bestimmung über Schwangerschaftsabbruch im Strafgesetzbuch gegen Grundrechte der Frau verstößt und damit ungültig ist, gibt es keine anwendbare Strafrechtsbestimmung. Im Juli letzten Jahres versuchte die Regierung Mulroney, durch eine Resolution des Parlaments den Boden zu bereiten für eine neue gesetzliche Regelung, die Abbrüche in den ersten Monaten unberührt läßt. Hierfür gab es jedoch keine Mehr-



Die Lebensschützer demonstrieren bevorzugt vor Kliniken, hier: Toronto.

heit im Parlament, ebensowenig für strengere und liberalere Anträge (vgl. PB 18/88).

Die so entstandene offene Situation wurde von der Bewegung, die für das Recht auf Schwangerschaftsabbruch eintritt, begrüßt, da sich nun zeigen werde, daß ein Strafgesetz entbehrlich sei. Das hat sich als Fehleinschätzung herausgestellt; die Presse dieses Sommers ist geprägt von detaillierter Berichterstattung über Gerichtsprozesse, in denen zerstrittene Paare eine Entscheidung darüber herbeiführen lassen, ob die Frau gegen den Willen des Zeugers eine Schwangerschaft beenden darf.

Weit davon entfernt, sich mit dem Urteil des Verfassungsgerichts abzufinden, haben die Organisationen, die sich zum Anwalt des Fötus gegen die Interessen der Schwangeren aufschwingen, alle Hebel in Bewegung gesetzt, ideologisch und organisatorisch. Beispielsweise ist durch passende Personalpolitik in den Körperschaften, die die Krankenhäuser beaufsichtigen, erreicht worden, daß in

mehreren Häusern in British Columbia keine Abbrüche mehr gemacht werden. Die derzeitige Roll-back-Entwicklung in den USA (vgl. PB 15/89) in dieser Frage wirkt lebhaft nach Kanada hinein.

In mehreren Musterprozessen wird durch jedes Gericht neues Recht geschöpft, und die Begründungen bewegen sich im Bereich des Zivilrechts. So stellte beispielsweise das Appellationsgericht von Québec unter anderem folgendes fest: Der Fötus sei kein unbeseeltes Objekt und auch niemandes Eigentum, sondern eine lebende menschliche Einheit, die sich von der Mutter unterscheide. Das Recht der Mutter auf Abtreibung sei kein absolutes Recht, das jederzeit bis zur Geburt ausgeübt werden könne. Und es sei auch das gesetzliche Interesse des Vaters bei der Entscheidung über eine Abtreibung zu berücksichtigen.

Zumindest diese letztere Auffassung war von der unabhängigen Justizreformkommission, die im April Empfehlungen vorlegte, nicht geteilt worden. Der Vorsitzende dieser Kommission, ebenfalls ein Richter, erklärte, man habe sich dagegen entschieden, ein Recht des Vaters bei der Entscheidung über einen Abbruch anzuerkennen: „Was ist das für ein Vater, der eine Frau zum Austragen eines Kindes zwingen will?“

Wenn am 25. September das Parlament aus der Sommerpause zurückkehrt, will Premier Mulroney erneut auf eine gesetzliche Regelung hinarbeiten. Zu deren Inhalt hat er sich noch nicht geäußert. Sein Justizminister Lewis hat erklärt, daß nicht erkennbar ist, ob es für eine gesetzliche Regelung eine breite parlamentarische Mehrheit geben kann. Quellenhinweis: Maclean's, 17.7., 24.7., 31.7., 7.8.89 — (mfr)

Botan/Kurdistan

Türkisches Militär hat große Probleme

In dem Gebiet Botan, dort vor allem im Gebiet der Cudi-Berge, hat sich der kurdische Befreiungskampf in den letzten Monaten intensiviert. Es gibt massive militärische Auseinandersetzungen zwischen der Volksbefreiungsarmee und der türkischen Armee. 15000 türkische Soldaten wurden neu hinzugezogen, davon 1000 sog. Elitesoldaten. Hinzu kommt der Einsatz chemischer Waffen durch Giftgasangriffe und das Abbrennen von Wäldern mit Feuerbomben, um Verstecke der Guerilla zu vernichten und der türkischen Armee das Vorwärtskommen zu erleichtern. Die Bevölkerung hat gegen diese Zerstörung ihrer Existenzgrundlage Widerstand angekündigt. Der Türkei ist die Guerilla zu stark geworden. Es gibt dort Gebiete, in denen die türkische Armee nur noch mit massiver Luftunterstützung operieren kann. Unterstützt wird sie dabei mit Waffen

und technischem Know-How der imperialistischen Länder. Diese probieren dort ihre neuesten Errungenschaften aus. So wurden 30000 qm Land in den Cudi-Bergen mittels geräuscharmer englischer Spezialhubschrauber vom Typ U2 fotografiert, um Verstecke und Tunnel zu entdecken. In einer Dienstanweisung des türkischen Generalstabschef über die Zerstörung von Tunnels der Guerilla heißt es, daß man Giftgas und speziell gezüchtete giftige Insekten einsetzen könne. Mittlerweile mußte der von der türkischen Regierung eingesetzte Super-gouverneur für Kurdistan eingestehen, daß es auf kurz- und langfristiger Ebene nicht möglich sein wird, die Guerilla zu zerschlagen, da sie die Unterstützung des Volkes hat. Um diese Unterstützung zu brechen, wurden Dörfer evakuiert bzw. Ausgangsverbote verhängt. Ausgangsverbote sind indirekte Deportationen, da die Bewohner u.a. nicht mehr ihre Tiere auf den Weiden versorgen und ihre Ernte einbringen können. Dagegen

gab es Widerstand aus der Bevölkerung, wie z.B. am 17. Juli eine Straßenblockade von über 5000 Menschen.

Aufgrund seiner geologischen und geographischen Lage ist das Gebiet Botan einer der schwächsten Punkte für den türkischen Staat. Es befindet sich dort ein massives Gebirge. Außerdem liegt Botan in dem Grenzgebiet der Länder Iran, Irak, Syrien und eben der Türkei. Ein vollständiges Operieren der türkischen Armee ist dort ohne massive Grenzverletzungen überhaupt nicht möglich. Weiterhin kommt hinzu, daß Teile der kurdischen Bevölkerung in den anderen Kolonialstaaten mit dem Befreiungskampf sympathisieren. Intensive Auseinandersetzungen in der Nähe dieser Staaten kann dies verstärken. Nicht umsonst hat der Irak Anfang Juni in einer dreißig Kilometer breiten „Sicherheitszone“ entlang seiner Grenzen zur Türkei und zum Iran, Kurden aus den Dörfern vertrieben und in andere irakische Gebiete umgesiedelt. — (dos, tja)

Namibia

Hetze gegen den Befreiungskampf ist aus der BRD gesteuert

Die Entsendung westdeutscher Bundesgrenzschutz-Angehöriger zur Aufstellung der UN-Polizeitruppe in Namibia ist von der Siedlerpresse offiziell begrüßt worden. Der „Windhoek Advertiser“ berichtet über die Aufgabe der BGSl: „Die Grenzschützer sind besonders ausgebildet in Maßnahmen gegen Terrorismus und haben ausgedehnte Erfahrungen in Deutschland in der Behand-

lung großer Demonstrationen und Aufstandssituationen. Ihre besondere Aufgabe in Namibia wird sein, der South West African Polizei bei der Durchführung der Wahlen im November zu helfen.“ (1) Die Befreiungsorganisationen SWAPO, SWANU, die Frontorganisation Namibische Nationale Front (NNF) lehnen die Anwesenheit westdeutscher bewaffneter Kräfte im Lande ab. Die IG,



Der „Namibian“ ist die einzige Zeitung, die den Befreiungskampf unterstützt.



Mit großem Polizei- und Militäreinsatz sicherte das Siedlerregime in Südafrika die Wahlen zu den rassistischen Parlamentskammern ab, mindestens 25 Afrikaner wurden während der Wahlen erschossen, hunderte festgenommen. Gegen die Wahlen zur „Weißen“, „Farbigen“ und „Inder“-Kammer protestierte die Befreiungsbewegung mit Generalstreiks und Demonstrationen. Etwa 80000 Bergarbeiter streikten in den Goldminen. Die als „Inder“ oder „Farbige“ registrierten Wähler unterstützten den Boykott-Aufruf der Befreiungsbewegung weitgehend, weniger als 15% wählten. Die Nationale Partei konnte ihre absolute Mehrheit knapp behaupten, die rechte Konservative Partei gewann Stimmen, die größten Gewinne erzielte die Demokratische Partei, die gegen den Befreiungskampf und als Gegner der Apartheid auftritt. — (uld)

Türkei: Bulgarien-Flüchtlinge kehren zurück

Unter den 300000 türkisch-sprechenden Bulgaren, die in letzter Zeit aus Bulgarien in die Türkei geflohen waren, hat eine lebhafte Rückreisewelle eingesetzt. Nach einer offiziellen Erklärung der türkischen Regierung sind bisher 10000 Flüchtlinge nach Bulgarien zurückgekehrt. Türkische Zeitungen deuten an, daß diese Zahl zu gering ist: täglich würden zur Zeit 1000 Flüchtlinge zurückreisen. Als Gründe geben die Rückkehrenden an, sie hätten keine Wohnung, keine Arbeit und keine soziale Hilfe bekommen. Auch könnte man in der Türkei in der Öffentlichkeit nicht so locker gekleidet wie in Bulgarien auftreten. Die türkische Regierung hatte gleich nach Beginn

der Fluchtwelle erklärt, die Bulgarien-Flüchtlinge u.a. in Kurdistan und auf Zypern ansiedeln zu wollen. — (dos, rül)

Südafrika/Azania: Drohung gegen VW-Betriebsrat

Das südafrikanische Killerkommando „Weiße Wölfe“ hat dem Koordinator des Betriebsrates bei Volkswagen in Südafrika, John Gomono, in einem Brief einen „verhängnisvollen Unfall“ angedroht. Der Internationale Metallgewerkschaftsbund IMB hat daraufhin John Gomono seine „vorbehaltlose Unterstützung“ zugesagt. IMB-Gewerkschaftssekretär Marcello Malentacchi würdigte das Bemühen Gomonos um alle Arbeitnehmer und sein Engagement für die Beseitigung der Apartheid. — (ros, AGM)

ein Verband kolonialistischer Siedler, rechnet anscheinend mit einer weiteren Stärkung imperialistischer Positionen durch den BGS. Diese Siedlertruppe verfügt mit Unterstützung aus der BRD bereits jetzt sowohl über einen beachtlichen Teil des Landes als auch über einen überdimensionalen politischen und propagandistischen Einfluß. Der IG gehören etwa 4000 Namibier an. Obgleich Namibia mit etwa 1,2 Millionen Einwohnern zu den schwach bevölkerten afrikanischen Staaten gehört, ist das Rundfunk- und Zeitungswesen weitaus größer als sonst irgendwo im südlichen Afrika: In Namibia gibt es acht Tages- und Wochenzeitungen, darunter zwei deutschsprachige; im bevölkerungsmäßig etwa gleich großen benachbarten Botswana zum Beispiel gibt es nur eine einzige Zeitung. Von diesen acht Zeitungen wird nur eine einzige von afrikanischen Journalisten herausgegeben und vertrieben, der englischsprachige „Namibian“, des-

sen Redaktions- und Produktionsräume mehrfach durch Bomben zerstört worden sind. Diese Publikationen sind für die Beeinflussung der Wahlen wichtig.

Über die konservativen Zeitungen in Namibia ist zum Beispiel die jetzt international diskutierte Folter-Kampagne zur Isolierung und Spaltung der SWAPO angezettelt worden. Die Kampagne begann rechtzeitig zum Wahlkampf in Namibia und zielt eindeutig darauf ab, die in der Hauptsache für die Verrohung und die Greuel des über 20 Jahre dauernden Befreiungskrieges Verantwortlichen aus der öffentlichen Kritik herauszuhalten — die Massaker, Folterungen, der willkürliche Terror der südafrikanischen Armee, die sich nur mit Hilfe der imperialistischen Unterstützung über zwei Jahrzehnte in Namibia halten konnte, ist kein Thema der internationalen Kritik mehr.

Seit Ende der siebziger Jahre, seit die UN-Resolution 435 über die Durchführung allgemeiner Wahlen in Namibia be-

Dänemark: „Kostendämpfung“ gegen Kranke

Seit dem 1. Juli ist in Dänemark ein neues Gesetz in Kraft, nach dem die Patienten die Kosten für Medikamente voll selbst bezahlen müssen. Bisher mußte ein Anteil von 25-50% der Kosten für Arzneimittel selbst gezahlt werden. Den Rest bezahlte die Krankenkasse. Erst wenn der Patient rezeptpflichtige Arzneimittel im Wert von jährlich 800 Kronen (ca. 210 DM) gekauft hat, gilt jetzt die Zuschußregel für die weiteren Medikamentenkäufe. Sozial schlecht gestellte Gruppen sind von diesen Maßnahmen ausgenommen. Untersuchungen in Apotheken zeigen, daß täglich Hunderte von Patienten wieder gehen, ohne ihre Rezepte eingelöst zu haben, weil ihnen die Arzneimittel zu teuer sind. Ärzte versuchen, die Wirkung des neuen Gesetzes zu mildern, indem sie den gesamten Medikamentenbedarf von Rentnerpaaren oder größeren Familien einem einzelnen verschreiben, damit die 800-Kronen-Grenze früher erreicht wird. Mediziner berichten, daß Kranke die Dosierung der verordneten Präparate eigenmächtig herabsetzen, damit sie länger reichen. Patienten verlangen die billigste mögliche Medizin, die oft Nebenwirkungen hat. „Ich weiß nicht, ob es zu längeren Krankschreibungen führt. Aber es führt zu einem schlechteren Gesundheitswesen“, meinte der Vorsitzende der praktischen Ärzte in Kopenhagen. In Extremsfällen haben die Ärzte begonnen, medizinabhängige Menschen, die sich die Arzneimittel nicht mehr leisten können, in die Krankenhäuser einzuführen. Dort bekommt man die Medikamente gratis. Aus den Sparmaßnahmen der Regierung wird so eine Mehrausgabe. — (mpu, AGG)

schlossen ist, haben sich insbesondere reaktionäre Kräfte aus der BRD daran gemacht, Einfluß auf die öffentliche Meinung in Namibia zu nehmen. Von den acht Zeitungen gehören allein zwei Dieter Lauenstein, bis 1978 Miteigentümer des CSU-nahen ostwestfälischen „Westfalenblattes“. Lauenstein erklärte damals bei der Übernahme der namibischen deutschsprachigen „Allgemeinen Zeitung“ und des englischsprachigen „Windhoek Advertiser“, er wolle „die Früchte seiner Arbeit unter persönlicher Lenkung dort einsetzen ..., wo die Freiheit zur Zeit am schlimmsten gefährdet ist. Das ist Südwest.“ (2)

Beide Zeitungen hetzen seitdem mit Vehemenz gegen den Befreiungskampf. In ihnen können sich zum Beispiel der CSU-Europa-Abeordnete Otto von Habsburg und Karl Breyer, häufiger Autor in dem Faschistenorgan „Nation Europa“, ausbreiten. Beide Zeitungen sind mit verantwortlich für die nun erneut

Südkorea: Polizeiüberfall auf Studenten

2000 südkoreanische Polizisten haben am 6. September unter Einsatz von Tränengas das Gelände der National Universität in Seoul gestürmt. Dort hatten etwa 3000 Studenten gegen die Strafverfolgung gegen die südkoreanische Studentin Rim Sugjongs protestiert. Rim Sugjongs hatte im Juli an den Weltjugendfestspielen in Phjongjang teilgenommen. Kontakte mit Nordkorea sind nach südkoreanischem Recht strafbar. Die Regierung Südkoreas hatte dieses Verbot vor den Festspielen ausdrücklich bekräftigt.

— (rül)

Niederlande: Wahlerfolg der Christdemokraten

Die christdemokratische CDA hat bei den Parlamentswahlen in den Niederlanden am 6.9. einen klaren Sieg erzielt. Sie verbesserte ihr Ergebnis gegenüber 1986 auf 35,3% und wurde mit 54 Sitzen die stärkste Partei. Die sozialdemokratische PvdA dagegen fiel von 52 auf 49 Sitze. Die liberale VVD, die bis kurz vor den Wahlen Koalitionspartner der CDA gewesen war und u.a. eine Freigabe der „Sterbehilfe“ gefordert hatte, verlor 5 ihrer 27 Sitze. Stimmengewinne erreichten auch die grünen Listen: Die Partei „Grün Links“, der auch die niederländische KP angehört, errang 4,1% erzielte damit sechs statt bisher drei Sitze. Die als „linksliberal“ geltenden „Demokraten 66“, die ebenfalls die Freigabe der „Sterbehilfe“ verlangt hatten, erreichten 7,9% gegenüber 6,1% bei den letzten Wahlen. Auch in den Niederlanden ist nun eine faschistische Partei im Parlament: die „Centrumsdemokraten“, die 1983 bis 1986 schon einmal dem Parlament angehörten, sind mit 0,8% erneut im Parlament. Bürgerliche

Zeitungen erwarten eine Koalition von CDA, VVD und D'66. — (rül)

Türkei: Gericht verbietet Stahlarbeiterstreik

Das 5. Arbeitsgericht in Ankara hat die sofortige Beendigung eines Streiks von 24000 Stahlarbeitern im Stahlwerk von Iskendrum nahe der syrischen Grenze angeordnet. Die Arbeiter streiken seit 126 Tagen für eine drastische Erhöhung ihrer Hungerlöhne. Sie fordern Lohnerhöhungen von ca. 300% und eine Verbesserung ihrer Zulagen. Der Arbeitge-

berverband MESS hat sich bisher nur zu Lohnerhöhungen von 120% bereit erklärt, was bei der gegenwärtigen Teuerungsrate faktisch auf eine Beibehaltung der Hungerlöhne der Arbeiter hinausläuft. Der stellvertretende Generalsekretär der sozialdemokratischen SHP hat das Urteil als „Schlag gegen Arbeiterrechte“ kritisiert. Der Gewerkschaftsbund Türk-Is und die ihm nicht angeschlossene Gewerkschaft der Streikenden, Celik-Is, haben gegen das Urteil protestiert. Celik-Is will gegen die Anordnung klagen und hat angekündigt, man werde weiterstreiken. — (dos)



Etwa 3500 Bergarbeiter in einer der größten Kupferminen Chiles haben Anfang September einen unbefristeten Streik begonnen. Die Geschäftsleitung der staatlichen Kupfergesellschaft will in der Mine „El Salvador“, einer der vier größten Minen des Landes, die Arbeiter dazu zwingen, ihr Programm des „fortlaufenden Tags“ hinzunehmen und damit pausenlose Produktion, Tag- und Nacharbeit ohne Unterbrechung, durchsetzen. Dagegen wehren sich die Arbeiter mit ihrem Streik. Über die Reaktionen der Unternehmensleitung und der chilenischen Staatsmacht auf den Streik ist noch nichts bekannt. Bild: Arbeitslose Mineros klauben inmitten giftiger Dämpfe kohlehaltiges Gestein aus der Abraumhalde der staatlichen Kohlemine Lota. — (rül)

und auch in der internationalen Öffentlichkeit breit geführten Kampagne gegen die SWAPO über die „Folter in den SWAPO-Lagern“, eine Kampagne, die bereits 1984 von der „Allgemeinen Zeitung“ gemeinsam mit der reaktionären, in der BRD beheimateten „Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte“ begonnen wurde. Die Evangelisch-Lutherische Kirche in Namibia betrachtet beide Zeitungen als Organe westdeutscher Parteistiftungen — der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung und der Hanns-Seidel-Stiftung der CSU.

Aber auch die FDP-nahe Friedrich-Naumann-Stiftung finanziert nach Vermutungen des namibischen Kirchenrates eine eigene Zeitung, die 1983 gegründeten „Namibia Nachrichten“, in denen unter anderem Mitarbeiter und Journalisten der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ und der „Neuen Zürcher Zeitung“ publizieren.

Alle drei Zeitungen werden von ihren

Herausgebern und den westdeutschen Finanziers nicht dazu genutzt, Bedingungen für ein friedliches und kooperatives Zusammenleben aller Bevölkerungsgruppen in einem befreiten Namibia zu fördern. Sie hetzen gegen den antiimperialistischen Befreiungskampf und treten für rassistische Privilegien für die aus Europa stammende Minderheit ein. Seit ihrem Bestehen hat keine der Zeitungen jemals gegen die äußerst strengen Zensurbestimmungen des südafrikanischen Generaladministrators verstoßen. Befreiungskämpfer verschiedener Organisationen werden grundsätzlich als „Terroristen“ oder „Mörder“ bezeichnet. Über die trotz aller Zensur bekannt gewordenen Massaker, Folterungen, den willkürlichen Terror der südafrikanischen Besatzungstruppen berichteten sie, fast nur, wenn der südafrikanische Generaladministrator eine „Untersuchung“ der Vorfälle zuließ.

Aber auch der von Südafrika geführte

und für die Meinungsbildung in einem wenig alphabetisierten Land wie Namibia wichtige Rundfunk erhält westdeutsche Unterstützung. Der staatliche Monopolsender South West Africa Broadcasting Corporation (SWABC) erreicht auch ländliche Gebiete, in denen kaum Zeitungen zu haben sind. Er sendet zudem in sieben verschiedenen Sprachen, neben Englisch, Afrikaans und Deutsch auch in den namibischen Sprachen Ovambo, Herero, Kavango und Nama/Damara. Der Sender fragt täglich bei den Sendeanstalten der ARD die Themen politischer Berichte und Kommentare ab und lässt sich eine von ihm getroffene Auswahl überspielen. Die ARD stellen diese Auswahl kostenlos zur Verfügung.

Quellenhinweis: (1) Windhoek Advertiser v. 1.8.89; (2) Zitiert nach: Informationsdienst Südliches Afrika, Nr. 3/89; weitere Quellen: Facts and reports, Press cuttings on Southern Africa, Ausgaben K, L, M 1983, Informationsdienst Südliches Afrika Nr. 2 und 4/89 — (uld)

Veröffentlichungen

Strategie-Debatte innerhalb des konservativen Lagers

Bernhard Vogel, abgesetzter Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, greift mit einem Artikel in der „Politischen Meinung“ Nr. 245 in die Auseinandersetzung um den zukünftigen Kurs der CDU ein. Unter dem Titel „Volksparteien — was nun?“ versucht er die Wahlergebnisse zum europäischen Parlament dahingehend zu interpretieren, daß „die Bewegung in der deutschen Parteienlandschaft“ neue Schwerpunkte innerhalb der CDU/CSU-Politik verlange. Vogel kandidiert für ein Amt im CDU-Präsidium. Sein politischer Einfluß ist durch den Vorsitz innerhalb der Konrad-Adenauer-Stiftung nicht unbedeutend.

„Das Ergebnis der Europawahl vom 18. Juni 1989 schaffte keine Klarheit über die Kräfteverhältnisse und die Zukunftschancen der Parteien in der Bundesrepublik Deutschland. Vielmehr setzte sich ein Trend fort, der schon seit längerem bei Landtags- und Kommunalwahlen erkennbar war, verstärkt bei der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus im Januar und der hessischen Kommunalwahl im März dieses Jahres: Die Wählerblöcke der Volksparteien bröckeln, und Veränderungen im Parteiensystem werden sichtbar. Jedoch weiß man noch nicht genau, ob sich hier nur vorübergehender Ärger zeigte oder ob eine Abkehr von den Volksparteien und damit eine Veränderung des Parteiensystems in der Bundesrepublik Deutschland signalisiert wurde.“ Die Konkurrenz gegenüber faschistischen Organisationen spielt für Vogel eine nicht unbedeutende Rolle. Dem sog. rechten Wählerspektrum läßt er große Aufmerksamkeit zukommen, weil es in der Aufgabenverteilung reaktionärer Politikfelder von quasi-faschistischen Organisationen sehr eindringlich beackert wird: „Der EG-kritische, anti-europäische Protest sowie die kumulierende innenpolitische Unzufriedenheit und Parteienverdrossenheit gingen deshalb zu Lasten der CDU/CSU. Wieder einmal konnte die SPD keinen Nutzen ziehen ... Die ‚sonstigen‘ Parteien kamen bei der Wahl insgesamt auf 10,9 Prozent. Davon erhielten die Republikaner, die den anti-europäischen und innenpolitischen Protest weitgehend für sich mobilisieren konnten, allein 7,1 Prozent.“

Völkische Politik steht dem westdeutschen Imperialismus innerhalb der EG nicht gut zu Gesicht. Die Konzernzentralen fördern zwar die ausländerfeindliche Politik der Bundesregierung zwecks Verschärfung der Widersprüche innerhalb der Arbeiterklasse, andererseits sind die Strategien des westdeutschen Monopolkapitalismus aber auch empfänglich für eine Politik der Klassen-

versöhnung, die von der Union so einfach nicht geleistet werden kann: „Das Parteiensystem fächert sich auf. Das traditionelle, soziale, ländlich-katholische und mittelständische Milieu verliert ebenso an Bedeutung wie das gewerkschaftsgebundene Arbeitermilieu in den Zentren der alten Industrien. Während der Anteil der traditionsgebundenen Stammwähler der Volksparteien nunmehr auf die Hälfte aller Wähler zurückgegangen ist, wuchs der Anteil der parteiungebundenen möglichen Wechsel- und Nichtwähler auf etwa 35 bis 40 Prozent. Dieser Trend wird fortschreiten, wenn sich die Wähler generell immer beweglicher entscheiden ... Die herkömmliche Mitgliederversammlung repräsentiert oft nicht die sozio-ökonomischen Interessenstrukturen der 60er Jahre und erscheint Jüngeren häufig als ‚closed shops‘ lokalpolitisch Interessierter und oft auch Insolvierter.“



Vogel kandidiert für das CDU-Präsidium — wahrscheinlich gegen Geißler.

Die Laufbahnkonkurrenz unter dem Stichwort „Freie Bahn dem Tüchtigen“ findet in den Augen Vogels zu geringe Berücksichtigung in Programmatik und Praxis der CDU-Politik. Wie dem abhelfen? Vogels Vorschlag — auch gegen die faschistische Mitstreiterkonkurrenz gerichtet — ist nicht gerade neu: „Es genügt allerdings auch in Zukunft nicht nur die Fähigkeit, zuhören zu können. Es muß auch entschlossen geführt werden ... Gerade die Entwicklung von Kleinparteien am linken und rechten Rand des Parteienpektrums, die sich auf mehr oder weniger kleine Minderheitsinteressen fixieren und sich in ihrem Radikalismus am Ende wechselseitig blockieren, läßt die großen Volksparteien als die eigentlich tragenden Säulen des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland erscheinen.“ Dem Rechnung zu tragen, verlangt noch eindeutigere Anstrengungen in Richtung Volksgemeinschaft. Die Botschaft läßt keinen Aufsteiger aus. — (mal)

Totalitarismustheorie von Kapitalisten

Das Institut der Deutschen Wirtschaft hat in seiner Schriftenreihe „Beiträge zur Gesellschafts- und Bildungspolitik“ Nr. 146 eine Untersuchung von Emil-Peter Müller zum Thema: „Republikaner und Grüne — zwischen Ideologie und Protest“ veröffentlicht. Das Institut ist eine Forschungs- und Propagandaabteilung des BDI und wir sollten davon ausgehen, daß der Autor mit den Belangen, Interessen und Zielen des Kapitals vertraut ist.

Müller behandelt Republikaner und Grüne als die extremen Parteien mit Zulauf und Popularität auf der Rechten und Linken. Im ersten Kapitel beschreibt er die Wahlergebnisse bei den Abgeordnetenhauswahlen in Westberlin und den Kommunalwahlen in Hessen mit der These „Die neue Mitte — schrumpft“.

Im zweiten Kapitel beschreibt der Autor die Entwicklung der bürgerlichen Volksparteien und kommt zu der These, daß „Mängel des modernen Parteiestaates“ bestehen: „Auf diesem Hintergrund sind die Erfolge der Grünen wie auch der Republikaner und der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands in Frankfurt und Berlin zu sehen, zu denen Versäumnisse des Gesetzgebers auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt kommen.“ Müller meint, daß der Anteil der Protestwähler seit den siebziger Jahren gestiegen sei und kommt entsprechend der alten Totalitarismustheorie zu folgender Auffassung, die sich auch die CDU zu nutzen gemacht hat: „Links- und rechtsradikale Parteien schaukeln sich gegenseitig hoch; sie verhindern mit ihren demagogischen Parolen sachliche Lösungen und hetzen Menschen gegeneinander auf. Das Erstarken der radikalen Parteien ist deshalb für jedes demokratische System ein Alarmzeichen.“ Daß Grüne und Radikale Hetzer sind, ist eine Lüge und belegt der Autor nicht. Die Vermengung von Grünen und Republikaner ist sachlich nicht haltbar und geschaubt. Nur an einem Punkt weist der Autor darauf hin, daß die Westberliner Abgeordneten von Republikanern und Grünen zum großen Teil aus dem Öffentlichen Dienst kommen. Bei den Grünen mehr aus sozialen Berufen, z.B. Lehrern und bei den Republikanern aus dem Bereich Polizei und Werkschutz.

Müller kritisiert das Republikaner-Programm nicht inhaltlich. Für ihn ist es „unpräzise“, „lückenhaft“ und schlecht gegliedert: „Tatsächlich enthält das Programm keine strafrechtlich relevanten Äußerungen.“ Auffallend ist, daß sich Müller mit den Positionen der Republikaner zu den Gewerkschaften auseinandersetzt. Er zeigt sich unzufrieden: „Eine derartige Beschreibung gewerkschaftlicher Tätigkeit erscheint ahistorisch. Sie übersieht circa 120 Jahre Arbeiterbewegung und erinnert eher an die Gleichschaltung der Verbände in vergangener

Zeit. Die Gewerkschaften und die übrigen Interessenverbände werden in ihrer Zielsetzung auf ein fiktives Gemeinwohl verpflichtet, statt dieses Gemeinwohl als Folge ihrer Tätigkeit anzunehmen.“ Diese Ausführung werden die Republikaner vielleicht als Beitrag zu ihrer beginnenden Programmdiskussion verstehen, und moderner fassen mit dem Schlagwort der „Leistungsgemeinschaft“. Hiermit entwickeln sie eine Position, die bei den Kapitalisten vielleicht besser ankommen könnte. — (jöd)

BRD-Imperialismus ökonomisch stärker denn je

Das BDI-Organ „iwd“ vermeldet in der Ausgabe 36 vom 7.9., daß „die deutschen Exporteure (sich) weltweit eine gute Position erkämpft (haben) ... In den ersten sechs Monaten 1989 schrieb der deutsche Außenhandel wieder Rekordwerte. Die Ausfuhren erreichten mit 321 Milliarden DM das beste Halbjahresergebnis aller Zeiten. Auch der von Januar bis Juni aufgelaufene Handelsbilanzüberschuß von 70 Milliarden DM ist eine Bestmarke.“ Der Kapitalistenverband jubiliert, die Art und Weise der Darstellung ist mehr als deutlich: „Gegenüber 1984, dem schlechtesten Exportjahr dieses Jahrzehnts, hat sich die deutsche Position damit entscheidend verbessert ... Die Bundesrepublik ist im Maschinenbau nach wie vor die Nummer 1: Rund ein Viertel der von Industrieländern exportierten Maschinen trägt den Stempel „made in Germany“. Auch bei den Chemischen Erzeugnissen ist die Bundesrepublik mit einem Anteil am OECD-Weltexport von über 20 Prozent der Hauptlieferant ... Bei Holzerzeugnissen mußte Kanada der Bundesrepublik den ersten Platz überlassen.“

Die Schlußfolgerungen des BDI-Organisations sehen positiv im Sinne eines ansteigenden Anteils an ökonomischer Macht auf dem Weltmarkt aus: „Das Ziel der Außenhandelsanalyse nach einzelnen Waren ist es, die Stärken und Schwächen eines Landes auf den einzelnen Märkten aufzudecken. Die Bundesrepublik schneidet dabei gut ab: Sie ist auf sämtlichen Warenmärkten überdurchschnittlich gut vertreten. Mit ihrem breit gefächerten Sortiment kann sie der Nachfrage nach technisch höchst anspruchsvollen Maschinen ebenso entsprechen wie der nach Gebrauchsgütern ...“

Die Konzerne können unlängst ihr überragendes Gewicht in Europa plazieren. Keine Frage, der BRD-Imperialismus dominiert in Westeuropa. Mit einer nicht unwichtigen Anmerkung beendet der „iwd“-Artikel seinen Aufschrei für den Anstieg westdeutscher Profite: „Auf einigen Zukunftsmärkten wie beispielsweise Nachrichtentechnik, Büromaschinen und Datenverarbeitungsgeräten ist sie relativ schwach vertreten ...“ — (mal)

Krankheiten des Rückens, der Muskeln ...

Die IG Metall kritisiert krankmachende Arbeiten

Die Titelgeschichte der „metall“ 15/89 vom 28. Juli beschäftigt sich mit der sog. Volkskrankheit Rheuma. Zehn Millionen Menschen in der BRD leiden unter Schmerzen im Bewegungsapparat, die Ursache dafür liegt bei den Arbeitsbedingungen. Die IGM kritisiert — wie auch die ÖTV —, daß Rückenleiden nicht als Berufskrankheit anerkannt werden. Dann müßten nämlich die Berufsgenossenschaften zahlen und nicht die gesetzlichen Krankenversicherungen. Die IGM vertritt, daß ohne Verbesserung der Arbeitsbedingungen die gigantischen Kosten nicht gesenkt werden können. Im folgenden Auszüge aus dem Artikel. — (sul)

„Wer arbeitet, lebt gefährlich. In den Arztpraxen erscheinen immer mehr Menschen, um Nackenschmerzen, Bandscheibenschäden oder Sehnen-scheidenentzündungen kurieren zu lassen. Die Ursachen für den rasanten Anstieg von Erkrankungen des Skeletts, der Muskeln und Gelenke sind extreme und einseitige Belastungen am Arbeitsplatz. Wen es erst einmal erwischt hat, den läßt die Pein für den Rest des Lebens nicht mehr los ...“

Mehr als zehn Millionen Menschen, also jeder sechste Bundesbürger, leiden an schmerhaften Erkrankungen der Muskeln, Sehnen, Gelenke oder der Wirbelsäule. Und daran tragen die Arbeitsbedingungen eine gehörige Portion Mitschuld. Kälte, Zugluft, Feuchtigkeit setzen dem Körper ebenso zu wie schwere Arbeit. Aber auch gleichför-

mige, sich ständig wiederholende und einseitige Verrichtungen, wie etwa in der Montage.

Weitere Risikofaktoren sind: lange im Stehen arbeiten, in der Hocke oder gebückt werkeln oder die Tätigkeit eines Schweißers, der das schwere Gerät dauernd über Kopf halten muß.

Wie viele Menschen es noch gibt, die unter solchen Bedingungen malochen müssen, hat Siegfried Bleicher vom IG Metall-Vorstand vor kurzem vorgerechnet: „8,6 Millionen Menschen müssen schwer heben und tragen, über zehn Millionen in gebückter Körperhaltung, über zehn Millionen in Hitze, Kälte, Nässe oder Zugluft.“ Weitere neun Prozent atmen gesundheitsschädliche Gase oder Dämpfe ein, sind von Staub oder Rauch umnebelt.

Schwere Arbeit, das hat die Studie von Osterholz und Karmaus bestätigt, kommt entgegen landläufiger Meinung in den Berufen der Metallbranche immer noch sehr oft vor. Vor allem Metallerzeuger und Installateure klagen über Schwerarbeit.

Überaus hohen Belastungen sind viele Beschäftigte ausgesetzt: 15 Prozent müssen Nacht- und Schichtarbeit leisten, 21 Prozent sind Kälte, Nässe und Hitze ausgesetzt, 15 Prozent unterliegen körperlichen Zwangshaltungen, schwere Lasten müssen 23 Prozent der Beschäftigten Heben und Tragen, ständig oder häufiger müssen 9 Prozent mit Chemikalien umgehen, von ständigem Lärm sind 25 Prozent betroffen. (Gewerkschafter



Werkzeugmaschinenproduktion bei Bosch: Arbeitsbedingungen stehen zur Diskussion von Seiten der Beschäftigten



Krankheitsintensive Arbeitsabläufe führen ständig zu erhöhten Arbeitsbelastungen, die so gut wie gar nicht durch betriebliche Regelungen abgeblockt werden können.

9/89)

Montierer und Verformer setzen ihre Gesundheit aufs Spiel, weil sie zu lange in gebückter Haltung schuften. Presser, Präger und Bieger arbeiten zuviel über Kopf. Besonders gefährdet sind die Kollegen, bei denen sich gleich mehrere Belastungen konzentrieren: Elektriker, Schweißer, Löter und Nieter, Schmiede, Schlosser, Installateure und Mechaniker.

Zwar sind Arbeiter die Hauptleidtragenden dieses Trends. Aber auch die Angestellten bleiben nicht verschont. In den Büros machen Rückenschmerzen und Verspannungen im Nacken die Arbeit an der Schreibmaschine oder am Computerterminal zunehmend zur Pein.

Ursache dafür, daß auch Angestellte anfällig für Schmerzen im Stütz- und Bewegungsapparat sind, ist nach Auffassung der Wissenschaftler eine zwangswise stetige starre Körperhaltung, zu der sich nicht selten Arbeitsetze und Termindruck gesellen. Auch hierarchische Strukturen und sehr enge Vorgaben begünstigen Erkrankungen des 'rheumatischen Formenkreises', so der Sammelbegriff der Experten für all die verschiedenen Beschwerden.

Die Folge solcher Arbeitsbedingungen: Rheuma und andere Erkrankungen von Skelett und Bewegungsorganen machen immer häufiger arbeits- und berufsunfähig. Ihr Anteil an allen Fällen von Arbeits- und Berufsunfähigkeit hat sich zwischen 1975 und 1985 bundesweit von 13 auf 25 Prozent fast verdoppelt. Bei der Frühinvalidität rangieren sie nach den Herz-Kreislauf-Erkrankungen inzwischen auf Platz zwei.

Die ständigen Schmerzen bedeuten für die zehn Millionen betroffenen Menschen einen enormen Verlust an Lebensqualität. Nicht nur der Beruf leidet darunter, sondern auch das Familienleben

und die Freizeit. Und nicht zu vergessen: Sie verursachen einen ungeheuren volkswirtschaftlichen Schaden. Er beläuft sich nach Schätzungen der Deutschen Rheuma-Liga auf 30 bis 50 Milliarden Mark pro Jahr — eine gigantische Summe.

Der Bundesverband der Betriebskrankenkassen kommt schon für 1980 auf noch höhere Summen. Nach dessen Berechnungen gaben allein die Krankenkassen für Therapie elf Milliarden Mark aus. Die Rentenversicherung mußte für Rehabilitationsmaßnahmen 1,5 Milliarden zahlen. Die Ausgaben für Frührenten beliefen sich auf rund 2,5 Milliarden Mark. Die Kosten für Lohnfortzahlung, Beihilfe und Sozialhilfeleistungen machten sogar 25 Milliarden Mark aus. Der durch Arbeitsunfähigkeit verursachte Produktionsausfall und die dadurch entgangenen Steuern und Sozialabgaben wurden gar auf 40 Milliarden Mark geschätzt.

Doch so dramatisch die Volkskrankheit sich entwickelt — für den Gesetzgeber, die Arbeitgeber, Berufsgenossenschaften, Renten- und Krankenversicherungen, deren Handeln eigentlich dringend geboten scheint, ist sie offenbar kein Thema.

Die Berufsgenossenschaften haben sich so gut wie noch nie dazu durchgerungen, durch Arbeitsbelastungen geschädigte Wirbelsäulen als Berufskrankheit anzuerkennen ...

Wenn Rheuma und andere Erkrankungen des Stütz- und Bewegungsapparates in die rund 60 Krankheiten zählende Liste der Berufskrankheiten aufgenommen würden, 'bräche die Unfallversicherung zusammen', sagt Karmaus.

Doch auch die gesetzlichen Krankenversicherungen haben sich bisher kaum

um arbeitsbedingte Rheumaerkrankungen gekümmert, sondern verfahren nach dem alles andere als bewährten Muster: Krankheit verwalten statt Gesundheit erhalten ...

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (CDU) versuchte bei seiner 'Gesundheitsreform' durch eine kosmetische Operation den Eindruck zu vermeiden, auch er wolle nur — kostengünstiger — reparieren statt vorbeugen.

Er schreibt einen Paragraphen in das Gesetzeswerk, wonach die Krankenkassen, 'den Ursachen von Gesundheitsgefährdungen und -schäden nachgehen und auf ihre Beseitigung hinwirken' sollen. Papier ist geduldig. Konkrete Hinweise darauf, was denn geschehen soll, enthält es nicht ...

Auf die Gestaltung der Arbeitsplätze haben die Präventionsspezialisten der Ortskrankenkassen keinen Einfluß. Auch Betriebsärzte und Arbeitssicherheitsfachkräfte können in den Betrieben wenig tun ...

Dabei ist es keineswegs so, daß sich nichts ändern ließe. Es gibt eine ganze Palette von Möglichkeiten, die 'Volkskrankheit Rheuma' schon im Ansatz zu bekämpfen. Zum Beispiel:

- Neue Tarifnormen aufstellen, in denen Maßnahmen zur Minderung von Gesundheitsgefahren eine Rolle spielen;
- das Mitbestimmungs- und Initiativrecht der Betriebsräte über die Verhütung von Berufskrankheiten nutzen;
- Betriebsvereinbarungen über gesündere Arbeitsplätze abschließen.

Es gibt Mittel, um die Arbeitsplätze entsprechend den gesundheitlichen Erfordernissen zu gestalten — etwa technische Hebehilfen, höhenverstellbare Arbeitsmittel oder ergonomisch konstruierte Stühle ..."

Kundgebung zum Antikriegstag

Waldkirch. Am diesjährigen Antikriegstag fand auf Initiative des Arbeitskreises Antifaschismus eine öffentliche Kundgebung statt. Mit Beiträgen beteiligten sich neben dem AK Antifaschismus: die VVN, die Volksfront, die Initiativgruppe zur Ehrung Waldkircher Deserteure, die Politik- und Kulturgruppe Waldkirch, ein Vertreter der kurdischen Flüchtlinge, der AK Dritte Welt, die Frauengruppe, Radio Dreyeckland/Lokalredaktion Waldkirch, Kuhle Wampe Emmendingen und Die Offene Liste (DOL), die im Waldkircher Gemeinderat mit zwei Sitzen vertreten ist und den Grünen nahesteht. In vielen Redebeiträgen wurde das Verbot und die Nichtzulassung faschistischer Parteien zu den Kommunalwahlen gefordert. Der Kandidat der DOL forderte: „Nichtzulassung von Gruppen, die neofaschistisches Gedankengut verbreiten. Die Stadt stellt diesen Organisationen keine städtischen Räume und Werbeflächen zur Verfügung. Die Stadt Waldkirch unterstützt Projekte und Initiativen, die die örtliche Geschichte, besonders während der NS-Zeit, aufarbeiten und öffentlich darstellen wollen.“ — (mab)

ALL und MLPD: Nichtzulassung faschistischer Organisationen

Stuttgart. Die Alternative Linke Liste und die MLPD fordern in einem gemeinsamen Brief an den Gemeindewahlausschuß für die Kommunalwahl am 22.10. die Zurückweisung von Wahlvorschlägen faschistischer, militaristischer und rassistischer Organisationen. REP und NPD haben ihre Kandidatur angekündigt, möglicherweise will auch die FAP kandidieren. Im Brief, der mit zahlreichen Dokumenten die faschistischen Ziele dieser Organisationen belegt und nachweist, daß sie aufgrund geltender gesetzlicher Bestimmungen als verbotene Vereinigungen anzusehen sind, heißt es: „... Gegen die Verbreitung faschistischer Ideologien und die damit verbundene geistige Vorbereitung unmittelbaren Terrors (z.B. Brandanschläge gegen Asylbewerberunterkünfte, Drohungen gegen Gewerkschafter) betonen wir, daß die Gesellschaft ein Recht auf die Abwesenheit grausamer, unmenschlicher und erniedrigender Behandlung und von Krieg für alle Einwohner und ein Recht auf die Abwesenheit von solchen Verhältnissen rechtfertigenden Ideologien hat. Dieser Rechtsanspruch steht im Zusammenhang mit dem Verbot faschistischer Ideologien und Praktiken als Sperre gegen den Rückfall in die faschistische Barbarei. Die Ablehnung des Wahlvorschlags der o.g. Vereinigungen wäre ein Schritt in Richtung gesellschaftlicher Achtung und Verbot faschistischer, rassistischer und militaristischer Positionen.“ — (evc)



600 Menschen beteiligten sich am 9.9. in Essen an einer Demonstration gegen die Vertuschungsmanöver von Polizei und Staatsanwalt bei der Aufklärung des Todes des Schülers Kemal C., der Ende Juni von Polizeikugeln tödlich getroffen worden war. Die von der Bezirksschülervertretung organisierte Demonstration wurde vom „Arbeitskreis zur Unterstützung der Ermittlungen im Fall Kemal C.“ unterstützt. — (syb)

Zählereien im niedersächsischem Landtag

Die Landtagsarithmetik scheint wieder zu stimmen. Nach dem Austritt des SPD-Nachrükers Hoch aus der SPD-Landtagsfraktion hält die CDU/FDP wieder eine Stimme Mehrheit gegenüber der SPD und den Grünen. Die SPD steht blamiert da, CDU und FDP brauchen sich formal nicht auf die Stimme des Republikaner-Sympathisanten Vajen zu verlassen. Der von der Opposition so oft gerügt „politischen Moral“ ist Genüge getan. Wieso Vajen, stimuliert von der CDU und unkritisiert von der FDP, sich ohne Verrenkungen sowohl aufs CDU- wie aufs Republikaner-Programm stützen konnte, findet die Opposition keiner Frage wert. Bild-Zeitung: „Die CDU in Hannover tut endlich, was jeder Firmenchef tun würde: Wer für die Konkurrenz arbeitet, wird gefeuert.“ Konkurrenz beackert den gleichen Markt. Die Republikaner hetzen gegen Ausländer, Innenminister Stock brutalisiert die Asyl-Abtriebungen: Marktaussprache. — (gka)

REP-Landesvorsitzender abgesetzt

Westberlin. Das Präsidium der „Republikaner“ hat am 10.9. beschlossen, den Westberliner REP-Vorsitzenden Andres und seine Stellvertreter Gehring und Weidlich ihrer Ämter zu entheben und ein Funktionsverbot für zwei Jahre auszusprechen. Pagel und der Fraktionsvorsitzende Degen hatten die Amtsenthebung des verbleibenden Vorstandsmitglieds Straube gefordert und gegen Weidlich keine Vorwürfe erhoben. Die Fraktion im Abgeordnetenhaus, die schon zuvor Andres für abgesetzt erklärt hatte, will am 12.9. über dessen Ausschluß aus der Fraktion beschließen. Die

Amtsenthebung erfolgte wegen Andres anmaßenden Verhalten und der Ordnungsverfahren, die er gegen innerparteiliche Gegner nach dem letzten Parteitag eingeleitet hatte. Diese werfen ihm auch Drohung mit und Anwendung von physischer Gewalt vor. — (chk)

Hamburger Senat plant Massenabschiebung von Roma

Hamburg. Um einer drohenden Abschiebung zuvorzukommen, kampieren seit dem 29. August mehrere hundert Roma auf dem Gelände des ehemaligen KZ Neuengamme. Am 5. September hat der Senat nun sein Konzept vorgelegt: Ca. 100 bis 150 Rom, ausgesucht wahrscheinlich genauso, daß es auf keinen Fall mehr werden können, dürfen bleiben, die restlichen werden, wenn sie nicht freiwillig gehen, abgeschoben nach Jugoslawien oder Polen.

Auswahlkriterien sind: es dürfen nur geringfügige Vorstrafen vorhanden sein, es darf noch keine Ausreiseaufforderung erteilt sein, mindestens vierjähriger Aufenthalt in Hamburg muß nachgewiesen sein, „Ansätze zur Integration“ müssen vorhanden sein.

Aber selbst die 100 bis 150, die bleiben dürfen, müssen sich erst dem sogenannten Partnerschaftsmodell, ausgekocht von Senat und Diakonischem Werk (s.a. letzte Ausgabe Politische Berichte) unterwerfen und sollen eine auf Hamburg begrenzte Aufenthaltserlaubnis erhalten. Die RCU beharrt auf ihrer Forderung nach einem Bleiberecht für alle Rom.

Die Konzentration der Rom-Familien auf dem Gelände in Neuengamme soll dem Senat Massenabschiebungen so schwer wie möglich machen. Erhebliche Unterstützung von außen ist wohl nötig. — (mek)

Hafenstraße

„Perlenkette Hafenrand“ — Umstrukturierungspläne des Senats

Hamburg. Mit zunehmenden Provokationen und brutalen Polizeieinsätzen versucht der Hamburger Senat, die Bewohner der bekannten Hafenstraßen-Häuser zu vertreiben. Inzwischen ist es ein offenes Geheimnis, daß Bürgermeister Voscherau die Anweisung gegeben hat, bei dem geringsten Widerstand die Häuser nach dem Sicherheits- und Ordnungsgesetz (SOG) zu räumen. Die „Hafensträßler“ stören die Umstrukturierungspläne des Senats erheblich.

Seit Jahren bereitet der Hamburger Senat — weitgehend unter Ausschluß der Öffentlichkeit — die sogenannte Umstrukturierung des Hafenrandes vor. Der „Standort Hamburg“ soll attraktiver werden für die Konzerne und ihre „Leistungsträger“. Industrieansiedlungen an

plante und architektonisch auch sehr qualitätsvolle Erweiterung der City haben werden; Hamburg braucht dieses, um als Wirtschaftsplatz zu überleben und braucht es auch, um als Medienzentrum für Menschen aus aller Welt, die ein bißchen kreativ sind, interessant zu bleiben.“ (Oberbaudirektor Egbert Kosak)

Konkret umfaßt die „Perlenkette Hafenrand“ das Gebiet vom Övelgönner Museumshafen bis zur Speicherstadt und Kehrwiederspitze, von Altona bis St. Pauli Süd. Insbesondere Speicherstadt und Kehrwiederspitze werden wegen der zu erwartenden Spitzenrenditen bereits als interessanteste Immobilie Westeuropas gehandelt. Während in Frankfurt ein Quadratmeter Gewerberaum durch-

bleme, sich gegen den Widerstand der eher konservativen Gewerbetreibenden durchzusetzen. Der Abriß der Hafenstraßen-Häuser ist im Bebauungsplan St. Pauli 35 bereits beschlossene Sache. An ihrer Stelle sollen „neue Wohnhäuser mit neoklassizistischen Fassaden und Zink- oder Kupferdächern in Nachempfindung der Geschichte“ entstehen.

Um flexibler und unter evtl. Ausschaltung der Bezirke/Behörden die Umstrukturierung des Hafenrandes sowie der benachbarten Stadtteile Ottensen (in Altona), Schanzen- und Karolinenviertel (in St. Pauli/Altona) durchsetzen zu können, hat der Senat kürzlich die Stadtentwicklungs- und Stadtentwicklungsellschaft mbH (S.T.E.G.) gegründet. Gesellschafter der S.T.E.G. sind zur Zeit die Stadt Hamburg mit mindestens 51 Prozent des Stammkapitals und die Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege. In der Senatsmitteilung 13/4084 heißt es dazu: „Dabei ist die Beteiligung der Stadt Hamburg so zu regeln, daß die Merkmale eines eigenständigen Unternehmens, insbesondere Flexibilität, bewohnerorientiertes Planen und Handeln, schnelle Handlungsfähigkeit ohne Einbindung in behördliche Abstimmungs- und Hierarchiestrukturen, gewährleistet werden.“

Kann der Senat die geplante Umstrukturierung durchsetzen, werden Menschen mit niedrigem Einkommen die steigenden Wohnungsmieten und Lebenshaltungskosten nicht mehr bezahlen können. Die bereits seit Jahren stattfindende Vertreibung dieser Menschen in andere Stadtteile wird in großem Maße zunehmen. Dagegen gibt es zunehmend Widerstand und nicht nur von den Bewohnern der Hafenstraße und ihrer Sympathisanten. — (bab)



Mit einem brutalen Schlagstock- und Wasserwerfereinsatz der Polizei verhinderte der Senat am 3. September die Vollendung eines Wandbildes an der Seitenfront des Hafenstraßen-Hauses 108 gegen die Umstrukturierung des Hafenrandes.

Hamburgs Stadtrand sind dafür inzwischen ungeeignet. Citynahes Arbeiten, Wohnen und ein Kultur-, Freizeit- und Einkaufsangebot, das Menschen mit einem hohen Monatsgehalt „interessant“ finden, sind gefragt. Der Hafenrand erfüllt diese Anforderung. Zitat: „... die Innenstadt ist mit den Flächenreserven am Ende ... Wir haben vor vier, fünf Jahren begonnen, über die Erweiterungsmöglichkeiten nachzudenken, wir haben die Konzeption für die Nutzung des Hafenrandes, also des Nordufers entwickelt, die Idee der Perlenkette, also die verschiedenen Entwicklungseinheiten, und an dieser Perlenkette war die Speicherstadt schon vor vier Jahren die eigentliche Brosche, als die große Einheit deklariert wurde. Das ist Planungsansatz. Ich gehe davon aus, daß wir in den 90er Jahren hier eine sorgfältig ge-

schnittlich 60 DM Miete kostet, sind es in der Hamburger Innenstadt bisher 33 DM, Tendenz allerdings steigend. An der Kehrwiederspitze will die Schweizer Firma Royal Trust, eine 77%ige Tochter der kanadischen Royal Trust Bank, ca. 300 Mio. DM für den Bau von 80000 Quadratmeter Bürofläche investieren. Weitere Bewerber um die Kehrwiederspitze sind die US-Bank Citycorp und der Londoner Immobilien-Konzern P&O Properties International Limited, beide auch Investoren eines dem geplanten Hafenrand ähnlichen Projekts: den Londoner Docklands. Am Baumwall, unmittelbar am Hafen, hat sich der Gruner + Jahr Verlag ein Riesengebiet für seinen Verlags-Neubau gesichert. Für die Quartiersleute in der Speicherstadt bereitet der Senat zurzeit Ersatzflächen vor, hat allerdings noch erhebliche Pro-

Kurdistan-Veranstaltung

Solidarität mit den Gefangenen

Bielefeld. Unter diesem Motto riefen die örtlichen Gruppen von 16 Organisationen zu einer Diskussionsveranstaltung am 29.8. auf. Initiiert wurde das Treffen vom Aktionskreis für die Freilassung der kurdischen Gefangenen. U.a. riefen auf: Arbeiter- und Studentenverein aus der Türkei, Dev Genc, EKIM, Feyka Kurdistan, TKP/ML, TKP/Einheit, Die Grünen, MLPD, Rote Hilfe, BWK und Volksfront, sowie Autonome und antifaschistische Bündnisse.

Der Teilnahme der Grünen war eine längere Auseinandersetzung mit dem Kreisvorstand vorausgegangen. Letztendlich konnten sie sich dem öffentlichen Druck, auch eigener Mitglieder, nicht entziehen. Inzwischen läuft die Regionalbeauftragte und „persönliche Mitarbeiterin“, der Bielefelder Bundestagsabgeordneten A. Vollmer durch die Ge-

gend und erzählt, z.B. im Flüchtlingsrat, der Aktionskreis hätte sich die Teilnahme der Grünen „erschlichen.“ Der Veranstaltungsauftrag lag dem Kreisvorstand vier Wochen vorher vor, es gab einen ausgedehnten Schriftverkehr.

An der Veranstaltung nahmen gut 120 Leute teil. Referate hielten das Kurdisch-Komitee, zur aktuellen Lage im kurdischen Befreiungskampf, sowie Rechtsanwalt Kraft, Verteidiger der inhaftierten Kurden Yasemin Gedik, zum Stand der 129a Verfahren gegen Kurden und Kurden. In der anschließenden Diskussion vertrat RA Kraft, Mitglied der Grünen, daß doch über die Vorwürfe, insbesondere wie sie von der GAL Hamburg gegen die PKK vor Jahren erhoben wurden, gesprochen werden müsse. Nur so könne der Widerstand gegen die Prozesse verbreitert werden. Ihm wurde entgegengehalten, daß 1. bestimmt nicht das OLG Düsseldorf die Sache klärt, 2. Die Grünen mit ihrer Hetzkampagne aufhören sollten, 3. politische Morde in Europa nicht zum Konzept des kurdischen Befreiungskampfes gehören.

Die Rote Hilfe stellte eine Aktion vor. Massenhaft Protestbriefe an das OLG Düsseldorf zu schicken, das inzwischen den Prozess eröffnet hat. In der Zeitung der Roten Hilfe 3/89 ist ein Musterbrief abgedruckt, der übernommen werden kann. Dort heißt es: „Die Anklage der Bundesanwaltschaft ist nur zu verstehen als ein weiterer Akt in der langjährigen Geschichte der Kollaboration bundesdeutscher Staatsorgane mit dem türkischen Folterregime bei der Unterdrückung der innenpolitischen GegnerInnen und insbesondere des kurdischen Volkes...“ — (stb)

Kommunalfinanzen

Bayern verschärft Kommunalaufsicht

Augsburg. Neun Jahre führte die Oberallgäuer Gemeinde Hindelang einen Rechtsstreit um die Zweitwohnungssteuer. Die Erhebung dieser Steuer, die Besitzer von nur gelegentlich belegten, aber von der Kommune voll zu versorgenden Wohnungen im Jahr mit 350 bis 1050 DM belasten sollte, wurde ihr vom Landratsamt untersagt. Das Innenministerium hatte Anweisung gegeben, die Steuererhebung aus „Ermessensgründen“ abzulehnen. Das ließ der Bayerische Verfassungsgerichtshof als einzige und bisher letzte Instanz im Rechtsstreit jedoch nicht zu. In dem Spruch heißt es u.a.: „Es gehört zum Kernbereich der Selbstverwaltung, daß Gemeinden — sei es auch unter staatlicher Mitwirkung — grundsätzlich ein Recht zum Erlaß von Abgabesatzungen haben. Selbstverwaltung im Rahmen der Gesetze kann nicht bedeuten, daß der Gesetzgeber die In-

haltsbestimmung der kommunalen Finanzhoheit dem Ermessen der staatlichen Exekutive überläßt.“ (1)

Während sich nun weitere Fremdenverkehrsgemeinden darin bestärkt sahen, ihre seit langem geplanten Steuer-Satuzungen nach diesem Urteil beim Landratsamt genehmigen zu lassen und kommunale Interessensvertreter die Hoffnung aussprachen, daß damit auch Abgaben gegen Umweltzerstörung erlaubt seien, interpretierte die Staatsregierung dieses Urteil als Aufforderung, an die Stelle von „Ermessen“ eben hieb- und stichfeste Gesetze zu setzen. Im Eilverfahren zog sie von Mai bis Juli die Neufassung des Kommunalabgabengesetzes durch, das mit rückwirkender Wirkung zum 1. Januar 1989 in Kraft tritt. Darin verbietet sie nicht nur ausdrücklich die Erhebung einer „Steuer auf das Innehaben einer Wohnung“, sondern weist generell an, daß vor jedem Beschuß für eine bisher nicht erhobene kommunale Steuer „die Zustimmung des Staatsministeriums des Innern einzuholen ist“. (2)

Das Abstimmungsergebnis im Landtag war ganz knapp mit 68 Ja-, 61 Nein-Stimmen und sechs Enthaltungen. Neben dem Landtag gibt es in Bayern eine sogenannte Zweite Kammer, den Senat, ein Kontrollorgan aus Vertretern verschiedenster Körperschaften und Institutionen. Hier stieß das Innenministerium auf schärfsten Widerstand. Mit nur einer Stimmenthaltung beschloß der Senat am 20. Juli Einwendungen gegen das Gesetz, die der Landtag tags darauf jedoch ablehnte. Zu Recht befürchten die Senatsvertreter, daß sich die Exekutive durch diese neuen Regelungen Handlungsspielraum verschafft, um sämtliche Selbstverwaltungseinrichtungen, also auch die Kammern oder die Hochschulen, den Bayerischen Rundfunk u.ä., kontrollieren zu können.

Die betroffenen Städte haben angekündigt, daß sie weitere juristische Möglichkeiten suchen werden, um gegen diese Beschränkung ihrer Selbstverwaltungsrechte vorzugehen.

Quellenhinweis: (1) Bayerische Verwaltungsblätter 8/89, S.237; (2) Landtags-Drs. 11/12537 — (baf)

AKW Brokdorf:

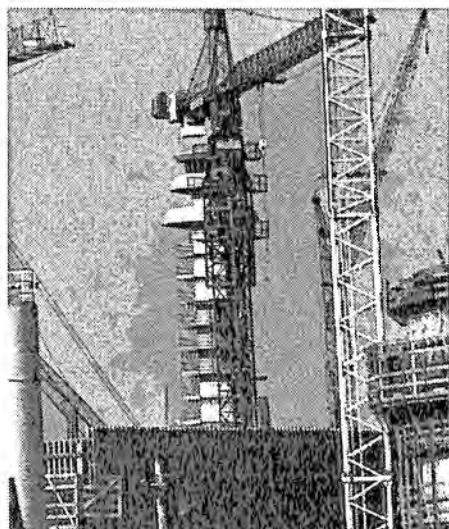
Auflagen, Gutachten, Defekte

Norderstedt. Für Brokdorf gibt es eine Auflage in der zweiten Teilbetriebsgenehmigung, wonach der Betreiber bis zum Ende des ersten Brennelementewechsels eine Vorrichtung vorweisen muß, mit der die Kernbauteile, z.B. die Zentrierstifte, überprüfbar sind. Diese Stifte sind wichtig, um bei einem Störfall im Kühlmittelbereich eine Reaktorschneidabschaltung vornehmen zu können. Als 1988 einer der Zentrierstifte

gebrochen war, wäre es nach dieser Auflage die simple Pflicht von Jansen gewesen, das Kraftwerk nicht ans Netz gehen zu lassen. Stattdessen forderte er ein TÜV-Gutachten an. Dies besagte, daß das AKW-Brokdorf mit ungeprüften Stiften sicher zu betreiben wäre. Daraufhin konnte Jansen sich getrost vom Bundesumweltminister Töpfer anweisen lassen, das vierzehn Tage lang außer Betrieb genommene AKW wieder anzuenschmeißen. Im Februar dieses Jahres hat dann auch das Oberverwaltungsgericht Lüneburg sich diesem TÜV-Gutachten angeschlossen.

Nach dem Brennelementewechseln im August dieses Jahres will Energieminister Jansen eine erneute Kraftprobe mit Töpfer und der Preußen Elektra (PreAG) inszenieren. Gestützt auf ein von seinem Ministerium in Auftrag gegebenes neues TÜV-Gutachten verlangt er die sofortige Reparatur des gebrochenen Zentrierstiftes vor einer Wiederinbetriebnahme des Reaktors. Jansen wolle sehen, „wie Töpfer mich daran hindert“.

Die Betreiberin PreAG legt das neue Gutachten so aus, daß es sich bei dem gebrochenen Zentrierstift vom vergangenen Jahr nicht um einen „systematischen Fehler“, sondern um einen Einzelfall handelt. Fazit: Die Betreiberin prüft zwar alle 384 Stifte mit Hilfe einer neuen Ultraschalleinrichtung, will aber den defekten Stift nicht auswechseln. Erkenntnis der Kieler Landesregierung: „Juristisch haben wir keine Möglichkeiten...“. Selbst wenn die PreAG in den nächsten Wochen zur Reparatur des Stiftes gezwungen werden sollte, können sie und Töpfer dem Abschalt-und-Ausstiegs-Minister Jansen nur dankbar sein: Er hat dazu verholfen, daß die Auflage der zweiten Teilbetriebsgenehmigung grundsätzlich die Kernbauteile überprüfbar zu machen, erfüllt wurde und es inzwischen ausreichend Gutachten gibt, die den einzelnen kleinen Defekt für die Betreiber nicht zur Gefahr der Stilllegung werden lassen — und schon gar nicht zu der des Ausstiegs. — (edl)



Seit der zweiten Teilerrichtungsgenehmigung...

Jungheinrich Gabelstapler

EDV-Regelungsgrundsätze gegen Rationalisierung

Hamburg. Nachfolgend dokumentieren wir auszugweise EDV-Regelungsgrundsätze, die den derzeitigen Diskussionsstand im EDV-Ausschuß des Betriebsrates der Jungheinrich Gabelstapler (JG) wiedergeben. Die Grundsätze sind zusammen mit Kollegen von FORBIT, der Forschungsstelle Informationstechnologie e.V., Hamburg, die für den Betriebsrat (BR) als Sachverständige bei der Erarbeitung von Betriebsvereinbarungen für die Systeme „SAP“, „Monteur-Zeit-Analyse“, und „Kundeninformations-System“ tätig sind, erarbeitet worden. Es ist ein wesentlicher Fortschritt in der betrieblichen EDV-Diskussion, daß nicht mehr fast ausschließlich

Arbeit und die Arbeitsplätze bei der JG.

... Im Rahmen der Beteiligung ist der BR anhand der Planungsunterlagen über die folgenden Gegenstände zu informieren: (1) Zielsetzung und Einführungsgründe, betroffene Betriebsteile, Abteilungen und Arbeitsplätze der Maßnahme. (2) Arbeitsabläufe in IST- und SOLL-Konzeption. (3) Auswirkungen auf Arbeitsabläufe, Arbeitsverfahren, Qualifikationsanforderungen, Personalplanung und personelle Maßnahmen; Veränderungen der Arbeitsbedingungen der Betroffenen; Konsequenzen für den materiellen und sozialen Besitzstand der Betroffenen; Umfang möglicher Einsparungen bisheriger Aufgaben und Arbeit-

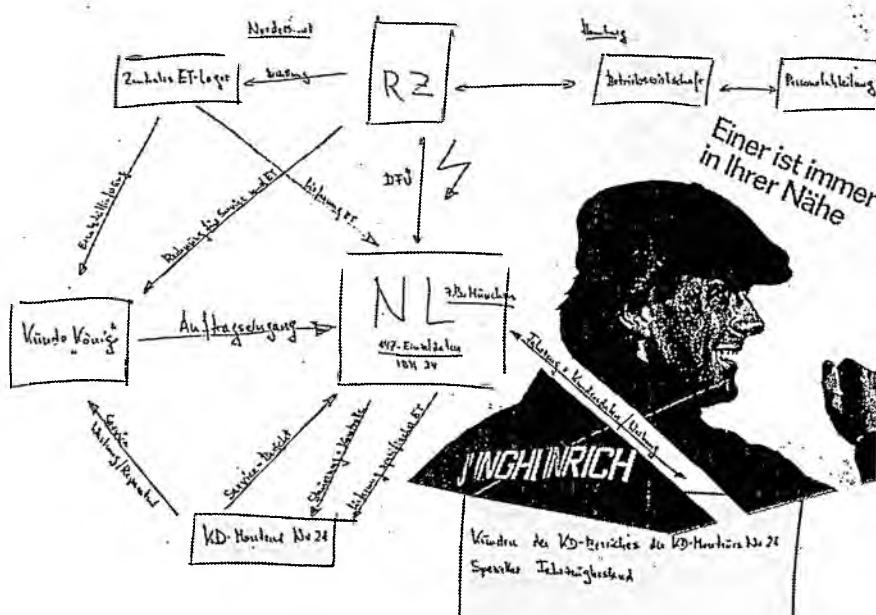
darin überein, daß Informationstechnik nur eingeführt wird, nachdem Einverständnis darüber erzielt wurde, daß geringstmögliche negative Auswirkungen für Arbeitnehmer damit verbunden sind. Ohne das ... Einverständnis des BR darf Informationstechnik nicht in Anwendung gehen. Dies gilt auch für Änderungen und Weiterentwicklungen bestehender Systeme und Testläufe.

... Bei der Planung von neuen EDV-Systemen, organisatorischen Abläufen und Arbeitsplätzen werden ... folgende Gestaltungsgrundsätze berücksichtigt:

... Die Veränderung bisheriger und das Hinzukommen neuer Aufgaben werden genutzt, um Tätigkeitsbilder mit erweiterten und vielseitigen Qualifikationsanforderungen zu realisieren. Die entsprechende Arbeitsgestaltung zielt darauf, die einmal erworbene Qualifikation auch zu erhalten und möglichst zu entfalten, den Erwerb neuer Qualifikation zu ermöglichen, die Arbeitsteilung durch Anreichern von vor- und nachgelagerten Arbeitsplätzen schrittweise abzubauen, soziale Kontakte zu erhalten und kooperative Arbeitsformen zu schaffen ... Informationstechnologie soll so eingesetzt werden, daß einer Arbeitsgruppe oder einem/r einzelnen Beschäftigten ganzheitliche Aufgabengebiete mit einem möglichst großen Dispositionen- und Handlungsspielraum sowie entsprechender Kompetenz und Verantwortung zugewiesen werden können.

... Im Zusammenhang mit der Einführung und Anwendung von Informationstechnik wird kein Arbeitnehmer der JG entlassen und kein Arbeitsplatz bei der JG und ihren Niederlassungen abgebaut. Muß ein Arbeitnehmer versetzt werden, so muß ihm bzw. ihr ein Arbeitsplatz angeboten werden, der funktional, finanziell und sozial dem bisherigen Arbeitsplatz mindestens gleichwertig ist.

... Die Geschäftsleitung legt jährlich eine verbindliche Personalplanung vor, aus der für einen Zeitraum von fünf Jahren geplante oder absehbare technologische Veränderungen, veränderte/entfallende/neu geschaffene Arbeitsplätze sowie deren Qualifikationsanforderungen hervorgeht. Dabei ist die notwendige Personalreserve für Qualifizierungsmaßnahmen und Fehlzeiten so vorzusehen, daß eine Ausdehnung der regelmäßigen Arbeitszeit nicht erforderlich wird. Die Personalplanung hat sicherzustellen, daß neuartige Arbeitsplätze grundsätzlich mit JG-Mitarbeitern besetzt werden können, deren Tätigkeiten an anderer Stelle entfällt. Gegebenenfalls erforderliche Qualifizierungsmaßnahmen sind einzuplanen ... Von Veränderungen, Versetzungen betroffene Arbeitnehmer werden rechtzeitig und umfassend für die Übernahme der neuen Tätigkeiten qualifiziert. Hierfür wird die Stelle eines betrieblichen Weiterbildungsbeauftragten geschaffen ...“



Der Jungheinrich-Monteur im EDV-Netz ...

der „Gläserne Mensch“ im Mittelpunkt der Kritik steht, sondern die von den Kapitalisten ganz massiv durch Einführung dieser EDV-Systeme gewollten Rationalisierungseffekte und Entwertungsprozesse der Ware Arbeitskraft.

Nur: Mitbestimmung gibt es nach den „Spielregeln“ des Betriebsverfassungsgesetzes für den BR im wesentlichen nur über die Verarbeitung personenbezogener Daten der Kolleginnen und Kollegen in den EDV-Anlagen. Datenschutz ist daher der betriebsverfassungsrechtliche Hebel, überhaupt an das Thema Rationalisierung mitbestimmungsmäßig heranzukommen. — (hel)

„... Gegenstand ... ist die Planung, Gestaltung, Anwendung und Weiterentwicklung von Informationstechnik im Vertrieb, im Kundendienst und im Verkauf, sowie deren Auswirkungen auf die

spläte ... (5) Die Wirtschaftlichkeitsberechnungen.

... Beabsichtigt die Geschäftsleitung, bei der Entwicklung eigener Programme bzw. Anwendungen in Arbeitsbereichen Projektgruppen einzurichten, so sind die Mitarbeiter des betroffenen Arbeitsbereiches und der BR angemessen zu beteiligen. Dies bezieht sich insbesondere auf die Grundsätze der Arbeitsgestaltung und der notwendig werdenden Qualifikation und Fortbildung. Die Projektgruppe erarbeitet Vorschläge für die Erstellung von Programmen bzw. Anwendungen, insbesondere über den Inhalt und die Form von Auswertungen, die Gestaltung von Bildschirmmasken, den Umfang und Ort der Datenhaltung, die Auswahl und den Test von zusätzlich zu beschaffender Standardsoftware.

... Geschäftsleitung und BR stimmen

Continental AG

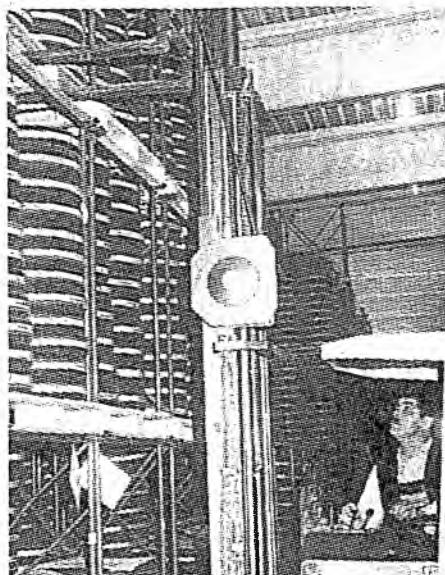
Beschäftigte lehnen Aufteilung ab

In der zweiten Septemberwoche sind in allen vier hannoverschen Betriebsstätten der Continental AG Betriebsversammlungen durchgeführt worden. Alle waren selten gut besucht, sie dauerten zwischen drei und vier Stunden, es gab viele Wortmeldungen so z.B. 14 im Werk Vahrenwald oder 12 in der Hauptverwaltung.

Im Mittelpunkt dieser Betriebsversammlungen stand die Absicht des Vorstands, den Bereich der Technischen Produkte aus der Continental AG herauszulösen und daraus acht selbständige GmbH's zu machen wie Profile, Antriebselemente, Transportbänder. Der Umsatz der AG teilt sich heute auf in etwa zwei Drittel Reifen und ein Drittel technische Produkte. Betroffen von einer solchen „Ausgliederung“ sind etwa 4500 Arbeiter und Angestellte. Als einzige Begründung wurde von den Vorstandsmitgliedern wechselnd wiederholt, daß es darum geht, in diesen kleineren Betrieben „wendiger, schneller, flexibler und überschaubarer“ zu sein und auf Marktanforderungen zu reagieren.

Keine Frage, solch mittlere Betriebe mit zwischen 300 und 700 Beschäftigten sind flexibler: Sie sind leichter dicht zu machen, sie sind leichter zu verkaufen und sie sind viel leichter unter Druck zu setzen — nicht zuletzt mit der Drohung der Werksschließung oder des Verkaufs. Sicher geht es der Continental AG zur Zeit nicht um schließen oder verkaufen, ganz im Gegenteil kauft der Konzern gegenwärtig europaweit mittelständische Betriebe mit technischen Gummiprodukten auf. Alle acht Geschäftsgruppen, die zu GmbH's werden sollen, weisen Gewinne aus. Aber das kann sich bei einer Verschlechterung der Konjunktur, vor allem abnehmender Autoproduktion schnell ändern. Die Antwort des Vorstands, daß es auch bei der AG keine Lebensarbeitsgarantie gibt, ist da wenig befriedigend. Einstellung der Produktion von Keilriemen zum Beispiel muß in der AG ja keineswegs gleichbedeutend sein mit Entlassungen. Und selbst wenn, was kann man von dem Sozialplan einer „Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ erwarten?

Gegenwärtig im Vordergrund steht flexibler werden: flexiblere Arbeitszeiten, mehr Wochenendarbeit, flexiblere Eingruppierung bei den Löhnen und Gehältern. Mit der Drohung, der Auftrag geht an einen anderen Betrieb, kann der Betriebsrat eines solchen kleineren Betriebs viel eher zur Zustimmung gezwungen werden als ein Betriebsrat der Continental AG mit 15000 Beschäftig-



Reifenhochregallager der Continental-Niederlassung in Hamburg

ten. Das ist das Ziel. Da nützt es wenig, daß der Vorstand Besitzstandswahrung verspricht. Alle Maßnahmen der letzten fünf Jahre wie Kündigung der Pensionskasse, Verbandswechsel zur Chemischen Industrie, Umstellung des Akkordsystems von Bedaux auf REFA, Kürzung der Vorgabezeiten, gekürzte Lohntabelle für Neueinstellungen usw. sind unter der Zusicherung der Besitzstandswahrung gelaufen. Kein Wunder, daß die Ablehnung dieser Vorstandspläne einmütig war. Im Werk Vahrenwald zum Beispiel gab es ca. 800 Ja-Stimmen bei 9 Enthaltungen zu einer Resolution gegen die Aufspaltung. — (gea)

Kommunalwahlen

Gegen Zulassung der „Republikaner“

Freiburg. In zwei Offenen Briefen an den Freiburger Oberbürgermeister Böhme und die fünf Mitglieder des Gemeindewahlaußchusses forderte die Linke Liste/Friedensliste diese auf, ihre Zustimmung zur Zulassung der „Republikaner“ zu den Kommunalwahlen am 22.10.1989 zu verweigern „und damit ihrer gesetzlichen Verpflichtung nachzukommen, nicht an Handlungen teilzunehmen, die eine Duldung, Unterstützung oder Förderung verbotener faschistischer Betätigung darstellen“. Der Wahlausschuß wird darauf hingewiesen, daß sich diese gesetzliche Verpflichtung nicht nur aus Art. 139 GG sondern auch aus dem Gesetz zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung ergibt, in dem die BRD alle rassistischen Theorien und Praktiken ächtet und alle staatli-

chen und kommunalen Organe verpflichtet werden, „Handlungen oder Praktiken der Rassendiskriminierung gegenüber Personen, Personengruppen oder Einrichtungen zu unterlassen und dafür Sorge zu tragen, daß alle staatlichen und örtlichen Behörden und öffentlichen Einrichtungen im Einklang mit dieser Verpflichtung handeln, ... eine Rassendiskriminierung durch Personen oder Organisationen weder zu fördern noch zu schützen noch zu unterstützen, ... nicht zuzulassen, daß staatliche oder örtliche Behörden oder öffentliche Einrichtungen die Rassendiskriminierung fördern oder dazu aufreizen“ (BGBl. 1969 II 2211).

Entsprechende Briefe von antifaschistischen Kräften erhielten die Behörden in Emmendingen und Waldkirch.

Lediglich Thilo Weichert (GRÜNE), Mitglied des Freiburger Gemeindewahlaußchusses, antwortete auf den Brief; er sei gegen Verbotsmaßnahmen und würde dem Wahlvorschlag der „Republikaner“ (der einzigen faschistischen Organisation, die in Freiburg kandidiert), zustimmen: „Verbot und Nichtzulassung ist, wenn es hochkommt, Symptomkurierei. Die sozialen und ökonomischen Wurzeln des Rechtsradikalismus werden nicht angegangen, sondern verdrängt und verschüttet. Das Verdrängen der rechtsradikalen Gruppen in die Illegalität macht deren politische Bekämpfung durch nichtstaatliche bürgerliche Politik äußerst schwierig. Die ‚Republikaner‘ wie sonstige rechtsradikale Gruppen kokettieren und werben geradezu mit ihrem angeblichen ‚Verfolgtsein‘ ...“ Thilo Weichert wird am 12.9. im Wahlausschuß versuchen, eine Protesterklärung gegen die Kandidatur der „Republikaner“ abzugeben, die alle Wahlausschußmitglieder unterzeichnen sollen. Nach der Sitzung des Wahlausschusses wird eine Kundgebung unter dem Titel „Keine Stimme für faschistische Organisationen“ stattfinden.

Die Linke Liste/Friedensliste wird dem Wahlausschuß einen Freiburger Aufruf „Keine Wahlzulassung für faschistische Organisationen“ übergeben, unter den zwischen dem Antikriegstag und dem 11.9. mehr als 300 Unterschriften gesammelt wurden. Unterschrieben haben u.a. etliche Nichtstaatsangehörige, Gewerkschaftsfunktionäre, eine Stadträtin der SPD. In dem Aufruf wird gefordert: „Keine Stimmabgabe für faschistische Parteien! Keine Stimme gegen unsere ausländischen Bürgerinnen und Bürger! Unterstützt die Forderung nach kommunalem Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer! Keine Wahlzulassung faschistischer Organisationen! Keine öffentlichen Plätze und Räume für neofaschistische Organisationen!“

Über die Wahlausschusssitzung kann noch nicht berichtet werden, da sie nach Redaktionsschluß stattfand. — (ulb)

SKF-Konzern

Neuer Angriff: Channel-Fertigung in sechs mal 24 Stunden

Schweinfurt. Vor eineinhalb Jahren setzten sich die Arbeiter der SKF GmbH an verschiedenen Standorten der BRD mit einem Streik über vier Tage gegen einen Generalangriff des Konzerns zur Wehr. Anlässlich der betrieblichen Umsetzung der Tarifvereinbarung über Arbeitszeitverkürzung und Lohn wollte SKF Samstagsarbeit bis 24 Uhr einführen und drastische Lohnsenkungen durchsetzen durch volle Anrechnung der tariflichen Lohnerhöhung und des Lohnausgleichs für Arbeitszeitverkürzung auf außertarifliche Zulagen. Die Pläne direkter Lohnsenkung wie auch Streichung „freiwilliger“ Leistungen konnten gestoppt werden. Die Betriebsvereinbarung über freiwillige Sozialleistungen konnte mittlerweile auf sieben Jahre festgeschrieben werden. Allerdings sah das Kompromiß-

tragsboom wie in den Nachkriegsjahren konnte SKF vor allem eine starke Ausdehnung der Nacharbeit in der Produktion (3. Schicht) durchsetzen.

Über einen neuen Angriffsplan des SKF-Konzerns wurde die Belegschaft durch ein Flugblatt des Gesamtbetriebsrats informiert:

„Channel-Fertigung — Chancen und Risiken“

Seit ca. einem Jahr wird das Schlagwort Channel im Wortschatz der SKF als mögliches Allheilmittel angewandt. Auf Anregung der SKF-Zentrale in Göteborg soll die Channelfertigung auch in der SKF GmbH in relativ kurzer Zeit (1989 50% / 1990 100%) eingeführt werden. In der Wirtschaftsausschusssitzung am 11. Juli 1989 wurde dieses Konzept den Arbeitnehmervertretern vorgestellt.

von Montag 6.00 Uhr bis Samstag 24.00 Uhr nach Vorstellung der Geschäftsleitung ausgelegt.

Welche Risiken hat die Channelfertigung?

Durch die Channelfertigung wird die Fertigungsvielfalt mittelfristig verringert, des Weiteren ist die Channel-Fertigung bei konjunkturellen Schwankungen anfälliger. Eine alternative Einzelfertigung, um Störungen abzufangen, ist zu installieren. Der Einsatz von Frauen, leistungsgeänderter Mitarbeiter (nicht im Dreischicht-Betrieb einsetzbar) u.ä. ist in der Channel-Fertigung, bedingt durch Dreischicht-Betrieb, nicht möglich. Versetzungen von Personal wären die Folge. Ein weiteres Problem ist die Entlohnung, die durch die Arbeitsweise im Channel besteht (Gruppenarbeit).

Der Gesamtbetriebsrat steht einer wirtschaftlichen Fertigung und somit dem Channel-Gedanken grundsätzlich offen gegenüber. Aufgrund der Risiken, die weitgehende Veränderungen für die betroffenen Arbeitnehmer/innen beinhalten, hat der GBR eine Ausweitung des bisherigen Channel-Konzepts abgelehnt.

Bevor der GBR seine Zustimmung für eine erweiterte Channel-Fertigung erteilt, muß mit der Geschäftsführung ein Interessenausgleich vereinbart werden, um Nachteile für die Beschäftigten auszuschließen.

Nachfolgend einige Punkte, die Regelungsbestand sein müssen:

- * Channel muß technisch so gestaltet sein, daß bei geänderter Auftragslage andere Typen laufen können
- * Engpaßmaschinen durch Zukauf neuer Maschinen eliminieren oder nur Engpaßmaschinen in der dritten Schicht laufen lassen und Pufferrkapazität erhöhen
- * Festschreibung der 5-Tage-Woche. Dies muß Grundlage für Kapazitätserrechnung sein. Urlaubsabsenkung
- * Springer für jegliche Ausfälle (Schulung, Freischichten, Urlaub). Ausfallzeiten dürfen sich finanziell nicht negativ auswirken auf An- und Abwesende.
- * Schulungsmaßnahmen für Channel-Mannschaft
- * Besitzstand muß abgesichert werden
- * Interessenausgleich bei „Nichteignung“ im Channel:
 - a) Schulungsmaßnahme mit Ziel Channel-eignung
 - b) Versetzung auf gleichwertigen und zumutbaren Arbeitsplatz
 - c) Lohn- und Gehaltsabsicherung
 - d) Sicherung der Frauenarbeitsplätze
 - * Keine Entlassungen.“



Kundgebung der Streikenden im Rathausinnenhof

papier, mit dem der Streik beendet wurde, vor, ein neues Entgeltsystem zum 1.4.1990 einzuführen, wobei erklärte Konzernabsicht ist, daß es ein „produktiveres“, gruppenbezogenes werden soll.

In der Frage Samstagsarbeit mußten die SKF-Arbeiter Pausendurchlauf und die Einführung eines Schichtmodells an Engpaßmaschinen und neuen kapitalintensiven Anlagen mit 129,5 Std./Woche, d.h. mit einer zusätzlichen Mehrarbeitschicht am Samstag, hinnehmen. Seither findet ununterbrochen eine hartnäckige Auseinandersetzung um Samstagsarbeit und Ausdehnung der Anlagennutzungszeiten statt. Begünstigt durch einen Auf-

Was ist Channelfertigung?

Es sollen Fertigungsabläufe installiert werden, die produktbezogen orientiert sind und einen optimalen Fertigungsfluß garantieren. Eine Puffersituation soll nur in Ausnahmefällen als Ausgleich bzw. Steuerfunktion angewendet werden. Der räumliche Verlauf eines Channels kann, nach Vorstellung der Geschäftsführung innerhalb einer Werkshalle, werksübergreifend oder sogar SKF GmbH übergreifend erfolgen. Die organisatorische bzw. personelle Betreuung soll ein sogenannter „Channel-Meister“ übernehmen.

Die Arbeitszeitmodelle in den Channels sind im 3-Schicht-Betrieb

Das Channel-Konzept ist ein konzerninternes Logistikkonzept, das vor allem auf die Optimierung des Fertigungsflusses, die Verkürzung der Durchlaufzeiten und die Senkung der Materialbestände zielt. Die Fertigung wird werkstattübergreifend produktorientiert neu gegliedert. „Die Zusammenführung von zusammengehörigen Produkten und die Zuordnung der notwendigen Maschinen und Einrichtungen führt zu produktorientierten Fertigungseinheiten. Diese Fertigungseinheiten heißen Channel (deutsch: Kanal) ... Zum jeweiligen Channel gehörende Maschinen und Materialbestände werden für alle sichtbar gekennzeichnet, unabhängig vom Standort ... Körperliche Zusammenführung der Channelelemente (Maschinen und Materialbestände) zu einer möglichst überschaubaren Fertigungseinheit (Facility Plan).“ Man verspricht sich eine verbesserte Steuerung der Auftragsfolge und Terminierung durch Enpaßsteuerung, Rüstzeitoptimierung, gezielte

Verbesserung der Maschinenfähigkeit usw.

Voraussetzungen dafür wurden in den letzten Jahren schrittweise geschaffen: Mit dem Global Forecasting and Supply System (GFSS) wurde eine marktnahe Organisationsstruktur eingeführt. Die verschiedenen Lagertypen wurden den verschiedenen europäischen SKF-Gesellschaften zugeordnet. Seither wird die Organisationsstruktur weiter verfeinert. Die Produktion bestimmter Lagertypen wird z.B. in Form selbständiger Produktionsdivisionen, die ergebnisorientiert arbeiten, durchgeführt. Kleine Produktgruppen wurden zu Profit Centers verständigt. Begleitet werden solche Maßnahmen durch produktionstechnische, z.B. Verlagerung der Produktion einer bestimmten Lagertype in eine Halb-, Maschinenverkettung usw.

Das im Kasten abgedruckte Konzern-dokument verdeutlicht, daß die gezielte produktorientierte Fertigung bei den Konzernstrategen die Vision umfassen-

der Kostensenkung auf der Basis völlig flexibler, miteinander konkurrierender Channel-Mannschaften aufkommen läßt. Die darauf maßgeschneiderte Produktionsphilosophie lautet: „Der Kunde ist König. Versprochen ist versprochen!“

Der Gesamtbetriebsrat stellt sich auf den Standpunkt, daß die Forderung nach Samstagsarbeit nicht direkt aus dem Channel-Konzept resultiert und lehnt eine Festschreibung des 129,5-Stunden-Schichtmodells auf alle Channels ab. Die Geschäftsleitung argumentiert damit, daß gegenwärtig bereits sehr hohe Anlagenutzung erreicht sei und will auf dieser Basis verhandeln. Der Betriebsrat vertritt dagegen, daß derzeit mit Mehrarbeit und verstärkter Nacharbeit, also mit vorübergehenden Sondermaßnahmen, auf die Boomsituation reagiert werde. Nacht- und Samstagsarbeit abgebaut werden müßten. Die Verhandlungen sind festgefahren, am Samstag, den 2.9., verweigern Betriebsrat und Belegschaft die Überstundenarbeit. — (cls)

„85%ige Auslastung, das heißt 8670 Stunden im Jahr“

Aus „Bearing Bulletin“ Juli 1989

Rolf Jacobson über die Produktion

„Die Frage der Auslastung der Betriebskapazität wird immer wichtiger“, sagte Rolf Jacobson in seinem Beitrag auf der Wälzlagertreffen in Monte Carlo.

„Zur Zeit arbeiten wir durchschnittlich mit zwei Schichten am Tag. Aber aus bereits gewonnener Erfahrung, wie z.B. in Fontenay, Frankreich, wissen wir, daß wir praktisch rund um die Uhr arbeiten können ... Ich glaube nämlich, daß wir eine 85%ige Auslastung, d.h. 8760 Stunden im Jahr, erreichen können und zwar mit neuen rationalisierten Produktions-Channels und einer durchschnittlichen Standardauslastung von 75%“, sagte Rolf und fügte noch hinzu, daß aus diesen Überlegungen eine deutlich verbesserte Kapitalrentabilität resultieren würde.

Ebenso sollten Produktivitätsverbesserungen aus der effizienteren Maschinenauslastung erreicht werden. Die Verkürzung der Rüstzeiten und wirksame vorbeugende Instandhaltungsmaßnahmen spielen eine wichtige Rolle für die Erhöhung der Produktivität.

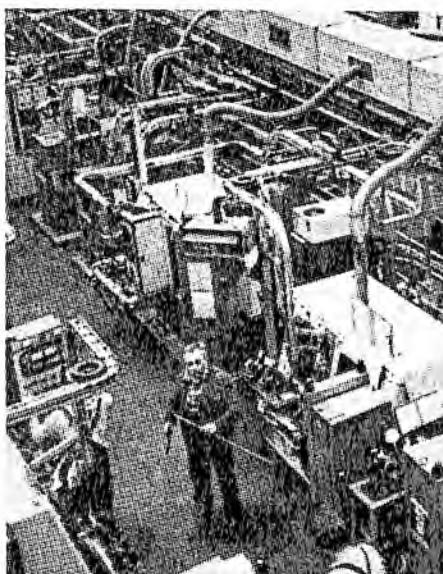
Betriebliche Ausgabenkontrollen und Überwachung der Kostenhöhe, damit ist eingeschlossen die Minimierung der Kosten für Ausschuß, Betriebsverluste und Nacharbeit, werden weiter die Leistungsfähigkeit der Produktion verbessern.

Guter Kunden-Service ist das Schlüsselkonzept für die SKF-Produktion. Guter Service hat viel damit zu tun, die richtige Haltung und Achtung für die Wünsche des Kunden zu haben. Darauf ist mit zurückzuführen, daß SKF das

Produktions-Channel-Prinzip einführt. Ein Eckstein dieses Konzeptes ist das Pull-System, das orientiert am Kundenaufruf das Produktionsvolumen und die zu produzierenden Typen bestimmt. Im Zusammenhang mit den Produktions-Channels werden sich die Ansätze zur Rationalisierung verändern. Weg von der Produktivitätserhöhung pro Maschinenstunde und hin zum gesamten Fluss der Produktivität pro Werk.

„Wir müssen flexibler in der Produktionsplanung und im Fertigungsprozeß selbst werden“, betonte Rolf und setzte seinen Bericht fort.

„Erhöhte Flexibilität wird die Liefertreue verbessern und die Kosten reduzieren. Die Durchlaufzeiten müssen verkürzt und die Material- und Teilbestände abgesenkt werden. Wir müssen uns auch der Herausforderung stellen, wie wir unsere Maschinen praktisch 24 Stunden



Produktion im neuen Werk III

täglich, das ganze Jahr durch, laufen lassen können und trotzdem die günstigen Arbeitsbedingungen unserer Beschäftigten beibehalten.

Das Arbeiten in Produkt-Zentren wird uns nicht nur eine rationellere, kostengünstigere Produktion ermöglichen, sondern auch bessere Möglichkeiten, uns auf die Produktionsqualität zu konzentrieren, bieten. Wenn wir die Qualität messen, messen wir die Leistung eines jeden Werkes. Auf diese Weise spielen die Werkleitungen eine zentrale Rolle im Erreichen und Aufrechterhaltung der Produktqualität.

Wir werden uns sehr anstrengen müssen, um diese Markterfordernisse direkt in unsere Werke zu bringen. Das bedeutet, daß wir an allem arbeiten müssen, was sich auf die Durchlaufzeiten auswirkt: Produktionsprozesse, Qualität, Lieferungen, Kosten. Kurz gesagt alle Faktoren, die die Produktion flexibler und konkurrenzfähiger gestalten.“

„Zu gleicher Zeit müssen wir den Prozeß zur Verringerung der Durchlaufzeiten begreifen — von dem Moment an, wo uns der Kunde den Auftrag gibt, bis zu dem Moment, an dem er dann die Waren erhält.“

„Bei diesem Unternehmen ist es wichtig, auf jeder Stufe des Produktionsprozesses das Bewußtsein zu erzeugen, daß die Lieferversprechen auf jeden Fall eingehalten werden müssen. Eine rationalisierte, kostensparende Produktion, verbunden mit einer zuverlässigen Kundenbelieferung, kann sicher das wertvollste Kapital auf dem Markt sein.“ Rolf Jacobsen beendete seine Darlegungen mit anregenden Möglichkeiten für die Fertigung:

„Vergessen sie nicht: Ein Versprechen ist ein Versprechen für immer.“

Daimler-Benz verlangt Lohnkürzung

Stuttgart. Die Akkordüberprüfer bei Daimler-Benz Untertürkheim haben von ihren Vorgesetzten tarifvertragswidrig die Weisung erhalten, alle Vorgabezeiten mit dem Ziel einer Kürzung um 6 % zu überprüfen. In vielen Bereichen sind aber die Akkorde schon so knüppelhart, daß keine Vorgabezeitkürzung herauszuquetschen ist. Also wird an anderen Arbeitsplätzen um 15, 20 oder mehr Prozent gekürzt. Mit weniger Arbeitern soll die gleiche Stückzahl erreicht werden, also Personalabbau. (Quelle: Zeitung „plakat“ August 1989) — (ros)

RWE setzt Lohnsenkung bei Texaco durch

Essen. Das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk (RWE) hat den Aufkauf der Texaco und ihre Umwandlung in die DEA genutzt, um eine drastische Lohnsenkung durchzusetzen. Die Texaco-Werke Moers-Meerbeck hatten bisher einen Haustarifvertrag mit der IG Bergbau, der bei der Übernahme vom RWE nicht anerkannt worden ist. Ab 30.9.1990 sollen die darin festgelegten Tarifeinkommen über die Schicht- und Erfahrungszulagen um

Köln. Betriebsräte aus 100 Kaufhof-Filialen haben auf einer Veranstaltung von DAG und HBV in Köln die Verlängerung der Ladenöffnung abgelehnt. In ihrer „Kölner Erklärung zum Ladenschluß“ stellen die Betriebsräte fest, daß es dem Geist und Wortlaut der geschlossenen Tarifverträge nicht entspreche, wenn ab 5. Oktober die Ladenöffnung auf 20.30h verlängert werde. Der Konzern reagierte darauf mit der Feststellung, er verhandle mit den Betriebsräten, im übrigen sei so eine Erklärung für ihn „nicht bindend“. — (rül)

6 % gekürzt werden, ebenso die Ausbildungsvergütungen. Gleichzeitig wird das Urlaubsgeld um 500 DM auf 2800 DM gesenkt. Um die Lohnsenkung durchzusetzen, drohte das RWE mit einem Beitritt sämtlicher Unternehmen der Mineralölbranche zum Arbeitgeberverband, mußte sich aber bereiterklären, die Differenz zwischen dem bisherigen und dem neuen Tarifeinkommen für drei Jahre als einmalige Abfindung zu zahlen. Auf einer Betriebsversammlung am 16.8. gab es heftige Kritik am RWE-Vorstand, aber auch an der Zustimmung der IG Chemie. — (wof)



Einen starken Aufschwung hat die gewerkschaftliche Organisierung der südkoreanischen Metallarbeiter genommen. In zwei Jahren ist die Mitgliedschaft um 400 Prozent auf jetzt 420000 Mitglieder gestiegen. Damit steht der Verband der südkoreanischen Metallgewerkschaften an 10. Stelle weltweit. In zahllosen Unternehmen konnten Tarifverträge erkämpft werden. Die Lohnkostensteigerungen haben zwar zu einer Drosselung des Exports geführt, aber das Realwachstum in Südkorea wird dieses Jahr um 7,5% steigen. Der Binnenmarkt gewinnt wachsende Bedeutung und damit verringert sich auch die extreme Exportabhängigkeit vom US-Markt. — (AGM/ros, mal)



Streik und Besetzung bei Telaco

Braunschweig. Mehrere Tage streikten 40 Arbeiter der Firma Telaco in Braunschweig bis Mitte August, weil die Löhne von Juni und Juli nicht ausgezahlt wurden. Sie besetzten den Betrieb und hinderten Auftraggeber der Firma daran, halbfertige Apparate abzuholen. Bei Telaco werden Tanks für den Kampfpanzer Leopard hergestellt. Nach mehreren Verhandlungen zahlte die Firma die Juni-Löhne aus. Da die Juli- und August-Löhne aber immer noch ausstehen, beantragte die IG Metall die Einleitung eines Konkursverfahrens, um die Lohnzahlungen zu beschleunigen. — (mal)

Notstandsübung im Kreiskrankenhaus

Kaltenkirchen. Eine Großübung der höchsten Geheimstufe mobilisierte am Sonntag, dem 3.9. um 8 Uhr 300 Einsatzkräfte von Feuerwehr, DRK und Technischem Hilfswerk (THW): Ein Militärflugzeug habe im Stadtgebiet einen Kerosintank verloren und eine Katastrophe ausgelöst. „Verletzte“ wurden in Schulen und ins Kreiskrankenhaus Kaltenkirchen transportiert. Dort war, außer dem Leitenden Oberpfleger, kein Mensch davon informiert worden, daß es sich um eine Übung handelte. So wurden u.a. die Fahrstühle blockiert und die beiden Intensivstationen auf Befehl sofort geräumt. Nicht einmal der zu-

ständige Oberarzt wußte Bescheid, so daß auch Patienten, die unbedingt hätten weiter intensiv behandelt werden müssen, verlegt wurden. — (tia)

Mehr SonderSchichten bei VW

Hannover. Nachdem im VW-Werk bereits zehn SonderSchichten in der Zeit von April bis Juli gefahren wurden, fordert die Konzernleitung jetzt acht weitere SonderSchichten für rund 14000 Beschäftigte. Als Grund wird der ständig steigende Absatz von Transportern angegeben. Hatte der Betriebsrat in der letzten Phase von SonderSchichten noch betont, daß mehr Leistung von den Beschäftigten nicht abgefordert werden könne und jetzt Neu-einstellungen folgen müßten, so wird in Zeitungsberichten nur noch davon berichtet, daß eine Beschäftigungsgarantie bis Ende 1990 gefordert wird. — (rog)

Vertrauensleute gegen Neo-Nazis

Stuttgart. Auf der letzten Vertrauensleuterversammlung haben die Vertrauensleute des Bosch-Werks in Leinfelden einstimmig eine Resolution gegen die Kandidatur rechtsradikaler Parteien zur Kommunalwahl in Baden-Württemberg verabschiedet. In der Resolution wird gefordert: „Keine Stimme den alten und neuen Nazis am 22. Oktober 1989 und bei allen anderen nachfolgenden Wahlen!“ — (ros)

Kommunalwahlen

ALL kandidiert zäh, aber sicher

Heilbronn. Am 5.9.1989 bestätigte die „Unterzeichnerversammlung“ der ALL die 19 Leute umfassende Liste zu den Gemeinderatswahlen. Mit einem Kraftakt wurde die Sammlung der notwendigen 150 Unterstützungsunterschriften abgeschlossen und die Kandidatur damit abgesichert. Am selben Abend begann auch die konkrete „Programmdiskussion“, zu der die Redaktion des „Kommunalen ALLtag“ seit Oktober 1988 aufruft. Das im folgenden abgedruckte Vorwort zur Wahlplattform wurde nach Debatte einstimmig verabschiedet. Bei der Erklärung zur Kandidatur der beiden ausländischen Kollegen wurde die Auswirkung der Verweigerung des Wahlrechts für 13% der Heilbronner Wohnbevölkerung auf die gesamte Arbeiterbewegung kontrovers diskutiert. Eine entsprechende Ergänzung der Erklärung wurde erst nach einer Kampfabstimmung (7 dafür, 6 dagegen, 3 Enthaltungen) und nach einer Geschäftsordnungsdebatte über einfache und absolute Mehrheiten aufgenommen.

Die Liste der ALL setzt sich wie folgt zusammen: acht Kandidaten zählen sich zur DKP, zwei zum BWK, zwei zur VSP, einer zur MLPD und sechs weitere zu anderen linken und fortschrittlichen Organisationen und Zusammenhängen. Die Kandidatur des MLPD-Mitgliedes nahm ein Kreisvorstandsmitglied der VVN bedauerlicherweise zum Anlaß seine zugesagte Kandidatur zurückzuziehen. Das Durchschnittsalter beträgt 44 Jahre, der jüngste Kandidat ist 21, die älteste Kandidatin ist 81. Die Ausgeglichenheit der Liste nach Alter ist vor allem ein Verdienst der DKP. Als Berufe werden angeführt: neunmal (überwiegend Fach-)Arbeiter, zweimal Angestellter, zweimal gewerblicher Auszubildender, dreimal Hausfrau, und dreimal Rentner. Nur vier der 19 Kandidaten sind Frauen.

Die MLPD, die als einzige revolutionäre Organisation vor und bei Audi (mit 10000 Beschäftigten größter Ausbeuter der Region) noch publizistisch tätig ist, ist damit nicht entsprechend ihren Kräften vor Ort auf der Liste vertreten. Sie schwankt noch zwischen Beobachterstatus und „kritischer Unterstützung“ gegenüber der ALL. „Die Eroberung von Sitzen im Gemeinderat ist keine Zielsetzung, die bislang die linke Szene sonderlich begeistert hätte. Zwar wurde die ALL querbeet als ganz nützliche Einrichtung betrachtet — die ständige Arbeit wurde aber nur von einer Handvoll Menschen getragen.“ (Kommunaler ALLtag 7/89) Auf der Unterzeichnerversammlung am 5.9. waren es immerhin drei bis vier „Handvoll Menschen“. — (jom/BWK, fhs/VSP)

Erklärung der ALL zur Kandidatur zweier ausländischer Kollegen zur Gemeinderatswahl

Die Alternative Linke Liste (ALL) Heilbronn hat den spanischen Kollegen Juan Ruiz-Barrero und den türkischen Kollegen Haydar Cetinkaya auf Platz eins und zwei ihrer Liste zur Kommunalwahl gewählt ... Wir halten es für einen Skandal, daß Menschen, die seit Jahren in dieser Stadt leben, das Wahlrecht verweigert wird. Ausländer zahlen wie Deutsche Steuern, gehen hier ihrer Arbeit nach, sind den Gesetzen unterworfen wie deutsche Staatsbürger. Die Beschlüsse des Heilbronner Gemeinderats betreffen auch sie.

Für uns sind Demokratie und Menschenrechte unteilbar. Wer über 13% der Heilbronner Bevölkerung die demokratische Mitwirkung verweigert, muß sich nach seinem Demokratieverständnis fragen lassen. Weil diese 13% überwiegend der Arbeiterklasse angehören, ist der Ausschluß vom Wahlrecht ein Angriff auf die gesamte Arbeiterbewegung ...

Vorwort zur Wahlplattform

Unter dem Namen „Kommunaler ALLtag“ gibt die ALL seit August 1987 eine Zeitung heraus, die bisher 19mal erschienen

ist und über den 22.10.1989 hinaus regelmäßig erscheinen soll.

Wer wir sind

Die ALL ist ein seit 1984 existierendes antifaschistisch und kommunalpolitisch ausgerichtetes Bündnis der Heilbronner Linken, die zusammenarbeiten, weil im Kampf gegen reaktionäre Politik und faschistische Formierung Fortschritte nur durch eine Bündnispolitik erzielt werden können.

Im Programm von 1984 haben wir festgehalten: „Seit dem für jeden Heilbronner sichtbar gewordenen Beginn der Kriegsvorbereitungen rings um unsere Wohnstätten, sind gegen deren vorhandene oder zu erwartende Gefahren außerparlamentarische Bewegungen verschiedenster Art entstanden. Diese fordern auch mehr demokratisches Mitspracherecht in den öffentlichen Angelegenheiten, was über die Abgabe eines Stimmzettels alle paar Jahre hinausgehen muß. Um Stimmen zu erhalten wird der Bevölkerung vor den Wahlen viel versprochen und dann aber — auch im Rathaus — jahrelang eine arbeiterfeindliche Politik im Sinne der Konzerne und Unternehmer gemacht.“ Der Zusammenhang zwischen Kriegsvorbereitung und „Aufrüstung“ im wirtschaftlichen Bereich (z.B. Daimler-Benz) für die Konkurrenzschlachten auf dem Weltmarkt einerseits und der Verschlechterung der Lebensbedingungen von breiten Bevölkerungsschichten andererseits ist heute gerade im kommunalen Bereich noch deutlicher sichtbar, als 1984 ...

Warum ALL?

Zahlreiche Entscheidungen des Heilbronner Gemeinderats (z.B. Abriß von Wohnungen für Telefunken, Festschreibung der Gewerbesteuer bis 1992) zeigen, daß im wesentlichen die Interessen von Konzernen und der Heilbronner Geschäftswelt vertreten werden. „Die Unternehmen sollten regelmäßig nach Anregungen und Wünschen befragt werden.“ (Gemeinderatsdrucksache 141) So offen kann die Heilbronner Stadtverwaltung ihre Politik der Wirtschaftsförderung im Gemeinderat vortragen, ohne dafür auch nur kritisiert zu werden. Die CDU stimmt dem natürlich bei, wenn sie in ihrem Kommunalwahlprogramm fordert: „Es muß in der Standortqualität überdurchschnittlich investiert werden.“

Die Zeche für diese Politik zahlt die arbeitende Bevölkerung, durch ständige Gebührenerhöhungen für öffentliche Dienstleistungen, sowie deren Einschränkung. Eine grundsätzliche Ablehnung dieser Politik, wie sie von der ALL vertreten wird, sehen wir bisher im Heilbronner Gemeinderat nicht.

Auch die reale Gefahr, daß ab 22.10.1989 neofaschistische Stadträte eventuell ihre menschenverachtende Politik auch im Heilbronner Rathaus propagieren können, hat uns darin bestärkt, zu diesen Wahlen mit einem antifaschistischen Programm anzutreten. Kommunale Möglichkeiten, den Vormarsch und die Propagandatätigkeit der Nazis zu erschweren, wurden in Heilbronn auch von der SPD-Fraktion und den Grünen bisher nicht einmal erörtert, geschweige denn umgesetzt oder wenigstens gefordert ...



ALL-Mitglieder beteiligen sich am „Schweigemarsch zum Synagogenstein“ am 10.11.1988 (aus „Kommunaler ALLtag“ 9/88).

Kommunalwahlen NRW

Widerstand gegen Faschisten-Kandidaturen

Am 28.8. mußten die Unterlagen für eine Kandidatur zu den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen abgegeben werden. Inzwischen haben die Wahlausschüsse entschieden. Auch wenn wir keinen vollständigen Überblick haben, steht doch fest: Zwar ist Organisationen wie den REP oder der NPD keine flächendeckende Kandidatur gelungen, sie kandidieren jedoch in erheblich mehr Orten, als bei den vergangenen Kommunalwahlen. Dabei haben anscheinend die örtlichen Kräfteverhältnisse die entscheidende Rolle gespielt.

Bekannt sind Kandidaturen der REP vor allem im Rheinland und im Sauerland, u.a. in den Großstädten Köln, Bonn, Aachen und Hagen, desweiteren in Recklinghausen, Gelsenkirchen, Dortmund, Gütersloh und Minden. Die NPD kandidiert in Wuppertal und in Bochum zu mehreren Bezirksvertretungen, die DVU in einer niederrheinischen Stadt. In Essen kandidiert zu vier Bezirksvertretungen die Nationale Wähler-

Unterschriftenfälschungen der REP bekannt, die in einzelnen Wahlbezirken zu Streichungen wegen zu geringer Unterschriftenzahl führten. In einigen Städten enthielten sich die Vertreter der SPD jedoch wenigstens der Stimme, Vertreter der Grünen stimmten oft gegen die Wahlzulassung faschistischer Organisationen. In Essen beschwerten sie sich unter Verweis auf Art. 139 Grundgesetz beim Landeswahlausschuß über die Zulassung der NL.

Bereits vor den Sitzungen der Wahlausschüsse hatte der Landeswahlleiter auf Nachfrage mitgeteilt, daß er keine Bedenken gegen eine Kandidatur von REP, NPD, DVU oder NL hat. Diese rechtswidrige Auffassung, die auf die Förderung faschistischer Politik hinausläuft, hat erheblichen Druck auf die örtlichen Wahlausschüsse ausgeübt. Noch nicht einmal in den zahlreichen Unregelmäßigkeiten bei den REP, die auch strafrechtlich verfolgt werden, sieht der Landeswahlleiter einen Grund zu weiteren Überprüfungen. In Minden dürfen die REP jetzt kandidieren, obwohl ein Großteil der Unterschriften von einem Polizeibeamten in Uniform und mit Dienstfahrzeug gesammelt wurden. In Herten gaben sich Unterschriftensammler der REP als Mitarbeiter der Stadtverwaltung aus.

Es kommt jetzt darauf an, die Front gegen die faschistische Hetze, die im Wahlkampf zu erwarten ist, zu stärken. Wo es möglich ist, muß der Einzug von Faschisten in die Rathäuser und Kreistage verhindert werden. Dabei können sich die antifaschistischen Kräfte auf die Positionen stützen, die in der Auseinandersetzung um die Wahlzulassung entwickelt wurden.

Wichtig ist, weiterhin zu versuchen, die kommunalen Körperschaften in die Pflicht zu nehmen. Daß dies möglich ist, zeigt ein Beschuß des Beschwerdeausschusses des Rates der Stadt Köln vom 31.8., der auf der Grundlage von Bürgeranträgen des Antifaschistischen Forums und des AStA zustande kam und ebenfalls unten dokumentiert ist.

Quellenhinweis: „Nachrichten — Analysen — Mitteilungen“ der AG für Kommunalpolitik, 19/89; „Antifaschistische Nachrichten“ 19/89; „UZ“, versch. Ausgaben — (wof)



Juni 1989: Protestaktion des Antifaschistischen Forums Köln gegen eine DVU-Kundgebung

liste (NL), ein örtliches Bündnis, in dem laut Statut Mitglieder der NPD, DVU und REP zusammenwirken und das zumindest rege Verbindungen auch zur FAP hat. Hinzu kommen in einigen Orten Kandidaturen der ÖDP.

Gegen diese Kandidaturen hat es breiten Widerstand gegeben. Am 12.8. hatte ein Koordinationstreffen der Konferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen NRW, an dem 30 Vertreter antifaschistischer Bündnisse und Organisationen teilnahmen, den unten abgedruckten Brief an die kommunalen Spitzenverbände in NRW geschickt. In zahlreichen Orten wendeten sich örtliche Bündnisse oder Organisationen wie VVN/BdA und DKP mit Schreiben in derselben Richtung an die Wahlausschüsse, in einigen Orten gab es Unterschriftensammlungen. In Dortmund und Wuppertal fanden Demonstrationen statt.

Diese Aktionen zeigten durchaus Wirkung. Zwar haben die Wahlausschüsse Kandidaturen nirgends aus inhaltlichen Gründen abgelehnt. Ablehnungen gab es nur wegen Nichteinhaltung von Formalitäten, die die faschistischen Saubermänner offensichtlich wenig kümmerten: Aus mehr als zehn Orten sind

Brief der Konferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen NRW

An den
Stadttag Nordrhein-Westfalen,
den Nordrhein-westfälischen Städte- und Gemeindebund
und den Landkreistag Nordrhein-Westfalen

Betr.: Antifaschistische Aufgaben bei den Kommunalwahlen 1989

Sehr geehrte Damen und Herren!

An den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen wollen sich in erheblichem Umfang faschistische Organisationen wie die NPD, die DVU-Liste D und die Republikaner beteiligen. In einigen Städten wie in Essen und Gelsenkirchen haben diese Organisationen Listenverbindungen angekündigt, in anderen unterstützen sie ihre Kandidatur gegenseitig.

Die genannten Organisationen erhoffen sich einen Durchbruch, der sich in zahlreichen kommunalen Mandaten ausdrücken soll. Sie wollen erreichen, daß ihre alten und neuen Nazi-Ziele endgültig wieder als „normaler“ Bestandteil der öffentlichen Diskussion anerkannt werden. Sie wollen ihre Hetze gegen alles „Undeutsche“ in die tagtägliche kommunale Praxis umsetzen und setzen darauf, so das gesamte politische Klima weiter nach rechts zu verschieben.

Faschisten behaupten die Ungleichheit der Menschen, unterteilen sie nach höher- und minderwertigen „Rassen“ und „nationalen Eigenschaften“ und wollen Menschen ohne bundesdeutschen Paß als Sachen behandeln. Faschisten treten für militaristische und großdeutsche Ziele ein und wenden sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung. Ziel faschistischer Politik ist die gewaltsame Unterdrückung aller, die sich der

angestrebten Volksgemeinschaft widersetzen. Mit ihrer Hetze gegen Ausländer, die Arbeitsplätze und Wohnungen klauen, und gegen „Sozialschmarotzer“ wollen Faschisten Lohnabhängige gegeneinander treiben und so die bedingungslose Unterordnung unter die expansionistischen Ziele der „nationalen Wirtschaft“ durchsetzen.

Faschistische Kommunalpolitik zielt — wie die Geschichte zeigt — auf die Beseitigung der Rechte der Kommunen gegenüber dem Zentralstaat und die Beschniedung der demokratischen Einfluß- und Kontrollrechte innerhalb der Kommunen. Bereits 1933 haben die Nazis in den Gemeinden und im Staatsaufbau das „Führerprinzip“ eingeführt. Sie beseitigten die finanziellen und wirtschaftlichen Möglichkeiten der kommunalen Körperschaften weitgehend, um alle Mittel und Kräfte der Gesellschaft in die Kriegsvorbereitung einzuspannen.

Aus diesen Gründen ist es erforderlich, gerade auch in der kommunalen Politik eine breite gesellschaftliche Front zur Achtung faschistischer Ziele zu errichten. Faschistische Ziele sind nach 1945 bewußt vom öffentlichen Leben ausgeschlossen worden. Die antifaschistischen Ausschüsse auf der kommunalen Ebene haben dazu erheblich beigetragen. Um zu verhindern, daß dies gekippt wird, haben Mitglieder antifaschistischer Initiativen und Organisationen bei den letzten landesweiten antifaschistischen Konferenzen in Essen und Wuppertal damit begonnen, sich mit den Aufgaben einer antifaschistischen Kommunalpolitik auseinanderzusetzen.

Wir sind der Meinung, daß sich die Gemeinden, Städte und Landkreise für eine Politik einsetzen müssen, die folgende Punkte, die für uns gewissermaßen „Wahlprüfsteine“ sind, beachtet:

— Faschisten muß die Beteiligung am politischen Leben verwehrt werden, wie es die nach wie vor gültigen Bestimmungen des Alliierten Kontrollrats, Art. 139 Grundgesetz und zahlreiche Beschlüsse der UNO verlangen. Veranstaltungen, Stände, Kundgebungen faschistischer Organisationen dürfen nicht genehmigt werden. Eine breite Auseinandersetzung in dieser Richtung kann dazu beitragen, daß die bestehenden, einseitig gegen Faschisten gerichteten gesetzlichen Bestimmungen auch von den Gerichten wieder beachtet werden, was heute zumeist nicht der Fall ist.

— Antifaschistische Arbeit darf nicht behindert, sondern muß gefördert werden. Die Kommunen sollten sich an Maßnahmen zur antifaschistischen Aufklärung beteiligen, gerade auch in den Schulen, und die Arbeit von Initiativen und Bündnissen auch finanziell unterstützen.

— Ausländer und Flüchtlinge dürfen nicht diskriminiert werden, sie müssen politische Rechte erhalten. Ein wichtiger Schritt dazu ist das kommunale Wahlrecht, es müssen aber auch die Kompetenzen der Ausländerbeiräte ausgeweitet werden.

— Die Leistungen der Kommunen für die lohnabhängige Bevölkerung dürfen nicht zugunsten einer „Standortpolitik“ für Konzerne immer mehr abgebaut werden, sie müssen vielmehr ausgeweitet werden. Dazu muß die fast überall betriebene Politik der Stellenstreichungen bei den städtischen Einrichtungen gestoppt werden. Sozialhilfeleistungen dürfen nicht gekürzt werden, Kindergärten, Krankenhäuser und Alteneinrichtungen müssen gefördert werden. Erforderlich ist die Wiederaufnahme kommunaler Wohnungsbau- und Wohnungsverbesserungsprogramme ebenso wie kommunale Beschäftigungsprogramme. Die Ausweitung kommunaler Rechte ist für eine solche Politik unumgänglich.

— Die vielfach bestehenden Patenschaften mit Untergliederungen von Landsmannschaften oder dem Bund der Vertriebenen müssen aufgekündigt werden, denn eine revanchistische Politik fördert die Ausbreitung faschistischen Gedankenguts.

Ein wichtiger Prüfstein für antifaschistische Politik ist die Frage, wie die Kreiswahlausschüsse sich zur Kandidatur faschistischer Organisationen verhalten. Wir fordern die Mitglieder der



Aktion vor der Wahlausschusssitzung in Essen

Kreiswahlausschüsse deswegen nachdrücklich dazu auf, Kandidaturen faschistischer Organisationen nicht zuzulassen.

Dies ist nicht nur möglich, die Wahlausschüsse sind dazu vielmehr verpflichtet, weil die Ziele von NPD, DVU-Liste D und Republikanern denen der NSDAP weitgehend entsprechen. Die NSDAP und jegliche Nachfolgeorganisation wurde aber durch das von der Militärrégierung erlassene Gesetz Nr. 5 und die vom Alliierten Kontrollrat erlassenen Gesetze Nr. 2 und 8 verboten. Art. 139 Grundgesetz bekräftigt ausdrücklich, daß sie weiterhin gültig sind. Ausnahmslos jeder Akt faschistischer Betätigung ist damit rechtswidrig.

Dabei spielt es keine Rolle, ob in Einzelgesetzen wie dem Wahlgesetz ausdrücklich darauf Bezug genommen wird. Art. 139 Grundgesetz in Verbindung mit den Kontrollratgesetzen ist Ausfluß einer vorgelagerten, von den Völkern und Staaten der Anti-Hitler-Koalition gesetzten Verfassungsordnung gegen Faschismus und Militarismus. Entsprechend können sich faschistische Organisationen nicht auf das in Art. 21 Grundgesetz garantierte Parteienprivileg berufen.

Unerheblich ist auch, ob die entsprechende Organisation bereits verboten ist oder nicht. Die Kreiswahlausschüsse müßten die Einreichung von Wahlvorschlägen faschistischer Organisationen vielmehr zum Anlaß nehmen, beim Bundesinnenminister auf eine Auflösungsverfügung hinzuwirken. Tun sie das nicht und stimmen der Kandidatur faschistischer Organisationen zu, so ist das ein Akt der Duldung, ja Unterstützung der verbotenen Wiederbetätigung.

Wir möchten Sie auffordern, diese Standpunkte den Mitgliedern Ihres Verbandes zu übermitteln und in dieser Richtung zu wirken. Am 1. September 1939 hat das Deutsche Reich den Zweiten Weltkrieg angezettelt. Dieser Krieg forderte 60 Millionen Tote, ein großer Teil der europäischen Staaten lag am Ende in Schutt und Asche. Es muß verhindert werden, daß 50 Jahre später Faschisten erneut in kommunale und staatliche Körperschaften einziehen.

Mit freundlichen Grüßen

Beschluß des Beschwerdeausschusses des Rates der Stadt Köln vom 31.8.1989

„Der Oberstadtdirektor wird aufgefordert, demokratische Wahlen dadurch zu gewährleisten, daß die Inhalte der Plakate der politischen Parteien auf ihre Vereinbarkeit mit geltendem Recht (insbesondere im Hinblick auf: ausländerfeindliche, rassistische, sexistische und faschistische Aussagen) überprüft werden. Bei einem Verstoß hiergegen sind die Kölner Außenwerbung und andere Werbeträger ordnungsbehördlich zur Entfernung der Plakate zu veranlassen!“

Taschenbücher

Französische Revolution in der Literatur

Frauen und klerikale Reaktion

Der Historiker Jules Michelet veröffentlichte ab 1833 eine zehnbändige Geschichte der französischen Revolution, in der er den fortschrittlichen, antiklerikalen und demokratischen Charakter der Revolution hervorhebt. In einer zwischen 1844 und 1854 geschriebenen Untersuchung befaßt er sich mit dem Wirken von Frauen in der französischen Revolution. Er beschreibt das Wirken fortschrittlicher und reaktionärer, royalistischer und demokratischer Frauen, die Entstehung der Frauenvereine und kommt zu dem Schluß: „Es ist nicht unsere Schuld, daß die Natur sie (die Frauen, d. Red.) zwar nicht, wie man behauptet, schwach, aber anfällig macht und zeitweise krank; daß sie ebensosehr der Natur unterworfen wie selbständige Menschen sind, daß

der Hauptsache vertritt Michelet die These, daß das Bündnis zwischen Kirche und Frauen, die religiöse Rückständigkeit, die die Frauen in die Arme der Kirche trieb, für das Scheitern der Revolution verantwortlich war. Dies schildert er ausführlich am Schicksal einzelner Frauen.

Jules Michelet, *Die Frauen der Revolution*, Insel-TB Nr. 726, 14,— DM — (uld)

Georg Büchner: Dantons Tod

„Der dramatische Dichter ist in meinen Augen nichts als ein Geschichtsschreiber, steht aber über letzterem dadurch, daß er uns die Geschichte zum zweiten Mal erschafft.“ Getreu dieser 1835 geäußerten ästhetischen Auffassung gestaltet Büchner mit dem Drama „Dantons Tod“ den Konflikt zwischen den sozialen Interessen der plebeijischen Massen und denen des



sie abhängig sind vom Lauf der Gestirne und also durch ihre Ungleichmäßigkeit von manchen bedeutsamen Funktionen des politischen Lebens ausgeschlossen. Gleichwohl haben sie hier oft einen ungeheuern und bis heute meist verhängnisvollen Einfluß. Es ist in unseren Revolutionen zutage getreten. In der Hauptsache sind die Frauen an ihrem Mißlingen schuld.“ In

Bürgertums in der Phase der Französischen Revolution nach dem Sturz der Girondisten im Mai 1793. Im Mittelpunkt steht — als Angeklagter — Danton, dem Büchner die typischen Züge der neuen Aristokratie verleiht: Genußsucht, Lebensmüdigkeit, Verachtung des Volkes. Forder Danton und seine Freunde Liebe, bedeutet dies für das Volk Prostituion: „Weh über

die, so mit den Töchtern des Volkes huren! Ihr habt Kollern im Leib, und sie haben Magendrücke; ihr habt Löcher in den Jacken, und sie haben warme Röcke; ihr habt Schwulen an den Fäusten, und sie haben Samthände. Ergo: ihr arbeitet, und sie tun nichts; ergo: ihr habt's erworben, und sie haben's gestohlen; ergo: wenn ihr von eurem gestohlenen Eigentum ein paar Heller haben wollt, müßt ihr huren und betteln; ergo: sie sind Spitzbuben, und man muß sie totschlagen!“

Georg Büchner, *Werke und Briefe*, dtv 1980, 534 S. — (zem)

Peter Weiss: Marat/Sade

In diesem Theaterstück, das bei Erscheinen 1964 ein großes Ereignis war und binnen kurzen von 50 Bühnen in 30 Ländern aufgeführt wurde, stellt Weiss zwei Tabufiguren in den Mittelpunkt: den Ideologen des vierten Standes Marat und den vor und nach der Revolution verfolgten individualistischen Aristokraten de Sade. Ihre Diskussionen bilden das intellektuelle Gerüst des Dramas; sie finden statt im Rahmen einer Theateraufführung im Hospiz von Charenton, wo Geisteskranke und politische Gegner untergebracht sind. Der Zeitpunkt der Aufführung ist 1808, also unter Napoleon — tatsächlich war de Sade bis zu seinem Tod in Charenton interniert und veranstaltete Aufführungen, freilich nicht über Marat. So ergeben sich drei politische Positionen: die von Marat, die von de Sade und die der napoleonischen Zensur. Peter Weiss schreibt: „Was uns in der Konfrontation von Sade und Marat interessiert, ist der Konflikt zwischen dem bis zum Äußersten geführten Individualismus und dem Gedanken an eine politische und soziale Umwälzung.“ Daß also die Gegenwart spießig undzensurbestimmt ist, ist unstrittig; strittig ist die Perspektive, die in der Rückschau auf die Revolution erörtert wird: soziale Umwälzung ist gerechtfertigt, aber kann Gewalt zum Erfolg führen? Marat, der die Hinrichtungen rechtfertigt, wird ermordet. Aber de Sades Position ist kein Erfolgs-

rezept. Das Stück bezieht auf Seiten der Unterdrückten Position und wirft die Frage nach dem Weg auf. — (ael)

Stefan Zweig über Joseph Fouché

Stefan Zweig schrieb 1929 nach gründlichem Quellenstudium dieses „Bildnis eines politischen Menschen“, des französischen Politikers und Diplomaten Fouché (1759–1820). Er zeichnet ihn als einen der wichtigsten Drahtzieher während und nach der Revolution, der aus Mächtiger jede politische Wende in führender Position mitmacht und überdauert. Er stellt sich niemals in den Vordergrund, wirkt still, aber gerissen und die politischen Ereignisse immer richtig einschätzend hinter den Kulissen. Der ehemalige Priesterlehrer Fouché gehört seit 1792 dem Nationalkonvent an, stimmt mit der linksradikalen Bergpartei für die Hinrichtung Ludwigs XVI., ist 1793 als Jakobinerauführer für 1600 Todesurteile in Lyon verantwortlich, bekämpft Kirche und Christentum, beteiligt sich 1794 am Sturz Robespierres, wird 1799 Polizeiminister und später millionenschwerer Herzog. Er verhilft Napoleon zur Macht, 1815 wiederum zum Sturz und dafür Ludwig XVIII. zur Krone. Die letzten Jahre verbringt er reich, aber politisch verachtet in der Verbannung.

Die psychologische Einschätzung einer solchen Hintergrundgestalt, die nach Zweig die Geschichte entscheidender bestimmt als die vielbeachteten führenden Köpfe, ist das Hauptanliegen dieses Buches.

Stefan Zweig, *Joseph Fouché*, Fischer TB — (ibm)

Dickens: Geschichte aus zwei Städten

Hauptfiguren des historischen Romans, der kurz vor der französischen Revolution beginnt und 1792 endet, sind ein ehemaliger Bastille-Häftling, der nach England entflohen kann und am Ende gegen seinen Willen zum Kronzeugen gegen den eigenen Schwiegersohn wird, und eben dieser Schwiegersohn, der, obwohl er sich schon Jahre vor Beginn der Revolution von seiner adligen Familie, deren

Vermögen und Einkünften trennte und als Privatlehrer nach England übersiedelte, am Ende für die Verbrechen seiner Familie zum Tode verurteilt und beinahe hingerichtet wird. Das Buch enthält lebenswerte Schilderungen über das Leben der arbeitenden Klassen im Frankreich der Revolutionszeit. Am Ende steht dann freilich die Flucht ins „rettende England“, das als Hort des bürgerlichen Friedens geschildert wird. So endet eine etwas zwanghafte Parabel vom angeblich gemeinsamen Schicksal von Adel und Bürgertum gegen-

Girardin nieder. Er hat ein schäbiges Privatleben zu ertragen, die Lebensgemeinschaft mit dem ehemaligen Hotelmädchen Thérèse Levasseur und ihrer habensüchtigen Alten. Thérèse, die ein Verhältnis mit dem skrupellosen Pferdeknecht Girardins hat, wird schließlich mit schuldig an der Ermordung Rousseaus. Doch das persönliche Scheitern des Philosophen hemmt nicht die Wirkung seiner Ideen: Es gibt bereits welche, die in ihrem Sinne handeln wollen, wie den jungen Studenten Robespierre.



über einem terroristischen plebejischen „Mob“ (der in Wirklichkeit der bürgerlichen Klasse erst zum Erfolg über die feudale Reaktion verhalf), mit der Beschönigung des englischen Frühkapitalismus — eines Frühkapitalismus, der in dem Jahr, in dem der Roman endet, zur Ausdehnung seines Kolonialbesitzes mit den reaktionärsten Feudalmächten Europas gegen die französische Revolution in den Krieg zog.

Dickens, Geschichte aus zwei Städten, Insel tb 1033, 18 DM — (rül)

Revolution ist gerechtfertigt

Lion Feuchtwanger konstruiert in seinem Roman „Narrenweisheit oder Tod und Verklärung des Jean-Jacques Rousseau“ in fünf Teilen einen Bogen von den letzten Monaten des Philosophen im Jahr 1778 bis zur „Wirklichkeit“ seiner Ideen auf dem Höhepunkt der Französischen Revolution 1793. Den Auf- takt bildet ein Blick auf das private Schicksal Rousseaus: Der 66jährige wendet sich verbittert und enttäuscht von Paris ab und lässt sich auf dem Gut seines adeligen Gönners

Der eigentliche Held des Romans ist der junge Fernand, Sohn des Marquis Girardin, der nach Rousseaus Tod das tut, was dieser nicht vermochte: den Schritt in die Praxis. Sein Weg führt von der Betrachtung zum Handeln, von der Erkenntnis der Gesellschaft zu ihrer Veränderung. Er beteiligt sich am Unabhängigkeitskrieg der Amerikaner gegen England, riskiert den Bruch mit seinem Vater und seiner Geliebten und kehrt schließlich nach sieben Jahren in das revolutionäre Frankreich zurück, wo er sich an den Kämpfen beteiligt und Deputierter der gesetzgebenden Versammlung wird.

Dieser 1952 abgeschlossene grandios geschriebene und fesselnde Roman — es ist der letzte, den Feuchtwanger zur Revolutionsthematik schreibt — stellt gewissermaßen ein Resümee der Lebenserfahrungen dieses Antifaschisten und Sympathisanten der sozialistischen Sowjetunion dar: es gilt zu handeln, „trotz allem“.

Lion Feuchtwanger, Narrenweisheit oder Tod und Verklärung des Jean-Jacques Rousseau, Fischer-TB 5361, 1984, DM 14.80 — (ols)

Leseheft II zu „Mann — Frau . . .“

„Sie ist schön, nimmt ein, und das ist genug . . .“

Im GNN-Verlag erscheint demnächst das zweite Leseheft unter dem Titel „Frau — Mann — Jungfräulichkeit — Ehe — Gesetz und Moral“. Es dokumentiert Schriften von „Autoritäten des Abendlandes“ und belegt so den Wandel der Anschauungen von dem was „Wesen“ oder „Natur“ des Menschen angeblich ist. Das Heft umfaßt Texte vom Ende des Mittelalters an bis ins 19. Jahrhundert (Preis DM 18.—). Wir zitieren aus der Einleitung. — (hel)

Im Vorfeld der Französischen Revolution tauchen vehement Ideen auf, die das Denken von feudalen Strukturen und religiösen Begründungszusammenhängen endlich auch politisch befreien wollen. Rousseau, Kant, Schiller und auch Goethe stehen für diesen mühevollen Weg der ideologischen Selbstbefreiung des Bürgertums.

In Frankreich klärt die bürgerliche Revolution die Machtfrage „klassisch“ gewaltsam und vollzieht dies eindrucksvoll in dem Beschuß des Konventes von Paris, dem als König Louis XVI. amtierenden Louis Capet den Kopf abzuschlagen.

In Deutschland dagegen behält die Reaktion die Oberhand. Revolution findet im „Inneren“, in den gefühlvollen Herzen der Romantiker und in den Hörsälen der Philosophen statt: „Über allen Gipfeln ist Ruh . . .“ Im politischen Alltag ist Rückzug angesagt. Doch in beiden Ländern ist das Streben der bürgerlichen Teile der Gesellschaft gleich: „Vernunft soll herrschen!“ Vernünftig und natürlich soll die Welt künftig erklärt und geordnet sein. Vernunft soll die in der Natur des Menschen schlummernden guten Eigenschaften durch Erziehung und Bildung erwecken und entfalten. Alles dogmatische, alles autoritativ den Menschen biegende und unter das Joch der Unfreiheit beugende soll zerbrochen werden: Dann ist das Reich der Freiheit da!“ . . .

Was aber ist denn die Natur des Menschen, was Natur und Bestimmung von Frau und Mann? . . . Kant z.B. und Rousseau: Jeder untersucht und beantwortet die Frage. Bei beiden aber kommt die Gleichheit für die Frau nicht vor. Jean-Jacques Rousseau war der geistige Vater der Französischen Revolution. Auf ihn, auf seine Idee des Contract sozial, den Gesellschaftsvertrag auf der Grundlage von Freiheit und Gleichheit aller Menschen, berief sich das Volk, um sich von Adel und Kirche zu befreien. Aber über die Frau heißt es bei ihm: Die Frau ist „. . . dazu geschaffen . . . (dem Mann) zu gefallen und sich zu unterwerfen . . .“ Und Immanuel Kant schreibt: „Daraus muß folgen, daß die Zwecke der Natur darauf gehen, den Mann durch die Geschlechterneigung noch mehr zu veredeln und das Frauenzimmer durch eben dieselbe noch mehr zu verschönern. Ein Frauenzimmer ist darüber wenig verlegen, daß sie gewisse hohe Einsichten nicht besitzt, daß sie furchtsam und zu gewichtigen Geschäften nicht auferlegt ist etc. etc., sie ist schön und nimmt ein, und das ist genug.“

Wir erkennen in all solchen Aussagen bereits die Ideologen der neuen herrschenden Klasse. Was Jean-Jacques Rousseau in seinem Erziehungsroman „Emile“ 1759 als pädagogisches Programm für das siegreiche Bürgertum entwirft oder Immanuel Kant in seinen anthropologischen „Beobachtungen über das Gefühl des Schönen und Erhabenen“ 1764 in dessen Gefolge beschreibt, kritisiert aus proletarischer Perspektive das Kommunistische Manifest keine hundert Jahre später im Jahre 1848 mit dem Satz: „Der Bourgeois sieht in seiner Frau ein bloßes Produktionsinstrument.“

Die Philosophen von Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, kaum zu Ideologen des nun stürmisch Kapital akkumulierenden Bürgertums geworden, sind nicht in der Lage, Gleichheit

zu Ende zu denken ... Dies gilt aber mindestens ebenso für die Frauen: ... Klassengesellschaft braucht Unterdrückte. Dies zu interpretieren reimen die Dichter und denken die Philosophen ...

Wie hoch ist da die politische und intellektuelle Leistung der Mary Wollstonecraft zu würdigen, die im Jahre 1792 gegen den Vater der Revolution Jean-Jacques Rousseau inmitten von Paris polemisiert und in ihrer Kritik bereits über die Interessenlage der bürgerlichen Klasse erheblich hinausgeht: „Moral und Erkenntnis müssen für beide Geschlechter dieselben sein ... Die Frau soll nicht, nach einem von Rousseaus wilden Hirngespinnsten, als eine Art fantastischen Halbwesens erzogen werden.“ Und an anderer Stelle: „Wie viel achtbarer ist eine Frau, die selbst ihr Brot verdient, als eine vollendete Schönheit!“

CDU-Asyldiskussion

Abschreckung mit oder ohne Arbeit?

Es ist schon erstaunlich: Die Kirchen, alle Wohlfahrtsverbände, Flüchtlingsinitiativen, sogar Leute in der CDU bekämpfen das Arbeitsverbot für Asylbewerber als persönlichkeits- oder menschenzerstörend. Die Regierung präsentiert Pläne für einen Arbeitseinsatz von Flüchtlingen zu Sklavenarbeitsbedingungen mit der ausdrücklichen Erklärung, es gehe keineswegs um eine Verbesserung der Lebensbedingungen von Flüchtlingen, sondern nur um die Bedürfnisse der Wirtschaft. Und trotzdem erlebt die Regierung keinen Sturm der Entrüstung: „Pro Asyl“, ein Zusammenschluß vieler der oben genannten Organisationen erklärt vielmehr, „daß angesichts der ‚trostlosen Lage der Flüchtlinge‘ jede Arbeitsmöglichkeit ‚zu begrüßen‘ sei“, wenn auch „Spargelstechen und Erdbeerplücken ... nicht die seelischen Schäden heilen (können), die das fünfjährige Arbeitsverbot für Asylbewerber anrichtet“ („Frankfurter Rundschau“ (FR), 26.6.1989). Die Grünen im Stuttgarter Landtag verlangen wie auch SPD und FDP ein Einlenken der baden-württembergischen Landesregierung auf die Schäuble-Linie („Badische Neueste Nachrichten“ (BNN), 13.7.1989). Schäubles Pläne werden ungeachtet ihres Charakters und ihrer Begründung als Schritt in die richtige Richtung gesehen.

Nicht weniger merkwürdig erscheint die Diskussion in der CDU: Obwohl CSU-Minister Kiechle, das Arbeitsministerium wie auch der Landesvorsitzende des Bundes der Selbständigen in Baden-Württemberg einen Einsatz von Flüchtlingen in der Landwirtschaft, der Gastronomie und Bauwirtschaft befürworten, lehnt die Späth-Regierung, die in den letzten Jahren die Abschreckungspolitik wesentlich konzipiert hat, die Schäuble-Pläne ab (FR, 27.6.1989; BNN, 12.7.1989).

Eine Erklärung der Schäuble-Pläne, die einfach auf *das Interesse der Kapitalisten* an der Vernutzung der billigen Arbeitskraft der Flüchtlinge verweist, erklärt nicht, warum Zimmermann den Kapitalisten diese Vernutzung verweigert hat und warum gerade Verfechter einer harten Abschreckungspolitik wie Späth und Mayer-Vorfelder an dieser Verweigerung festhalten wollen, sie übersieht, daß Schäubles Pläne sehr gezielt die Beschränktheit der christlichen Kritik des Arbeitsverbots aufgreifen und dieser Kritik den Boden entziehen wollen. — Im folgenden kann nur auf die CDU-Diskussion eingegangen werden.

Arbeitsverbot gegen Integration

Im Februar 1989 greifen mehrere baden-württembergische CDU-Politiker die christliche Kritik an der Asylpolitik auf.

Fraktionschef Teufel spricht sich für eine Lockerung des Arbeitsverbots aus: „Wer das C im Namen führt, der kann sich nur zur Gleichheit und Brüderlichkeit aller Menschen bekennen.“ Der Bundestagsabgeordnete Graf von Waldburg-Zeil wendet sich gegen Späths „Scheinasyanten“-Hete: Jeder zweite in der BRD abgelehnte Asylbewerber sei im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention ein Flüchtling (FR, 23.2.1989).

Auf dem CDU-Landesparteitag am 28.4.1989 in Karlsruhe kommt es in der Frage der Asylpolitik zu einer heftigen Kontroverse. Da kein Wortprotokoll vorliegt, kann die Diskussion nur aufgrund des Antragsmaterials, der Späth- und Rommel-Rede sowie Presseberichten nachvollzogen werden. Hauptgegenstand der Auseinandersetzung sind das Arbeitsverbot und die geplante Sozialhilfekürzung um 20 %.

Der Entschließungsantrag des Landesvorstands „Deutsche Aussiedler — Ausländer — Asylbewerber“ vom 2.3.89 erklärt zum Arbeitsverbot: „Am geltenden Arbeitsverbot für Asylbewerber muß festgehalten werden. Es darf keine Anreize für Flüchtlinge geben, aus wirtschaftlichen Gründen in die Bundesrepublik Deutschland zu kommen. Die Möglichkeiten für Asylbewerber zu gemeinnütziger Arbeit im Rahmen der Sozialhilfe sollten verstärkt ausgeschöpft werden.“

Die meisten Änderungsanträge wollen eine noch schärfere Fassung des Antrags: Am Arbeitsverbot dürfe nicht „gerüttelt“ werden, es dürfe keine „Lockung“ geben. Es fällt auf, daß kein einziger dieser Anträge den Arbeitskräftemangel bestimmter Branchen thematisiert oder einen Bedarf billiger Arbeitskräfte in die Diskussion bringt.

Der Entschließungsantrag beinhaltet nicht das Verbot zu arbeiten: die Zwangsarbeit im Rahmen der Sozialhilfe soll ausgeweitet werden. Die Arbeit auf dem ‚freien‘ Arbeitsmarkt wird verboten. Nun ist aber auch der Vorschlag Schäubles kaum von der Zwangsarbeit im Rahmen der Sozialhilfe zu unterscheiden: Eine freie Wahl des Arbeitsplatzes soll es nicht geben, die Residenzpflicht bleibt erhalten, die Entlohnung soll auf Sozialhilfenebene sein. Der Unterschied ist nur, daß Private in den Genuss dieser lukrativen Arbeitskräfte kommen. Trotzdem hat der baden-württembergische Innenminister Schlee „grundätzliche Bedenken“ gegen eine solche „Lockung“ des Arbeitsverbots angemeldet. Über eine derartige Regelung könnten sich nur illegale Schlepperorganisationen freuen. „Sie könnten unter Hinweis auf solche Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten noch bessere Geschäfte machen.“ Besser wäre es, wenn die Kommunen die Flüchtlinge zu gemeinnützigen Arbeiten heranzögen (FR, 27.6.1989; BNN, 28.6.1989).

Im Antrag des Landesvorstands wird bezüglich der Aussiedler gefordert: „Arbeit und Wohnung sind die Grundlagen für eine rasche Integration. Bei allen Eingliederungsmaßnahmen haben Arbeit und Wohnung im Vordergrund zu stehen.“ Es scheint, daß die CDU Arbeit als wesentliches Element der Integration sieht, daß sie fürchtet, der Ausschluß aus der Gesellschaft, die Abschreckung würde bei Arbeitsaufnahme abgeschwächt (Schlee: „Eine Arbeitsaufnahme habe zwangsläufig integrationsfördernden Charakter und sei deshalb mit einem beschleunigten Verfahren mit baldiger Aufenthaltsbeendigung nicht vereinbar.“ Presseerklärung, August 1989, Wochendienst 31/32/1989) Daß die CDU diese Gefahr einer Verminderung der Abschreckung bei den Schäubleplänen eher sieht als bei der „gemeinnützigen Arbeit“, hängt mit dem Charakter dieser beiden Sorten Arbeit zusammen.

„Gemeinnützige“ und Schäubles Sorte Zwangsarbeit

Die gemeinnützige Arbeit entsprechend dem Bundessozialhilfegesetz ist keine Lohnarbeit, es wird damit kein Arbeitsverhältnis begründet. Sie ist ihrem Charakter nach reine Zwangsarbeit, denn die Tatsache daß der Sozialhilfeempfänger keinen Kapitalisten findet, der seine Arbeitskraft ausbeutet und er auf die staatliche Unterstützung angewiesen ist, wird dazu ausgenutzt, ihn ohne Lohn zur Arbeit zu pressen mit der Drohung, ihm sonst auch noch das Lebensnotwendige zu entziehen. Wie

lange er auch arbeitet, die Arbeit begründet nie die Rückkehr auf den „freien“ Arbeitsmarkt und die damit verbundene Unabhängigkeit von staatlicher Unterstützung und staatlichem Diktat. So gesehen paßt die gemeinnützige Arbeit durchaus in das Abschreckungskonzept.

Sie wirft aber auch Probleme auf: Wo bisher versucht wurde, diese Zwangsarbeite in großem Umfang durchzusetzen (etwa 1983/84 in Berlin, wo innerhalb eines Jahres über 23 000 Sozialhilfeempfänger dazu verpflichtet wurden), hat dies Widerstand hervorgerufen, wurde doch bei diesen Arbeitseinsätzen zur Erledigung gesellschaftlich notwendiger Arbeiten der Gewalt- und Klassencharakter des Staates besonders deutlich. Diese Sorte Zwangsarbeite muß auch christlichen Widerstand hervorrufen, da sie in klaren Gegensatz zum christlichen Menschenbild gerät, das davon ausgeht, daß dem Menschen eine „eigenverantwortliche Lebensführung“, unabhängig von „staatlicher und privater Unterstützung“ garantiert werden muß (siehe: Zuflucht gewähren 1988, Erklärung des Ökumenischen Vorbereitungsausschusses, S. 21).

Vielleicht ist das der Grund, daß die gemeinnützige Arbeit bisher eher vorsichtig angewendet worden ist und meist auf freiwilliger Basis. Daher können sich wohl auch „Christen“ positiv darauf beziehen: Mehrere Anträge von Kritikern der Abschreckungspolitik haben auf dem CDU-Landesparteitag die Ausweitung der gemeinnützigen Arbeit gefordert.

Schäubles Zwangsarbeite unterscheidet sich in einem wesentlichen Punkt von der „gemeinnützigen“ Zwangsarbeite: die Flüchtlinge werden privaten Unternehmen zur Verfügung gestellt, und damit ist ein Lohnarbeitsverhältnis zwingend. Dadurch ändert sich aber auch das Bewußtsein über diese Arbeit: es wird legal Arbeitskraft verkauft. Wie will man da verhindern, daß mit dem Bauern oder dem Bauunternehmer über den Lohn geredet wird, daß sich die Gewerkschaft einschaltet? Aus solchen Überlegungen speisen sich wohl die grundsätzlichen Bedenken der baden-württembergischen Landesregierung gegenüber den Schäuble-Plänen. Der DGB und die Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft haben sich ja auch gleich gegen diese „besondere Art der Ausbeutung“ ausgesprochen und die „geringste Entlohnung für Saisonarbeitskräfte“ angegriffen (Nachrichtendienst 202 vom 30.6.1989; FR, 27.6.1989).

Baden-Württemberg und Bayern nehmen die Debatte um die Schäuble-Pläne und die eingeschränkte Kritik, daß das Arbeitsverbot kaputt mache, jetzt zum Anlaß, die massenhafte Verpflichtung von Flüchtlingen zur Sozialhilfezwangsarbeite durchzusetzen, nach dem zynischen Motto: Arbeit könnt ihr haben! Die bayerischen Bezirke haben sich dafür ausgesprochen, Asylbewerber ab sofort ihre Sozialhilfe in Kommunen und Krankenhäusern „abarbeiten“ zu lassen (FR, 2.8.1989). Gleiche Pläne existieren in Baden-Württemberg. Innenminister Schlee hat die Sozialhilfeträger ausdrücklich aufgefordert, „verstärkt Angebote zur gemeinnützigen Arbeit für Asylbewerber zu machen ... Falls eine Ausweitung der gemeinnützigen Tätigkeit nur über eine Änderung des Bundessozialhilfegesetzes möglich sei, müsse eine entsprechende Initiative im Bundesrat eingebracht werden“ (Wochendienst 31/32/1989, S. 2).

Abschreckung als Weltordnungspolitik

Man muß davon ausgehen, daß für die Kapitalisten insgesamt nicht die Ausbeutung der Flüchtlinge, sei es durch Sozialhilfezwangsarbeite oder Saisonzwangsarbeite, sondern die Abschreckung, d.h. ihre Abwehr bzw. Vertreibung, den Vorrang hat. Späth hat sich in seiner Rede auf dem Landesparteitag überhaupt nicht mit der Frage befaßt, was mit den Flüchtlingen hier geschehen soll, sondern einzig damit, wie man verhindert, daß sie hierher kommen bzw. wie man sie wieder los wird: „Davon abgesehen, frage ich mich wirklich, worin die Humanität bestehen soll, pro forma erst alle Asylbewerber ins Land zu lassen und sie dann in einem Schnellverfahren, mit juristi-



Flüchtlinge protestieren am 18.2.1989 gegen die Lebensbedingungen in der ZAST (Zentrale Anlaufstelle) Karlsruhe.

schen Tricks, wieder hinauszuwerfen.“ (S. 39)

Warum liegt der Reaktion so viel daran, die ca. 600 000 Flüchtlinge aus dem Land hinauszuwerfen, wo sie gleichzeitig von einem schier unermeßlichen Arbeitskräftebedarf für die nächsten Jahre ausgeht, der nach ihrer Ansicht auch mit den Aussiedlern nicht zu befriedigen sein wird (Wirtschaftswoche Nr. 7, 10.2.1989)? Wenn man Späths Ausführungen folgt, so sieht er im wesentlichen ein ordnungspolitisches Problem. Was wäre, wenn sich all die Opfer des Imperialismus in Bewegung setzen würden, um zu sehen, ob es sich am Ausgangspunkt ihres Elends nicht besser leben ließe: „Wir können die Not der Dritten Welt nicht dadurch lindern, daß wir alle bei uns aufnehmen, die ihr entfliehen wollen. Wir müssen vor Ort, an der Quelle des wirtschaftlichen und sozialen Elends, handeln eingreifen. Und wir könnten das in viel größerem Umfang tun, wenn wir das Asylrecht wieder auf den Kern zurückführen würden, den es nach dem Willen der Väter des Grundgesetzes haben soll. Die Länder und Gemeinden mußten 1988 2,5 Milliarden Mark allein für Asylbewerber aufwenden, davon 2,3 Milliarden Mark für politisch Nichtverfolgte. Für Projekte der Entwicklungshilfe haben die Länder letztes Jahr rund 100 Millionen Mark ausgegeben. Was könnte mit einer Milliarde Mark zusätzlicher Entwicklungshilfe bewirkt werden!“ (Späth-Rede, S. 39)

Im Unterschied zu den „Gastarbeitern“ und den „Aussiedlern“ handelt es sich bei den Flüchtlingen um vom Imperialismus unkontrollierte Bevölkerungswanderungen: Die Menschen setzen sich aufgrund eigener Interessen in Bewegung und bestimmen ihren Aufenthaltsort entsprechend diesen Interessen. Sie entziehen sich dabei ihrer eigenen staatlichen Gewalt, warum nicht auch jeder anderen, wenn es nötig ist. Der Imperialismus hat diesen Bevölkerungsbewegungen nicht seine eigene Struktur aufzwingen können, die auch die Art ihrer „Integration“ in den imperialistischen Ländern vorzeichen würde: die „Gastarbeiter“, wurden als verwertbare Arbeitskräfte selektiert, sie mußten sich als solche dem Selektionsmechanismus unterwerfen und „wissen“, warum sie hier sind. Die „Aussiedler“, sind als Vertreter des Auslandsdeutschstums hierhergeholt worden, und müssen sich ihr Deutschtum jetzt verdienen.

Die Flüchtlinge sind in keine vergleichbare Struktur einzufügen, am Ausgangspunkt ihrer Flucht stand ihr eigenes Interesse. Zudem: Viele von ihnen sind krank, seit Jahren dem Arbeitsprozeß entzogen, in den imperialistischen Arbeitsmarkt nie einbezogen gewesen und aus Sicht der Kapitalisten auch nicht so einfach einzubeziehen: Nach einer Statistik von 1981 sind immerhin 51% zwischen 25 und 50 Jahre alt (FR, 3.9.1986). Folgerichtig verlangt die CDU Baden-Württemberg: „Die Politik der Bundesregierung muß vor allem darauf ausgerichtet sein, mitzuhelfen, daß das Entstehen weiterer Flüchtlingsströme nach Möglichkeit vermieden wird“ (Entschließung des CDU-Landesparteitags vom 28.4.1989, S. 8). — (bab)

200 Jahre Französische Revolution

Die unvollendete Revolution und ihre Aktualität

Den folgenden Artikel entnehmen wir der „Sozialistischen Zeitung“ Nr. 17/1989

Die reaktionäre Geschichtsschreibung sah in Robespierre schon immer einen sadistischen Psychopathen, Blutsäufer, machtbesessenen Diktator. Die vornehmeren nennen den Terror der Jakobiner eine „Entgleisung“. 200 Jahre nachdem die „Guillotine ununterbrochen arbeitete und die Köpfe wie Dachziegel fielen“, gibt es ganz besondere Gründe beckmesserisch zu behaupten: Es wäre alles anders gekommen, wenn diese dummen und blutgierigen Jakobiner reformiert statt revolutioniert hätten.

Jakob Moneta zieht eine Bilanz der Französischen Revolution, der aktuellen Debatte über diese — und er war vor Ort in Paris, als radikale Linke in einer Demonstration ihre Solidarität mit allen Unterdrückten auf dieser Welt demonstrierten und an den Idealen der Französischen Revolution anknüpften.

Auf das Argument, „Reform statt Revolution“ antwortete der Leipziger Historiker Walter Markow bereits ironisch: „Sicher: Alles hätte anders verlaufen können ... die Aristokratie hätte verschämt kapitulieren können; sie tat es nicht. Die Fürsten Europas konnten vornehme Nichteinmischung üben; sie taten es nicht. Robespierre konnte seinen Kopf retten, sofern er sich selber dem thermidorianischen Opportunismus verschrieb; er tat es nicht. Und jeder besaß einleuchtende Beweggründe, es nicht oder nicht so zu tun.“

Wie aber stand es wirklich um den Terror der Französischen Revolution, der heute so vehement verurteilt wird, weil damit zugleich die Russische Oktoberrevolution getroffen werden soll, weil bewiesen werden soll, daß nur solche terroristischen Dummköpfe wie Lenin, Trotzki, Mao, Tito, Hoxha, die Commandantes von Nicaragua oder auch Führer antiimperialistischer Befreiungsbewegungen so uneinsichtig und roh waren und sind, Blut zu vergießen, wo es doch genügt hätte, die notwendigen Kompromisse einzugehen mit ihren Gegnern, denen gut zuzureden, die nötigen Reformen durchzuführen?

Die Französische Revolution dauerte fünf Jahre; sie endete mit dem Umsturz des 9. Thermidor (nach dem Revolutionskalender; entspricht dem 27. Juli 1794). Die absolute Diktatur Robespierres dauerte ganze vier Monate, eben bis zu besagtem 9. Thermidor. Robespierre hatte zuerst die „Linke Opposition“ mit Hilfe der „Rechten“, der Girondisten, beseitigt. Dann bezwang er die Rechte und sicherte sich die Alleinherrschaft. Er starb unter der gleichen Guillotine, mit der er seine Gegner hinrichten ließ.

Warum Robespierre scheiterte, wird von marxistischen Historikern damit erklärt, daß die Jakobiner von Gleichheit und Tugend der unteren Mittelschichten träumten — ihr Vorbild waren die antiken Demokratien von Rom und Griechenland —, die Französische Revolution aber die Kräfte der Großbourgeoisie

freigesetzt hatte. Diese erfordert als Grundlage jedoch die kapitalistische Konkurrenz und die wenig tugendhafte *Ungleichheit*. Die Jakobiner waren von vornherein dazu verurteilt, die Revolution zuerst vor dem Untergang durch die monarchistische Konterrevolution und ausländische Intervention zu retten — und schließlich zu scheitern.

Jakobinische und königliche Menschenopfer

Dem jakobinischen Terror sollen rund 35000 bis 40000 Menschen zum Opfer gefallen sein. Vom Pariser Revolutionstribunal und anderen Sondergerichten wurden 16594 Menschen zum Tode verurteilt.

Ein Vergleich hierzu: Friedrich der Zweite von Preußen, der immer noch „der Große“ genannt wird, hatte durch seinen siebenjährigen Krieg (1756—1763) 1,5 Millionen Menschenopfer dargebracht, die entweder im Krieg fielen, oder durch Seuchen umkamen. Die Koalitionskriege gegen das revolutionäre Frankreich forderten das Leben von Hunderttausenden.

Und wie hatte es unter dem auch so guten König Ludwig XVI. und seiner Marie Antoinette ausgesehen, deren Tod auf dem Schafott bis heute bitterlich beweint wird? Der Nobelpreisträger Anatole France schreibt in seinem — wahrlich realistischen — Revolutionsroman „Die Götter dürsten“:

„Der alte Staat, das königliche Ungeheuer, sicherte sich die Macht, indem es *alljährlich* vier mal hunderttausend Menschen einkerkerte, fünfzehntausend aufknüpfte und dreitausend räderete. Und die Republik sollte zaudern, noch ein paar hundert Köpfe ihrer Sicherheit und ihrer Macht zu opfern?“ (1)

Mark Twain, der US-amerikanische demokratische Schriftsteller, urteilte über die Schreckensherrschaft der Französischen Revolution in „Ein Yankee am Hofe König Artus“ folgendermaßen:

„Es gab zwei Schreckensherrschaften ... Die eine verübt Mord in heißer

Leidenschaft, die andere mit herzlos kaltem Blute, die eine dauerte bloß Monate, die andere hatte tausend Jahre gedauert, die eine verhängte Tod über zehntausende Personen, die andere über hundert Millionen, aber unserer Schaudern gilt nur den Schrecken des kleinen Terrors ... Was ist der Schrecken des raschen Todes durch das Beil verglichen mit dem lebenslangen Sterben durch Hunger, Kälte, Schimpf, Grausamkeit und gebrochenem Herzen? Trotz allem scheinheiligen Gewissel vom Gegenteil hat noch kein Volk der Welt jemals durch gütliches Zureden und moralische Überredung seine Freiheit erlangt, da es ein unabänderliches Gesetz ist, daß jede Revolution, die Erfolg haben will, mit Blutvergießen beginnen muß, wenn auch nachher vielleicht etwas anderes genügt.“

Sagen wir es deutlich: Solange die Geschichte der Herrschenden mit Blut geschrieben wird, werden die Unterdrückten in aller Welt sie nicht mit Tinte schreiben können!

Der König und die Untertanen

In den ersten Monaten des Jahres 1789 gab es bereits Hungerrevolten in mehreren französischen Provinzen, die auf die Teuerung und Versorgungsschwierigkeiten zurückzuführen waren. Dazu kam eine schlechte Ernte; Räuber- und Bettlerscharen durchzogen das Land.

Als am 5. Mai 1789 die „Generalstände“ zum ersten Mal seit 1614 — also nach einer „Pause“ von 175 Jahren! — einberufen wurden, ging es allein darum, daß der ebenso beschränkte wie verfettete Monarch von Gottes Gnaden, Ludwig XVI., *mehr Steuern haben wollte*. Das wurde ihm versagt.

Ludwig XVI. und Marie Antoinette, die angeheiratete österreichische Prinzessin, herrschten damals über 25 Millionen Untertanen. Die französische Gesellschaft beruhte auf rechtlich ungleichen, von Geburt und Herkunft und nicht von eigener Leistung bestimmten Ständen, die streng voneinander abgegrenzt waren.

Politisch bevorrechtet waren als Erster Stand der Klerus mit 12000 Mitgliedern und die Aristokratie, die zusammen mit Familienmitgliedern rund 350000 Personen zählte. Rund 98 Prozent gehörten dem Dritten, politisch rechtlosen Stand an: Bürger, Handwerker, Unterschichten der Städte, Bauern und ihr Gesinde. Es gab nur sechzig Städte mit mehr als

10000 Einwohnern. Mehr als 85 Prozent der Bevölkerung lebte auf dem Lande.

Die Stände waren durchaus nicht einheitlich. So setzten sich die hohen katholischen Geistlichen — 18 Erzbischöfe und 121 Bischöfe — aus Adeligen zusammen. Der untere Klerus, der aus rund 20000 Ordensbrüdern, doppelt so vielen Nonnen und über 50000 Pfarrern sowie Vikaren bestand, war nicht nur niederer Herkunft, sondern meist auch arm. Während die Einnahmen eines Bischofs mindestens 50000 Livres jährlich betrugen, erhielt ein Landgeistlicher nur 700 und sein Vikar nur 350 Livres im Jahr.

Die Wirtschaftsmacht der Prälaten beruhte darauf, daß die Kirche ein Zehntel der gesamten Landfläche Frankreichs besaß, daß sie den „Zehnten“ von der Ernte und den Viehbeständen der Bauern kassierte und in den Städten viele Häuser als Eigentum hatte, deren Mieten ihr zuflössen. Der Klerus hatte eine eigene Verwaltung und Gerichtsbarkeit; er genoß Steuerfreiheit.

Auch bei den Aristokraten gab es krasse soziale Unterschiede. Sie besaßen das Monopol auf hohe Offiziersränge, Kirchenämter und Verwaltungsposten. Auch sie genossen Steuerfreiheit. Der Hofadel zu Versailles zählte etwa 400 Personen, die ihre hohen Einkünfte für Luxusgüter und Prasserei verschwendeten. Der Amtsadel, der seit dem 16. Jahrhundert aus dem wohlhabenden Bürgertum per Ämterkauf hervorgegangen war, leitete den Verwaltungs- und Justizapparat. Auf der untersten Sprosse der aristokratischen Stufenleiter standen die Landadeligen, die meist auf Feudalabgaben der Bauern angewiesen waren. Da diese im Mittelalter festgesetzt worden waren und die Kaufkraft des Geldes sich verringert hatte, wurden ihre Einkommen immer magerer. Etwa ein Drittel des Bodens gehörte dem Adel.

Auch der Dritte Stand bildete keine Einheit. Es gab solche, die von den Zinsen der Staatspapiere — Resultat der Staatsschuld — lebten; andere lebten von Landgütern, die von schollenpflichtigen Bauern bearbeitet wurden — knapp ein Fünftel des Bodens war in den Händen der Bourgeoisie. Es gab im Dritten Stand Kaufherren, Besitzer von Manufakturbetrieben und Bergwerken, Angehörige freier Berufe, Gelehrte, Publizisten, die Kritik übten an den Mißständen des Regimes. Die Handwerksmeister und ihre Gesellen waren in Zünften zusammengeschlossen, die auf Bestellung für den Bedarf der Bevölkerung arbeiteten und die eine liberale Konkurrenzirtschaft ablehnten.

Die Lohnempfänger hatten einen Arbeitstag von bis zu 16 Stunden. Sie, die Tagelöhner, Laufburschen, Wasser- und Holzträger und Dienstboten hausten in elenden Stuben und gaben bis zu vier Fünftel ihrer Einkommen allein für Brot aus. Der größte Teil des Dritten Standes, etwa 20 Millionen Menschen, lebte auf



Bewaffnete Frauen aus Paris auf dem Weg nach Versailles; ihre Forderung: Brot.

dem Dorfe. Sie waren Pächter eines kleinen Stückchen Landes, das sie nicht ernähren konnte. Obwohl 35 Prozent der Landfläche in bäuerlichem Besitz waren, stöhnten die Bauern unter der Last der Frondienste, direkter und indirekter Steuern. Viele von ihnen verloren ihren Besitz und verdingten sich als Knechte und Handlanger auf den Gütern der Adeligen oder der Dorfbourgeoisie. (2)

Die Verschiedenartigkeit der Zusammensetzung der einzelnen Stände und ihre unterschiedliche soziale Lage erklärt großteils, wieso sich sowohl Adelige und Kleriker auf Seiten der Revolution befanden — bis hin zu den Jakobinern —, und Angehörige des Dritten Standes auch auf Seiten der Monarchie.

Das „Grundgesetz der Revolution“

Dem Deserteur aus der französischen Kommunistischen Partei François Furet, der seine Sünde, die Gulag der russischen Thermidorianer „übersehen“ zu haben, heute dadurch büßen will, daß er die Französische Revolution als „Entgleisung“ diffamiert, ruft ausgerechnet

der liberale Rudolf Augstein Lenins „Grundgesetz der Revolution“ in Erinnerung. Dieses Grundgesetz galt nicht erst 1917, es stimmte bereits 1789. Augstein:

„Es genügt nicht, daß sich die ausgebauten und unterdrückten Massen der Unmöglichkeit, in der alten Weise weiterzuleben, bewußt werden und eine Änderung fordern; zur Revolution ist es notwendig, daß die Ausbeuter nicht mehr in der alten Weise leben und regieren können. Erst dann, wenn die Unterschichten das Alte nicht mehr wollen, und die Oberschichten in der alten Weise nicht mehr können, erst dann kann die Revolution siegen. Mit anderen Worten: Die Revolution ist unmöglich ohne eine gesamtnationale (Ausgebauten und Ausbeuter umfassende) Krise.“ (3)

Genau auf die Existenz einer solchen Situation weist Wolfgang Plat in „Deutsche Träume — oder der Schrecken der Freiheit“ hin. (4) Er zitiert einen Rechenschaftsbericht, der vom französischen Fiskus 1788 — kurz vor der Revo-

lution — erstellt wurde. Plat:

„(Der Bericht) sagt etwas aus über den Haushalt:
Einnahmen: 503 Millionen Livres.
Ausgaben: 664 Millionen Livres.
Das Defizit sollte durch neue Anleihen gedeckt werden, die Ausgaben gliedern sich grob auf wie folgt:
1. Zivilausgaben: 145 Millionen (davon nur 12 Millionen für Schulwesen und Sozialhilfen)
2. Militärwesen und Diplomatie: 165 Millionen.
3. Hofhaltung: 36 Millionen.
4. Schuldendienst: 318 Millionen.

Ein Staat (...), der so verschuldet ist, daß er über 60 Prozent seiner Einnahmen für Schuldentilgung und Zinsen für aufgenommene Anleihen aufbringen muß, ist bankrott. Der Staat Ludwigs XVI. war 1788/89 bankrott (...). (Die Revolution) brach aus, weil es das gab, was man eine „revolutionäre Situation“ nennt. Die Herrschenden waren mit ihrem Latein am Ende. Die Beherrschten wollten so nicht weiterleben.“ (5)

Vor 150 Jahren

In der Schrift „Die Heilige Familie“, geschrieben vor fast 150 Jahren, rechnete Karl Marx bereits mit Bruno Bauers „kritischer Schlacht gegen die Französische Revolution“ ab. Dieser hatte schon damals behauptet, was heute als neueste Entdeckung verkauft wird: „Die Ideen, welche die Französische Revolution hervorgetrieben hatte, führten aber über den Zustand, den sie mit Gewalt aufheben wollte, nicht hinaus.“ Also: Nichts gewesen — außer Terror! Marx erwiderte hierauf:

„Ideen können nie über einen alten Weltzustand, sondern immer nur über die Ideen des alten Weltzustandes hinausführen. Ideen können überhaupt nichts ausführen. Zum Ausführen der Ideen bedarf es Menschen ...“

Die Französische Revolution (hat) Ideen hervorgetrieben, welche über die Ideen des gesamten Weltzustandes hinausführen. Die revolutionäre Bewegung, welche 1789 im Cercle Social begann (...) und endlich mit Babeufs Verschwörung der Gleichen für einen Augenblick unterlag, hatte die kommunistische Idee hervorgetrieben, welche Babeufs Freund, Buonarotti, nach der Revolution von 1830 wieder in Frankreich einführte. Diese Idee konsequent ausgebretet, ist die *Idee des neuen Weltzustandes* (...). Die Lebensgeschichte der Französischen Revolution, die von 1789 her datiert, ist mit dem Jahre 1830, wo eins ihrer Momente, nun bereichert mit dem Bewußtsein seiner sozialen Bedeutung, den Sieg davon trug, noch nicht beendet.“ (6)

Was bedeutet all dies? Im „Cercle Social“, einer Organisation, die von der demokratischen Intelligenz gegründet

wurde, und die in den ersten Jahren der Revolution ihre Bedeutung hatte, trat Claude Fouchet für eine gleichmäßige Bodenverteilung, für eine Beschränkung des großen Eigentums ein sowie für Arbeit für alle arbeitsfähigen Bürger. Die Kritik von Fouchet an der „formalen Gleichheit“ der bürgerlichen Revolution (bei Fortexistenz der sozialen Ungleichheit), wurde von Jacques Roux, dem „roten Priester“, viel radikaler aufgegriffen. Dieser begann im Mai 1792 die Todesstrafe für Spekulanten und Preistreiber zu fordern; er war einer der Führer der „Enragés“, der Empörten. Der utopische Kommunist Babeuf wollte in seiner „Verschwörung der Gleichen“ diese Ideen verwirklichen. Er wurde 1796 hingerichtet. Er hatte jede private Aneignung landwirtschaftlicher und industrieller Produkte als „Diebstahl und Verbrechen“ bezeichnet; er wollte jede soziale Abhängigkeit beseitigen, um allen die freie Entfaltung ihrer Fähigkeiten zu ermöglichen. Und er hatte einen Volksaufstand geplant. Buonarotti wiederum griff dessen kommunistische Ideen auf.

Friedrich Engels ging 1845 davon aus, daß Babeufs Verschwörung für die Gleichheit die letzten Konsequenzen der 1793er Demokratie an den Tag brachte. Seine Schlußfolgerung lautete:

„Die Demokratie, das ist heutzutage der Kommunismus (...). Die Demokratie ist proletarisches Prinzip, Prinzip der Massen geworden. Die Massen mögen über diese einzig richtige Bedeutung der Demokratie mehr oder weniger klar sein, aber für alle liegt wenigstens das dunkle Gefühl der *sozialen gleichen Berechtigung* in der Demokratie.“ (7)

Bruno Bauer behauptete, Robespierre und Saint Justs „kolossale Idee“, ein „freies Volk“ zu bilden, das nach den Regeln der Gerechtigkeit und Tugend lebt, habe sich nur durch den Terror eine Zeit lang halten können und sei „an gemeinen und selbstsüchtigen Elementen des Volkswesens“ gescheitert.

Demgegenüber antwortete Karl Marx, Robespierre, Saint Just und ihre Partei seien gescheitert, weil „sie das antike, *realistisch-demokratische* Gemeinwesen, welches auf der Grundlage des wirklichen *Sklaventums* beruhte, mit dem *modernen spiritualistisch-demokratischen Repräsentativstaat*, welcher auf dem *emanzipierten Sklaventum* der bürgerlichen Gesellschaft beruht, verwechselten.“

Dies sei die Gesellschaft der Industrie, der allgemeinen Konkurrenz, der frei ihre Zwecke verfolgenden Privatinteressen. Die Jakobiner mußten, so Marx, all dieses in „Menschenrechten“ anerkennen und billigen — und diese bejahten ja das *kapitalistische* Eigentum im Gegensatz zu dem feudalen, das auf Privilegien aufbaute, und das von ihnen zerstört wurde. Andererseits versuchten Robespierre und seine Leute die „Lebensäuße-

rungen“ dieser Gesellschaft, die eben in der Verfolgung von *Privatinteressen*, in der *Konkurrenz* lagen, zu verfolgen, diese in den „einzelnen Individuen aufzuheben“, also die private Bereicherung, die doch Grundlage der neuen bürgerlichen Gesellschaft war, zu verfolgen.

„Tragisch erscheint diese Täuschung“, schreibt Marx, „wenn Saint Just am Tage seiner Hinrichtung auf die im Saale (...) hängende große Tabelle der Menschenrechte hinwies und mit stolzem Selbstgefühl äußerte: „Und doch war ich es, der das gemacht hat!“ Eben diese Tabelle proklamierte das Recht eines Menschen, der *nicht* der Mensch des antiken Gemeinwesens sein kann, so wenig als seine nationalökonomischen und industriellen Verhältnisse die antiken sind.“ (8)

200 Jahre danach

Daß diese Lebensgeschichte der Französischen Revolution noch nicht beendet ist, zeigte sich gerade anlässlich der grandiosen Feiern ihres 200. Geburtstages, deren offizieller Pomp eher einer Beerddigung gleichkam. An diesem Gedenktag war die Aktualität der Revolution hörbar, sichtbar, fühlbar.

Das Gespenst des Kommunismus, den nicht nur bürgerliche Ideologen, sondern auch Renegaten des Marxismus im Osten für beerdigt sahen, tauchte urplötzlich auf der Pariser Bühne auf!

Da standen sich gegenüber auf der einen Seite: Das Frankreich, das sich im Jahre seiner 200-Jahres-Revolutionfeier als eine „re-feudalisierte Republik von Höflingen und Heuchlern“ darstellte, eine Republik, die „am Revolutionstag ihren Louvre für die drei Millionen Touristen sperrt, damit die Krösusse des Weltwährungsfonds ihn ungestört genießen können. Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit ...“, so eine kluge Betrachtung des Regisseurs Benjamin Korn in der „Zeit“.

Geradezu symbolisch wirkte der Bau der neuen Oper, die „Le Monde“ an ein „Rhinozeros in der Sitzbadewanne“ erinnert. Sie wurde genau dort errichtet, wo die Zwingburg der absoluten Monarchie von Gottes Gnaden vom Volk am 14. Juli 1789 gestürmt worden ist. Benjamin Korn:

„Die Oper im Palais Garnier wurde stillgelegt, und die „Opera de la Bastille“ wurde gebaut, weil sich Mitterrand gleich den Bourbonenkönigen, in Bauwerken verewigt, die von seinem Ruhme künden.“

Nennt man seinen Amtssitz nicht „das Schloß“, ihn selbst nicht einen „Fürsten“, ja in einer Puppet-Show des französischen Fernsehens sogar „Gott“?

Nach der Pyramide im Louvre, die ihn symbolisch in die Nachfolge der ägyptischen Könige stellt, brauchte er, um sich in die Reihe der großen Revolutionäre zu stellen, ein zweites Denkmal. Denn: „Wenn schon Kö-

nig', sagte er in einem Interview, „dann Volkskönig“. Also stülpte er sich einen roten Sansculotten-Hut auf die goldene Krone, faßte den selbstherrlichen Entschluß, seine Oper „Volksoper“ zu nennen, und sie vor den sieben Staatschefs der reichsten Länder der Welt und 2700 geladenen Gästen zu eröffnen, um so angemessen des unvergeßlichen Tages zu gedenken, an dem das hungernde Volk von Paris zu den Waffen griff.“ Aber, so weiter Korn, das sogenannte Volk, das hier in der neuen Oper empfangen werden soll, werde „einstweilen von der goldenen Aura der Oper, die im Kilometerumkreis die Grundstückspreise hochjagt, aus dem Bastille-Viertel vertrieben.“ (9)

Es sei kaum zu erwarten, fährt Benjamin Korn fort, daß „nun die Familien aus den Satellitenvorstädten ins Musiktheater stürzen“. Müßten sie dann doch „eine Monatsmiete für eine Sozialwohnung hinblättern, um nur fünf Eintrittskarten zu erstehen“. Kaum zu erwarten sei, daß „die Araber aus Belleville, die Chinesen aus dem 13. Arrondissement, die jüdischen Kleinbürger aus dem Marais, die afrikanischen Studenten, die Penner aus der Metro sich vor den Kassen schlagen, um die ‚Troerinnen‘ von Berlioz zu sehen“. All dies sei auch mit dem „Namen ‚Volksoper‘ nicht gemeint gewesen.“

„Ça suffit comme ça — Das reicht uns!“

Am 8. Juli 1989, noch vor dem grandiosen Mitterand-Spektakel, gab es eine andere Revolutionsfeier. Vom Place de la Bastille aus zog ein Demonstrationszug zur Alten Oper hin und von dort wieder zurück zur Bastille. Die Losung Zehntausender Menschen lautete: „Ça suffit comme ça — das reicht uns!“ Oder auch: Wir haben die Nase voll von euch! Eine andere beliebte Parole lautete: „Pekinese aller Länder — vereinigt Euch!“ Aus einem Bericht von „Le Monde“:

„Es herrschte eine liebenswürdige Unordnung. Das schloß nicht aus, daß an der Spitze des Zugs ein Ordnerdienst im Viereck postiert war, der Persönlichkeiten umgab, die beweisen wollten, welche Spannweite und Einheit diese Demonstration prägte. Es war das *Spiegelbild eines bescheidenen, aber historischen Kompromisses*, das diese ‚Linke der Linken‘ charakterisierte: Kommunistische Funktionäre und radikale Linke Seite an Seite. In der ersten Reihe Maxime Gremetz vom Politbüro der KPF neben Alain Krivine vom Politbüro der LCR. Und dieser reicht dem Bischof von Evreux, Hochwürden Jacques Gaillot, den Arm, während in der Mitte der Schriftsteller Gilles Perrault, der Initiator des Aufrufs „Gegen die Schulden, gegen die Apartheid und gegen die Kolonien“

erklärt, dies sei das ‚Fest des Volkes‘ — ein vorgezogener 14. Juli.“

Auf den Transparenten kann man lesen: „Der Dritte Stand heute ist die Dritte Welt!“ Oder: „1789 eroberte die Bourgeoisie die Macht — sie hält sie heute noch!“ Neben Vertretern der Anti-Apartheid-Bewegung aus Südafrika, Repräsentanten der Kämpfe auf den Antillen, der Kurden, der Basken, der palästinensischen Intifada befinden sich Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter der CFDT, der CGT, Vertreter der Hochschulorganisationen, Autonome, Anarcho.

Und es ist der aus dem Konsens der Amtskirche ausgeflippte Bischof von Evreux, Jacques Gaillot, der sagt: „Niemals können zu viele Menschen auf Seiten der Menschenrechte stehen!“.

15000 sind es, die an der Demo, die teilweise bei strömenden Regen stattfindet, teilnehmen. Doch diese sind nur ein Bruchteil derer, die abends zum „Open Air-Konzert“ an der Bastille erscheinen. Und auch diese kommen, um sich mit der Forderung nach Schuldenstreichung für die armen Länder, mit den in den Kolonien und überall auf der Welt Unterdrückten zu solidarisieren. Die Schätzungen über die Zahl der abends Anwesenden liegen zwischen 150000 und mehreren Hunderttausenden.

Sie hören mitreißende Musik. Und nur einen Redner: Gilles Perrault. Dieser greift „die Monarchen des Mammons“ an, die „Könige des Dollars“, die „Königin des Pfunds“ und alle anderen „Kaiser der Mark“, die „leider, leider auf Einladung unseres Baron des Francs“ zusammenkommen würden.

Wir aber, sagt Perrault, „beschwören an diesem Abend die Schatten der vierztausend Kinder, die täglich in der Dritten Welt sterben (...). Wir berufen hier, auf diesem Place de la Bastille, jene Völker ein, die durch die Schulden gekettet sind, denn diese Schulden stellen die Sklaverei der Moderne dar, den größten Massenmord. Sie sind mörderischer als es jemals die stalinistischen Bürokraten waren, mörderischer als die Greise von Peking mit ihren Tanks (...). Man kann diese Schulden nicht mit den Scheuerlappen der Mildtätigkeit wegwischen (...). Nur ein Viertel oder die Hälfte eines Krebsgeschwürs zu beseitigen, bedeutet keine Erleichterung; das Sterben geht weiter. Darum fordern wir, die Schulden zu streichen — sofort und vollständig!“

Tags darauf kommen in der Mutualité Vertreter revolutionärer Organisationen aus der Dritten Welt mit solchen aus Europa, aus China, aus Südafrika zusammen. Zum ersten Mal wohl hatten einen Aufruf zur Schuldenstreichung nicht nur Lateinamerikaner, Afrikaner und Europäer unterschrieben. Es unterzeichneten auch Menschen aus Ungarn, Polen, der DDR und der Sowjetunion.

Auch die Konterrevolution rührte sich. Verspätete Royalisten und Vertre-

ter der Amtskirche wehrten sich gegen die Überführung der sterblichen Überreste von 1789er Revolutionären in den Pantheon, den „Ruhmestempel“ Frankreichs. Einer dieser 1789er Revolutionäre war der Abbé Grégoire, der die Menschenrechte mit aus der Taufe gehoben hatte, den Priestereid auf die Republik geleistet und der zu den energischsten Bekämpfern der Sklaverei in den französischen Kolonien und zu den Befürwortern der Emanzipation der Juden gezählt hatte.

Alle sind sie noch da, die Geister derer, die sich in der Französischen Revolution in den verschiedenen Lagern gegenüberstanden. Und ein neues Moment kommt hinzu: Beiträge über die Rolle der Frauen in dieser Revolution — aber auch über die Ausklammerung der Emanzipation der Frauen in dieser und darauffolgenden Revolutionen.

All dies beweist, daß die Revolution von 1789 eine unvollendete geblieben ist, daß die *soziale*, die *feministische*, die *allgemein emanzipatorische*, Mensch, Kreatur und Natur befreende Revolution erneut aktuell ist.

Der Sieg dieser Revolution wird allerdings nicht der Sieg einer einzelnen Nation sein können, nicht der Sieg in einem Land oder auf einem Kontinent. Die Ziele dieser Revolution — durch revolutionäre Aktivität alle gesellschaftlichen Bedingungen zu beseitigen, unter denen der Mensch ein geknechtetes, elendes, verstümmeltes, unterdrücktes, ausgebeutes und entfremdetes Wesen ist, eine Gesellschaft zu schaffen, in der die freie Entwicklung jedes einzelnen Individuums zur Bedingung der freien Entwicklung aller wird — diese Ziele zu verwirklichen, ist ebenso notwendig wie letzten Endes nur weltweit möglich.

Anmerkungen:

- (1) Anatole France, Die Götter dürsten. Neufeld & Henius-Verlag Berlin, S.280.
- (2) Walter Grab, Die Französische Revolution — Aufbruch in die moderne Demokratie: parkland.

Diese hervorragende Darstellung der französischen Revolution, die Bilddokumentation der wichtigsten Ereignisse und Persönlichkeiten, unterscheidet sich durch Urteilsvermögen und Verständnis für die damalige Zeit wohlzuend von den meisten Darstellungen, die uns anlässlich des 200. Jubiläums geliefert wurden. Prof. Walter Grab ist der wohl bedeutendste Forscher der Geschichte der *deutschen Jakobiner* und sein in der „Büchergruppe Gutenberg“ erschienenes Werk „Ein Volk muß seine Freiheit selbst erobern“ ist unerlässliche Lektüre für alle, die den unglückseligen Verlauf der deutschen Revolutionsgeschichte verstehen wollen.

- (3) Der Spiegel vom 10.7.1989.
- (4) Wolfgang Plat, Deutsche Träume oder der Schrecken der Freiheit. Econ-Verlag Düsseldorf-Wien, S. 42.
- (5) entfällt
- (6) Marx-Engels-Werke (MEW), Band 2, S. 131.
- (7) MEW, a.a.O., S. 613.
- (8) MEW, a.a.O., S. 129.
- (9) „Die Zeit“ vom 14.7.1989.

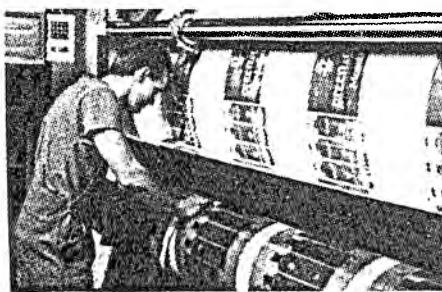


CDU: Verschärfte Hetze gegen Ausländer?

Eines der Hauptthemen des Bundesparteitags der CDU ist die Politik, die die Union künftig gegenüber nicht-westdeutschen Staatsbürgern in der BRD einschlagen will. Daß den Ausländern keinerlei selbständige politische Aktion zugestanden werden soll, ist dabei einmütige Überzeugung in der Union — das zeigen die Unions-Klagen gegen die Einführung des kommunalen Wahlrechts vor dem Bundesverfassungsgericht, die von der Union gestützte Kampagne gegen revolutionäre Organisation aus Kurdistan und der Türkei. Das Recht auf Aufenthalt und der Anspruch auf Arbeitserlaubnis sollen keine einklagbaren, sondern vom Wohlwollen der zuständigen Behörden abhängige Rechte sein.

USA: Bush's „Anti-Drogen-Programm“

Mehr als sieben Milliarden Dollar will die US-Regierung für ein neues „Anti-Drogenprogramm“ einsetzen. Wenige Tage später folgte die Meldung, die USA würden militärische „Anti-Drogen-Berater“ nach Kolumbien und Peru entsenden. Unter dem Vorwand der „Drogenbekämpfung“ entfaltet die Regierung Bush damit eine Politik, die die Vorbereitung von US-Truppeneinsätzen gegen revolutionäre Bewegungen der indianischen Bauern wie z.B. den „Leuchtenden Pfad“ in Peru kaum noch verbirgt. Zugleich werden nach innen eine Reihe von Repressions- und Ausforschungsmaßnahmen aus der Zeit der Mc-Carthy-Ära unter dem Vorwand der „Drogenbekämpfung“ reaktiviert.



Kampf für Drucktarif bei Panther-Wellpappe

Bei den Panther-Wellpappenfabriken lassen die Kapitalisten im Hauptwerk Tornesch die Oberbahn für die Wellpappenproduktion auf Flexodruckmaschinen mit einer Arbeitsbreite von 2,50 m bedrucken. In dieser als selbständigen Betrieb geführten Vor- druckabteilung gelten ebenfalls die Tarife der Papier- und Pappeverarbeitenden Industrie. Eine Auseinandersetzung um die Einführung der tariflichen Bedingungen der Druckindustrie entwickelte sich hier an der Ungleichbehandlung von gelernten und ungelernten Druckern. Nachdem auch hier ein Betriebsrat gebildet werden konnte, versuchen die Kapitalisten jetzt, mit versetzten Pausen und Samstagarbeit in die Offensive zu gehen.

Niedersachsens Politik gegenüber der DDR

Die Politik der niedersächsischen Landesregierung gegenüber der DDR ist geprägt von Destabilisierung und Einmischung. Sie fördert die Expansionspolitik der niedersächsischen Konzerne gegen die Staaten Osteuropas. Ministerpräsident Albrecht erklärte am 11. Mai vor dem Landtag: „Der Handel zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR ist seit 1984 deutlich zurückgegangen. Der Handel zwischen der DDR und Niedersachsen hat sich demgegenüber gut behauptet und erreicht mit 1,47 Milliarden Mark im Jahre 1988 ein beachtliches Ergebnis. Wir alle wissen, daß die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Niedersachsen und der DDR maßgeblich von VW und Salzgitter, aber auch von Blaupunkt getragen werden.“



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten — erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Herausgeber

Bundesdelegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

5 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Postfach 260226

Tel: 0221/21 64 42

Sie erscheint im Verlag GNN Verlagsgesellschaft

Politische Berichte m b H

5 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Postfach 260226

Tel: 0221/21 16 58

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich:

Arbeitsgemeinschaft Stahl- und Metallindustrie

— Nachrichten Stahl- und Metallindustrie 1,20 DM

Mitteilungen der **Arbeitsgemeinschaft Medien in der Volksfront** 0,50 DM

Herausgeberkreis Nachrichten Chemische Industrie — Nachrichten Chemische Industrie 0,50 DM

Arbeitsgemeinschaft Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe — Berichte aus dem Dienstleistungsgewerbe 0,80 DM

Arbeitsgemeinschaft gegen reaktionäre Gesundheitspolitik — Informationsdienst Gesundheitspolitik 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft Jugend, Militär, Gefangnisse — Nachrichten Jugend, Militär, Gefangnisse 1,20 DM

AG für antifaschistische Bildungspolitik und AG für Revolutionäre Hochschulpolitik — Nachrichten, Analysen, Protokolle 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft für Kommunalpolitik — Nachrichten, Analysen, Mitteilungen 1,20 DM

Bezugsbedingungen: Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 45,50 DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 91 · DM. Preise für Nachrichtenhefte bzw. Politische Berichte und Nachrichtenhefte entsprechend, also Einzelpreise plus 1,- DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen

Bestellungen sind zu richten an

GNN Verlagsgesellschaft

Politische Berichte m b H

5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Postfach 260226

GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg

Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin

Czerninskystr. 5, 1000 Westberlin 62

GNN Verlag Niedersachsen/Bremen

Große Düsselstr. 55, 3000 Hannover 1

BWK Nordrhein-Westfalen

Zülpicher Straße 7, 5000 Köln 1

GNN Verlag Hessen

Postfach 110822, 6000 Frankfurt 1

GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg

Waldfriedstr. 9, 6800 Mannheim 1

GNN Verlagsgesellschaft Bayern

Lerchenauer Str. 18a, 8000 München 40

Herausgeber für die Bundesdelegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Martin Fochler, Christiane Schneider. 5000

Köln 1, Zülpicher Straße 7. Telefon 0221/216442

GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Postfach 260226. Telefon 0221/211658 Konten Postgiroamt Köln, BLZ 37010050, Kto. Nr. 10419-507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 37010111, Kto. Nr. 1144393600 Verantwortliche Redakteure für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Ulrike Detjen; für Auslandsberichterstattung: Rüdiger Lötzter; für Aus Verbinden und Parteien: Martin Lopp; für Reportagen und Berichte regional: Gunter Baumann; für Aus Kultur und Wissenschaft: Diskussionsbeiträge Angela Lux; für Sozialstatistik: Spezialberichte: Alfred Küstler

Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der Arbeitsgemeinschaft (AG) Stahl- und Metallindustrie AGM, der AG Medien in der Volksfront AGMe, des NH Chemie AGCH der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik AGG, der AG Jugend, Militär und Gefangnisse in der Volksfront AGJ, der AGs für antifaschistische Bildungspolitik und für revolutionäre Hochschulpolitik AGB, der AG für Kommunalpolitik AGK, der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront VF

Druck: Farbo Druck & Grafik Team GmbH, Köln Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei. Vierteljährlich Beilage: Gesammelte Beiträge aus der Diskussion der Linken